Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 18/99**
18. Wahlperiode

Plenarprotokoll

99. Sitzung

Mittwoch, 14. Oktober 2015

Gemeinsame Beratung

a) Einsetzung einer Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ 8330

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3407

b) Demokratie lebt auch von Wahlbeteiligung 8330

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3424

Repräsentative Demokratie stärken 8330

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3463

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 8331, 8340
Daniel Günther [CDU]..... 8332, 8343
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8333, 8341
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8335
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 8336
Lars Harms [SSW]..... 8338, 8344
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 8341
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 8342
Daniel Günther [CDU], zur Geschäftsordnung..... 8345
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten..... 8345

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3407
2. Annahme des um den Inhalt des Änderungsantrags Drucksache 18/3463 ergänzten Antrags Drucksache 18/3424..... 8346

Pestizidrückstände in Gewässern ... 8346

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3319

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.. 8346, 8355
Sandra Redmann [SPD]..... 8347, 8354
Heiner Rickers [CDU]..... 8348, 8357
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]..... 8349
Oliver Kumbartzky [FDP]..... 8351
Angelika Beer [PIRATEN]..... 8352
Flemming Meyer [SSW]..... 8353
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8355

Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung..... 8357

Moratorium für die Zulassung von Glyphosat! 8357

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3409

Glyphosat - Neubewertung wissenschaftsbasiert und faktenorientiert vornehmen! 8357

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/ 3470

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8357
Heiner Rickers [CDU]..... 8359, 8365
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]..... 8360
Oliver Kumbartzky [FDP]..... 8361
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]..... 8362
Angelika Beer [PIRATEN]..... 8362
Flemming Meyer [SSW]..... 8363
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.. 8364

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3470
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3409..... 8365

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Lehrkräftebesoldung 8365

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3380

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung..... 8366
Heike Franzen [CDU]..... 8367, 8376
Martin Habersaat [SPD]..... 8369, 8376
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]..... 8371
Anita Klahn [FDP]..... 8372
Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 8374
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 8374

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss..... 8377

Unterstützung der Olympia-/Paralympics-Bewerbung Hamburgs und der Bewerbung Kiels für die Austragung der Segelwettbewerbe . 8378

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3423

Jürgen Weber [SPD]..... 8378
Hans-Jörn Arp [CDU]..... 8379
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8380
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 8382
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 8383
Lars Harms [SSW]..... 8384
Bernd Heinemann [SPD]..... 8387
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten..... 8387

Beschluss: Annahme..... 8389

Freie Berufe in Schleswig-Holstein stärken 8389

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/3350 (neu)

Johannes Callsen [CDU]..... 8389
Thomas Hölck [SPD]..... 8390
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8391
Christopher Vogt [FDP]..... 8392

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 8393
Flemming Meyer [SSW]..... 8394
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung..... 8395

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss..... 8396

Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ in Schleswig-Holstein 8396

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3341

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... 8397
Beate Raudies [SPD]..... 8398, 8404
Peter Sönnichsen [CDU]..... 8399
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8400
Anita Klahn [FDP]..... 8401
Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 8402
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 8403

Beschluss: Berichtsantrag Drucksache 18/3341 und der Tagesordnungspunkt insgesamt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt..... 8404

Bewusstsein für die Bedeutung der Deutschen Einheit aufrechterhalten - Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup 8404

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN
Drucksache 18/3405 (neu)

Peter Sönnichsen [CDU]..... 8405, 8414
Beate Raudies [SPD]..... 8406
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8407
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 8408
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 8409
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 8410, 8412
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 8411
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... 8413

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss..... 8415

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 36. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier. - Wir wünschen ihr gute Genesung.

(Beifall)

Ab 12 Uhr ist Herr Dr. Ralf Stegner beurlaubt, und wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen ist Herr Minister Reinhard Meyer beurlaubt.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde vereinbart, in dieser Tagung über zwei weitere Gesetzentwürfe in zweiter Lesung abzustimmen. Es handelt sich um den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes, Drucksache 18/2310. Ich schlage vor, den Punkt als Tagesordnungspunkt 5 A in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag vor der Sammeldrucksache ohne Aussprache abzustimmen.

Weiter soll in zweiter Lesung abgestimmt werden über den Entwurf eines Gesetzes über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 18/2962. Hier schlage ich vor, den Punkt als Tagesordnungspunkt 5 B in die Tagesordnung einzureihen und ebenfalls am Freitag vor der Sammeldrucksache ohne Aussprache abzustimmen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5, 7, 8, 9, 21, 22, 26, 38, 40 sowie 42 bis 44 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll Tagesordnungspunkt 12.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die folgenden Tagesordnungspunkte: 10, 23 und 25, Krankenhaus-Entlassmanagement sowie Folgen aus dem Krankenhausstrukturgesetz für das UKSH, 14, 15, 24, 27, 29, 30, 33, 34, 36, 37 und 45, Anträge und Berichte zur Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein, sowie 18 und 32, Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung“ und Antrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 36. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Blumensträuße zeugen davon, dass wir bei zwei Kollegen zwei besondere Ereignisse zu verzeichnen haben. Der Kollege Habersaat und der Kollege König sind in den - -

(Heiterkeit und Beifall)

Sie sind jeweils getrennt voneinander mit ihren Partnerinnen in den Stand der Ehe getreten. - Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Man muss aufpassen, wie man hier einen Satz beginnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler des Jürgen-Fuhlendorf-Gymnasiums Bad Bramstedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 18 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Einsetzung einer Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3407

b) Demokratie lebt auch von Wahlbeteiligung

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3424

Repräsentative Demokratie stärken

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3463

(Präsident Klaus Schlie)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Ich schlage vor, dass die PIRATEN beginnen. Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: Demokratie ist eine Einrichtung, die es den Menschen gestattet, frei zu entscheiden, wer an allem schuld sein soll. So humorvoll dieser Ausspruch auch ist, so enthält er doch einen wahren Kern, nämlich dass sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land das Gefühl breit macht, letztlich nichts mehr an der Politik im Land ändern zu können.

Nach einer aktuellen Umfrage äußern sich 42 % der Menschen unzufrieden mit der in Deutschland praktizierten Demokratie. Dieses verbreitete Gefühl der Ohnmacht, der Resignation, äußert sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung, in immer weniger Mitgliedschaften in politischen Parteien, in der sinkenden Identifikation von Menschen mit einer Partei und auch in einer zunehmenden sozialen Spaltung zwischen denjenigen, die noch mitmachen, die noch wählen gehen und sich noch beteiligen, und denjenigen, die abgehängt werden in unserer Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns in diesem Haus einig, dass die Antwort auf diese **Vertrauenskrise** nicht sein kann, mehr Wahlwerbung zu verbreiten oder bunte Logos auf Wahlzettel zu drucken.

(Beifall PIRATEN)

Sehr verehrte Damen und Herren aus den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, so sinnvoll viele Ihrer Vorschläge im Einzelnen sein mögen, so sehr gehen sie doch an dem selbst gesteckten Ziel vorbei, die **Wahlbeteiligung** erhöhen zu wollen. Sie ändern eben nichts an den Ursachen dafür, warum Menschen nicht mehr zur Wahl gehen. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass Sie dann, wenn Sie die Maßnahmen einseitig auf die Wahlen und den Wahlkampf konzentrieren, das ungute Gefühl vieler Menschen verstärken, dass die Politik an ihnen eigentlich nur als Stimmvieh vor den Wahlen interessiert sei und danach nichts mehr mit ihnen zu tun haben wolle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen aus vielen Untersuchungen und Umfragen, dass die Menschen mehr mitbestimmen wollen, dass sie gern mehr mitgestalten wollen, und zwar auch außerhalb von Wahlen, auch zwischen den Wahlen und bei konkreten Sachfragen. Wir wissen auch nach einer jüngsten Studie der Bertelsmann-Stiftung: Mehr Bürgerbeteiligung und mehr Partizipation stärken auch die repräsentative Demokratie, also das Vertrauen der Bürger in uns als ihre Vertreter. Deswegen sind wir PIRATEN davon überzeugt: Wir müssen die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger stärken und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen erhöhen, wie müssen den Dialog zwischen Menschen, Politik und Verwaltung fördern, und wir müssen die digitalen Möglichkeiten der Diskussion und Beteiligung nutzen.

(Beifall PIRATEN)

Das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken ist so wichtig, dass wir es für erforderlich halten, eine **Enquetekommission** einzusetzen, die sich speziell mit dem Thema **aktive Bürgerbeteiligung** für eine starke Demokratie beschäftigt, um eben in einem strukturierten Beteiligungsverfahren auch Experten, Wissenschaftler und zum Beispiel die Kommunen an einen Tisch holen zu können, um systematisch auch alle Optionen und Vorschläge prüfen zu können, die zum Beispiel in der Anhörung geäußert wurden, und um schließlich konsensfähige Vorschläge zu erarbeiten. Die Verfassungsreform hat gezeigt, dass dies gelingen kann.

(Beifall PIRATEN)

Verstehen Sie deshalb bitte unseren Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission nicht als Gegenantrag zu ihren Vorschlägen bezüglich der Wahlbeteiligung, sondern als notwendige Weiterführung und Ergänzung, was die Partizipation zwischen den Wahlen angeht. Es ist eben zentrales Ziel der zivilgesellschaftlichen Bewegung, aber auch der Piratenpartei, Menschen wieder den Mut zu geben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und politische Verantwortung zu übernehmen. Wer in einer echten Demokratie leben will, der muss auch Teil davon werden und sich engagieren.

(Beifall PIRATEN)

In einer Demokratie zu leben bedeutet Arbeit oder, wie schon Willy Brandt sagte:

> „Wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann lassen Sie uns aber doch die Bürger mehr in die Verantwortung nehmen. Lassen Sie uns mehr Bürger-

(Dr. Patrick Breyer)

beteiligung wagen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die PIRATEN zu diesem Thema sprechen, dann würde es vielleicht auch helfen, Herr Dr. Breyer, wenn Sie sich ein bisschen an das anpassen, was Ihr Fraktionsvorsitzender Torge Schmidt vor jeder Besuchergruppe tut, nämlich sehr offensiv und positiv über die Arbeit des Parlaments zu reden. Torge Schmidt sagt wirklich bei jeder Gelegenheit, er habe sich Politik anders vorgestellt, bevor er in den Landtag gekommen ist, und er formuliert immer wieder, wie viele spannende Debatten hier im Landtag stattfinden, wie sehr man hier auf Augenhöhe diskutiert, sodass der Eindruck von Politik, das sei doch alles Closed-Shop, hier im schleswig-holsteinischen Landtag, einfach nicht entsteht.

(Beifall CDU und FDP)

Ich glaube, wenn wir dieses so positiv nach draußen formulieren, dann wäre auch dies ein Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung.

Darum müssen wir uns in der Tat kümmern. Wenn wir uns die Zahl der **Nichtwähler** bei den letzten Wahlen anschauen - bei der Bundestagswahl 26,9 % Nichtwähler, bei der letzten Landtagswahl 39,8 % Nichtwähler, bei der letzten Europawahl 51,9 % Nichtwähler, bei der letzten Kommunalwahl 53,3 % Nichtwähler -, dann macht einen das besorgt. Wer denn, wenn nicht wir hier im schleswig-holsteinischen Landtag muss sich denn darum kümmern, dass wir diese Menschen wieder an die Wahlurne bekommen?

Insbesondere das Jubiläum 25 Jahre Deutsche Einheit macht einem ja auch selbst wieder bewusst: Wählen ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist die Aufgabe aller Demokraten, dafür zu werben, dass die Wahlbeteiligung wieder höher wird. Viele Menschen müssen sich das erst noch erkämpfen; in Deutschland dagegen ist es bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Deswegen, finde ich, darf es auch keine Ausrede dafür geben, an diesem Festtag der Demokratie nicht teilzunehmen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will mich ausdrücklich bei allen Fraktionen für die Zusammenarbeit in den letzten anderthalb Jahren bedanken. Das gilt für die PIRATEN, die immer deutlich gemacht haben, dass sie in einigen Punkten eine andere Auffassung haben - deswegen war immer klar, dass dies kein vollständig gemeinsamer **Antrag** wird -, ebenso wie für die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen, die diesen Antrag unterschrieben haben. Wir haben schon viele Anhörungen durchgeführt und haben richtig spannende Diskussionen geführt. All das war hervorragend.

An dieser Stelle möchte ich mich aber ausdrücklich bei unserem Kollegen Heiner Garg bedanken, der in den letzten anderthalb Jahren über die gesamte Zeit hinweg wirklich mit Bravour in dieser Kommission mitgearbeitet hat. Wir haben gemeinsame Pressekonferenzen durchgeführt und haben unseren Antrag dort gemeinsam vorgestellt. Sie, Herr Dr. Garg, haben wahnsinnig viele Vorschläge eingebracht, die in diesen Antrag eingeflossen sind. Ich glaube, alle letzten Vorschläge der FDP, die Sie uns unterbreitet haben, sind jetzt auch in diesen Antrag eingeflossen.

(Beifall CDU)

Deswegen ein herzliches Dankeschön an die FDP. Denn dieser Antrag trägt zu einem großen Teil Ihre Handschrift, Herr Dr. Garg. Vielen Dank dafür.

(Beifall CDU)

Wir sind uns aber wohl auch alle darin einig: Wenn wir jetzt von draußen her vor die Wahl gestellt werden, welche dieser einzelnen Punkte, die wir jetzt miteinander beschließen wollen, die Wahlbeteiligung um wie viele Prozentpunkte nach oben bringen wird, dann weiß doch jeder von uns, dass dieser Antrag nicht der entscheidende Schlüssel dafür ist, dass sich die Wahlbeteiligung erhöht. Ich finde, dies macht aber auch ein Selbstbewusstsein deutlich, das wir als Parlament zum Ausdruck bringen, weil wir zu diesem Thema eben ganz bewusst sagen, wir müssen uns als Demokraten überhaupt nicht verstecken.

Natürlich haben wir **Schulen**. Gerade die jungen Menschen müssen sich doch mit Wahlen auseinandersetzen. Das Interesse an Politik und an der politischen Diskussion ist doch in den Zeiten unmittelbar vor den Wahlen besonders hoch. Wie unsinnig ist es doch in der Vergangenheit gewesen, dass ausgerechnet in den Phasen, in denen die Menschen am sensibelsten sind, in denen sie sich am meisten

(Daniel Günther)

dafür interessieren, was Politik eigentlich macht und eine Wahlentscheidung unmittelbar bevorsteht, die Schulen Closed-Shops sind. Damit wollen wir Schluss machen.

Wir wollen auch großzügig darüber hinwegsehen und sagen, dass natürlich auch einzelne Abgeordnete in die Schulen hinein dürfen. Insoweit sollten wir nicht immer so kritisch darauf gucken, ob dieser oder jener Parteienvertreter dort beteiligt ist. Nein, in diesem Punkt müssen wir uns auch großzügiger zeigen.

Es kann auch nicht sein, dass wir **wahlkampffreie Zonen** in unserem Land geduldet haben, weshalb Gemeinden zum Beispiel einfach sagen durften: „Bei uns findet Wahlwerbung nicht statt. Das ist eine Verschandelung der Landschaft.“ Ich meine, es gehört zur Demokratie, dass wir auch Informationspflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben. Ich finde es super, dass damit jetzt ebenfalls Schluss gemacht wird.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Mein Appell an die PIRATEN lautet: Ich glaube wir haben hier ein gutes Ergebnis nach der Arbeit der Kommission vorgelegt. Wir haben sehr intensiv über diese Thematik diskutiert und haben eine breite Beteiligung gehabt. Helfen würde nun, wenn wir einfach unseren Job machen würden, wenn wir den Menschen draußen die Unterschiede zwischen den politischen Parteien hier im Parlament auf hohem Niveau deutlich machen, wenn wir den Menschen klar machen, dass es sich lohnt, zu einer Wahl zu gehen, weil sich Parteien unterscheiden, weil es sich lohnt, wählen zu gehen, weil Regierungen auch etwas Unterschiedliches wollen, wenn sie von anderen Parteien getragen werden.

Lassen sie uns also unseren Job machen, lassen sie uns um die Probleme der Menschen kümmern und das umsetzen, was wir hier vorgelegt haben. Ich glaube, dann leisten wir gemeinsam einen großen Beitrag zur Verbesserung der Wahlbeteiligung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Satz beginnen, den ich selten an diesem Mikrofon sage: Ich stimme jedem Satz zu, den der Herr Oppositionsführer vorhin vorgetragen hat.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das liegt daran, dass es uns in der Tat um die **Stärkung** der **parlamentarischen Demokratie** geht. Es geht uns um Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Thema, das uns gerade in diesen Tagen bewegen muss; denn sinkt die Wahlbeteiligung, stärkt dies die Möglichkeiten von demokratiefeindlichen Parteien, in Parlamente zu kommen. Dies würde die Möglichkeiten schwächen, unseren Job zu machen. Deswegen müssen wir dringend etwas tun, um dies zu verbessern.

(Beifall)

Jedermann ist klar, Herr Kollege Breyer, dass das mit **technischen Möglichkeiten** allein nicht zu schaffen ist, sondern dass wir natürlich über die Substanz von Politik und darüber reden müssen, wie wir das machen. Trotzdem ist jede Maßnahme gut, die Hürden senkt; sei sie auch nur technischer Natur. Jedes Zehntel Wahlbeteiligung mehr bedeutet eine Stärkung der Demokratie. Deswegen sollte man auch dies nicht geringschätzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir hatten ein breites parlamentarisches Verfahren. Wir hatten Fachberatungen im Ausschuss sowie schriftliche und mündliche Anhörungen. Das alles wurde im Internet veröffentlicht. Außerdem gab es ein Seminar von Politikwissenschaftlern der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Ich möchte mich herzlich bei den Studierenden bedanken, die sich eingesetzt und uns geholfen haben.

(Beifall)

Ferner gab es Gespräche und Bürgerbriefe. Dabei haben wir den Eindruck gewonnen, dass wir mit unseren Anliegen, Sorgen und Zielen nicht allein dastehen. Viele Menschen wollen die Debatte mit uns führen. Die Rückmeldungen waren unterstützend, sie waren abwägend, in Teilen aber auch erschreckend demokratiefeindlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ein Umstand, mit dem wir uns dringend auseinandersetzen müssen; denn es nimmt zu, dass sich im öffentlichen Raum Demokratiefeindlichkeit ausbreitet. Es gibt auch

(Dr. Ralf Stegner)

große **Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie**.

Wenn wir wissen, dass wir in einem Zustand leben, der in der deutschen Geschichte geradezu einmalig ist, nämlich dass wir in Wohlstand, in Frieden und in einer parlamentarischen Demokratie leben, dann haben wir etwas zu verteidigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist nicht irgendetwas.

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mitgewirkt haben. Ich möchte mich aber auch bei allen bedanken, die diese Demokratie leben. Dazu gehören insbesondere diejenigen, die ehrenamtlich Politik im Lande machen oder die sich als Wahlhelfer einsetzen. Diese verdienen unseren Dank; denn sie tragen dazu bei, dass wir Demokratie leben können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir heute verschiedene Punkte zur Entscheidung vorlegen. Wir haben uns auf zehn Maßnahmen verständigt. Ich bedaure, dass am Ende die FDP und die PIRATEN nicht mehr dabei waren.

Was die FDP angeht, will ich sagen: Es ist in der Tat so, wie es der Kollege Günther gesagt hat und wie es die FDP in ihrem eigenen Antrag dargelegt hat. Das können wir überweisen. Das ist meiner Meinung nach in vielerlei Hinsicht vernünftig. Ich finde es nur ein bisschen schade, dass Sie am Ende den Antrag nicht mehr mitgetragen haben; denn dieser trägt zu einem großen Teil auch Ihre Handschrift.

Nun zum Vorschlag der PIRATEN eine **Enquetekommission** betreffend. Vielleicht machen wir das in der nächsten Legislaturperiode. Wir sind jedoch der Meinung, dass in der gegenwärtigen Situation gehandelt werden muss und nicht länger geredet werden darf, weil wir auch den Auftrag haben, etwas gemeinschaftlich zu tun. Im Übrigen haben wir an manchen Punkten gar kein Erkenntnisdefizit mehr, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Es kann uns nicht egal sein, wenn die **Wahlbeteiligung** zurückgeht. Deshalb haben wir uns auf vier Punkte verständigt.

Erstens. Wir wollen die Hürden senken, niemanden zurücklassen und alle einladen, sich zu beteiligen. Deshalb wollen wir in jeder Hinsicht **barrierefreie Informationen** und unbürokratische Möglichkeiten zur Wahlteilnahme. Sprache, Design und Barrierefreiheit sind wichtige Stichpunkte.

Zweitens. Wir wollen mehr Möglichkeiten zur Stimmabgabe entwickeln. Diejenigen, die ins Rathaus gehen, um vorzeitig zu wählen, sind die hochgradig Motivierten. Sie sind am Wahltag nicht da und wählen deshalb vorher. Vielleicht kann man das auch auf diejenigen ausdehnen, die nicht so motiviert sind und am Wahltag nicht wählen gehen. Deshalb wollen wir mithilfe eines Modellprojekts testen, ob ein **mobiles Wahllokal** möglicherweise hilfreich ist. Das wird vielleicht auch von einer Studie unterstützt werden, die die Anforderungen dafür festlegen wird.

Drittens. **Schulen** sind die Schulen der Nation. Dort wird auch Demokratie gelernt. Deshalb muss Demokratie dorthin. Das darf nicht die Ausnahme sein. Jeder, der an eine Schule geht und dort platte parteipolitische Propaganda verbreitet, der ist nicht zu retten; denn Schüler sind ja nicht doof. Schüler wählen so jemanden gar nicht. Deswegen müssen wir diesbezüglich gar keine Sorgen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall)

Vielmehr sollten wir alles dafür tun, das dazu beiträgt, auch die Partizipation von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Deshalb wollen wir die Juniorwahl 2017 an allen Schulen ermöglichen. Auch das ist ein gutes Beispiel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Viertens. **Kommunen** dürfen Wahlkämpfe nicht schwerer machen, als sie gerade für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ohnehin schon sind. Ich teile das, was der Kollege Günther gesagt hat. Wahlen sind die Festtage der Demokratie, und Wahlkämpfe sind die Debatte darüber, welchen Weg wir für dieses Land wollen.

Insofern müssen sich Parteien unterscheiden. Wenn wir uns nicht mehr unterscheiden, gehen die Leute nicht wählen. Das muss ausgetragen werden dürfen. Das ist nicht „Igittigitt!“, sondern es ist prima, dass es Wahlen gibt. Bei uns darf man das. In anderen Ländern sitzt man im Gefängnis, wenn man für freie Wahlen ist. Deswegen muss auch in den Kommunen aktiv für Wahlen geworben werden. Es darf nicht gesagt werden: Das verstecken wir irgendwo.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

(Dr. Ralf Stegner)

Deswegen glaube ich, dass das ein Punkt ist, der übrigens auch in anderen Ländern beachtet wird. Wir streiten leidenschaftlich über verschiedene Themen, und das werden wir morgen wieder tun. Über diesen Punkt sollte in diesem Haus aber kein Streit herrschen. Wir tun alles, um Menschen zu motivieren, die Demokratie zu stärken.

Ich sage Ihnen eines: Unsere repräsentative Demokratie ist das Beste, was diesem Land jemals widerfahren ist. Das zu stärken und auszubauen, dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Heiner Garg [FDP] und Daniel Günther [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anlass für die heutige Debatte und die Initiative aller Fraktionen war die **sinkende Wahlbeteiligung**. Das ist eine Tatsache, die sonst immer nur in den Fernsehrunden am Wahlabend beklagt und dann für die nächsten vier bis fünf Jahre wieder vergessen wird.

Ich finde es gut, dass wir die Zeit zwischen den Wahlen genutzt haben, um uns mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Dafür möchte ich mich auch bei allen bedanken, die daran beteiligt waren.

Natürlich wünschen wir uns, dass sich alle Menschen an unserer parlamentarischen Demokratie beteiligen, und zwar nicht nur alle vier bis fünf Jahre an der Wahlurne. Wahlbeteiligung sagt aber nicht alles aus über eine lebendige Demokratie. Es gibt durchaus Länder mit einer niedrigen Wahlbeteiligung, die man mit Fug und Recht auch als demokratisch bezeichnen kann. Es gibt aber auch Länder mit einer zwangsweise sehr hohen Wahlbeteiligung, die wir sicherlich nicht als demokratisch bezeichnen würden.

Natürlich hängt die Zukunft der Demokratie auch von anderen Aspekten ab, insbesondere davon, inwiefern es uns gelingt, die kommenden Generationen und die Menschen, die neu zu uns kommen, für unsere Form des Zusammenlebens zu begeistern.

Was **bedeutet** für euch **Demokratie**? - Das wurden Kinder von Vertretern der Universität Göttingen gefragt. Es wurde beispielsweise geantwortet: Demokratie ist, wenn man über die Welt oder ein Land diskutiert, wenn man mit anderen Leuten darüber diskutiert, wie es weitergeht.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Nein, wir sind keine Kinder, Herr Vogt. Manchmal kann man aber von Kindern lernen, wenn man ihnen zuhört.

Es wurde gesagt: Demokratie ist, wenn zum Beispiel der Bürgermeister aus einem Einkaufszentrum ein Schwimmbad machen will und wenn einige dagegen sind. Dann machen sie eine Demo mit Schildern. - Besonders gut gefallen hat mir folgender Beitrag: Demokratie ist, wenn man sich einigt, indem alle ungefähr das Gleiche wollen.

Auch wir hier im Landtag haben uns in den vergangenen Monaten intensiv mit der Frage beschäftigt, was Demokratie ist. Wie halten wir sie aktiv? Wie können wir Menschen für die Demokratie begeistern? Wie überzeugen wir Menschen davon, dass die Politik ihr Leben verändern kann, auch zum Guten?

Aus Anhörungen und Diskussionen ist der jetzt folgende Antrag herausgekommen. **Vereinfachte Wahlunterlagen**, mehr **Barrierefreiheit**, Übersetzung von Wahlunterlagen, Bekenntnis zur politischen Bildung nicht nur, aber vor allem in Schulen.

Natürlich ist **politische Bildung** im Wahlkampf besonders attraktiv. Das ist ein bisschen wie im Advent. Alles fiebert dem Wahltag entgegen. Gerade deshalb ist es in politisierten Zeiten richtig, dass dem demokratischen Streit kein Riegel vorgeschoben wird, auch nicht in **Schulen**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße deshalb die grundsätzliche Öffnung in dieser Frage, sodass dies sechs Wochen vor der Wahl möglich ist.

Ob aber die vorgeschlagenen Maßnahmen wirklich ausreichen, um den Ideen zum Beispiel der zitierten Kinder gerecht zu werden, ob dieser Antrag reicht, um mehr Menschen an die Urnen zu holen und von Zukunftsentscheidungen zu begeistern oder auch von uns Politikerinnen und Politikern zu überzeugen, ist fraglich. Dies allein ist sicherlich nicht ausreichend.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Diesen Anspruch haben wir aber auch nie erhoben, Herr Breyer. Dies ist ein gemeinsames Bekenntnis zu wichtigen Punkten - nicht mehr, aber auch nicht

(Eka von Kalben)

weniger. Alle Parteien haben ihren Teil zum Antrag beigetragen. Alle Parteien sind Kompromisse eingegangen, auch die Grünen und auch CDU und SPD. Bedauerlich ist, dass unterwegs die PIRATEN und die FDP abhandengekommen sind, als offensichtlich nicht alle ihre Vorstellungen übernommen wurden. Gerade hier hätte ich mir ein klares gemeinsames Zeichen sehr gewünscht.

Zu Ihren eigenen Anträgen: Da kann ich Herrn Stegner nur folgen. Ich glaube, wir haben das, was zum Beispiel bei der Umsetzung von **mehr Bürgerbeteiligung** möglich ist, in dieser Legislaturperiode durchgesetzt. Das haben wir erreicht. Da ist viel nach vorn gekommen. Ich glaube, dass zum derzeitigen Zeitpunkt eine **Enquetekommission** nicht zu mehr Einigung hier im Haus über Änderungen an dieser Stelle führen würde.

Den **FDP-Antrag** werden wir überweisen. Herr Garg, ich finde es sehr bedauerlich, dass die Formulierungen, die dort jetzt aufgeführt wurden, in dem Abstimmungsprozess noch gar nicht eingebracht worden sind, weil wir unter Umständen Teile davon auch hätten übernehmen können.

Meine Damen und Herren, wir müssen beides leisten. Wir müssen Unterschiede deutlich herausstellen, damit die Menschen erkennen, dass es einen Unterschied macht, wem sie ihre Stimme geben. Aber wir müssen auch Lösungsangebote machen, damit die Wähler weiterhin Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik haben.

Politik mit allen Ritualen, Streitereien und Verkürzungen mag viele Menschen abschrecken. Häufig höre ich: Es geht doch gar nicht um die Sache, da geht es nur ums Ego. Ich glaube, jeder von uns sitzt da in seinem eigenen Glashaus.

Ich will nicht, dass die anfangs erwähnten Kinder irgendwann sagen: Früher habe ich gedacht, bei Demokratie ging es um die Zukunft unseres Landes, heute denke ich: Es geht um Politiker.

Die niedrige **Wahlbeteiligung** lässt sich nicht allein durch formale Änderungen des Wahlgesetzes anheben. Wir müssen uns gemeinsam als Alternativen präsentieren. Wir müssen respektvoll miteinander umgehen und vor allem echte Ansprechpartner sein.

Ich komme zum Schluss: Diesen Balanceakt hinzubekommen, die Unterschiede scharf herauszustellen und gleichzeitig Kompromisse einzugehen - das alles noch in verständlichen Worten täglich jedem zu sagen -, das ist die Herausforderung der Demokratie. Das ist schwierig, aber auch da schließe ich mich Herrn Stegner an: Es ist trotzdem die beste Staatsform, die wir haben. Wir sollten sie weiter aktiv verteidigen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie kann man die Wahlbeteiligung verbessern - vielleicht durch ein **überzeugendes politisches** Angebot? Es ist jedenfalls schade, dass den Antragstellern diese eigentlich ja naheliegende Antwort nicht eingefallen ist.

(Beifall FDP und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Stattdessen erscheint im Angebotskatalog der Antragsteller schon unter Punkt 2 die Forderung nach einer in Sprache und Design verbesserten Gestaltung der Wahlbenachrichtigungen. - Nun, ja. Vermutlich würde das die Wählermassen regelrecht an die Wahlurnen treiben.

(Martin Habersaat [SPD]: Das haben alle Vorredner behauptet!)

Vielleicht wäre es - das ist ein zweiter Anlauf für eine Lösungsmöglichkeit -, ja hilfreich, wenn sich die Parlamente vornehmlich mit denjenigen Fragen beschäftigen, die die Menschen nun einmal bewegen. Falls das der Fall sein sollte, müsste man leider feststellen, dass die Antragsteller ihr Ziel - unser gemeinsames Ziel - auch verfehlt haben, denn es kann ja wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass das Thema, das der Ältestenrat in seiner großen Weisheit auf den morgigen Tag gesetzt hat, eigentlich das Thema ist, das derzeit die Menschen mit Abstand am meisten bewegt.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, gestatten Sie eine Zwischenfrage, -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

(Dr. Ekkehard Klug)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Dr. Klug, finden Sie es eigentlich angemessen, dass Sie mit diesem spöttischen Unterton, als ob es uns nur um die Technik ginge, einleiten, nachdem wir wirklich eine monatelange Diskussion geführt haben, an der Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender teilgenommen hat

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Entschuldigung -, an der Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer und Parteivorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein teilgenommen hat, wobei wir exakt in diesem Bewusstsein, das wir in einer gemeinsamen Pressekonferenz dargelegt haben, miteinander darüber gesprochen haben, dass die Substanz der Politik natürlich im Vordergrund steht und dass es andere Dinge sind, die man zusätzlich tut, um die Wahlbeteiligung zu steigern, was übrigens alle drei Redner, die eben gesprochen haben, jedenfalls der Oppositionsführer und ich, dargelegt haben. Finden Sie es angemessen, das dann so einzuleiten? Das finde ich, wenn ich das sagen darf, ein klein wenig überheblich, Herr Kollege, Herr Dr. Klug.

(Beifall SPD)

- Ich finde, Herr Kollege Stegner, dass in diesem Antrag viele einzelne Punkte hineingekommen sind, die bedenkenswert sind, und andere, die jedenfalls im Ranking eher weniger bedeutend sind - dazu habe ich eben einen Punkt genannt. Deshalb finde ich es auch angemessen, dass man einen solchen Antrag dann in der Summe bewertet und ihn dann für unzulänglich befindet. Das finde ich durchaus angemessen.

(Beifall FDP)

Sie müssen als Parlamentarier akzeptieren, dass es auch Kollegen im Hohen Haus gibt, die möglicherweise eine andere Meinung haben als Sie, Herr Kollege Stegner, und die das, was die Antragsteller für richtig befinden, in der Gesamtbetrachtung nicht für den richtigen Weg ansehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dafür bin ich dankbar. Um den Punkt, eine abweichende Meinung nicht zu akzeptieren, geht es überhaupt nicht - ganz im Gegenteil. Dass wir das leidenschaftlich tun, da werden Sie mich immer an Ihrer Seite finden - im Gegenteil. Wir tun das ja manchmal zu wenig.

Hier geht es aber um etwas anderes, Herr Kollege Dr. Klug. Da ging es eigentlich darum, ob die im Landtag vertretenen Parteien miteinander deutlich machen - das ist selten genug -, dass wir wirklich eine gemeinschaftliche Anstrengung brauchen, um die repräsentative Demokratie zu stärken - mit unterschiedlichen Vorschlägen und vielleicht auch mit Kompromissen, die man machen muss. Keineswegs geht es darum zu sagen: Man akzeptiert keine unterschiedlichen Meinungen. Niemand, der bei Sinnen ist, würde sagen: Ein paar technische Maßnahmen helfen uns, die Wahlbeteiligung zu steigern. Das hat hier auch niemand vorgetragen. Nur darum ging es.

Erlauben Sie mir, Herr Dr. Klug, zu sagen, ich finde es schade, dass wir, gemessen an dem Engagement, das auch der Kollege Dr. Garg in der Gruppe gezeigt hat, am Ende bei einer solchen Frage nicht zusammenkommen. Bei vielen anderen Fragen ist es nicht so wichtig, aber bei einer solchen Frage finde ich es schade, weil es nach außen den Eindruck erweckt, als seien wir in der Kernfrage unterschiedlicher Auffassung. Ich hatte jedenfalls, was den Kollegen Garg angeht, überhaupt nicht den Eindruck, dass das so ist.

(Beifall SPD)

- Es ist bedauerlicherweise so, dass es vielfach Anläufe zu interfraktionellen Initiativen gibt, an denen sich auch alle Fraktionen beteiligen, aber dass möglicherweise eine Fraktion in der Endabrechnung, in der Bewertung, zum Ergebnis kommt, dass man das aus nachvollziehbaren Gründen nicht für zielführend hält. Es ist in puncto auf diesen interfraktionellen Antrag - sozusagen die große Küstenkoalition mit der CDU - tatsächlich der Fall, dass sozusagen eine gemeinsame Plakataktion gemacht wird, wo Sie sich, Herr Kollege Günther, Frau von Kalben und Herr Harms unter der Losung „Voters welcome“ versammeln - okay. Ob das wirklich das bewirkt, was angedacht ist, da habe ich meine Zweifel.

(Dr. Ekkehard Klug)

Meine Damen und Herren, der große Grand Prix der Wählerbeteiligung wird auf diese Weise ganz sicherlich nicht gewonnen werden können - trotz der beeindruckenden Gesangstruppe, die da angetreten ist - mit Ralf Stegner und Daniel Günther sozusagen als neuem Modern-Talking-Duo und mit Frau von Kalben und Lars Harms als Rhythmus-Gruppe im Hintergrund.

(Zuruf SPD: Sie waren sehr erfolgreich!)

- Waren sehr erfolgreich, genau. Ich finde, die Vorstellung von Ralf Stegner in der Rolle von Dieter Bohlen hat auch etwas.

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, wir stellen als Alternative mit der Bitte um eine alternative Abstimmung einen Antrag zur Stärkung der repräsentativen Demokratie neben Ihren Antrag.

Den Vorschlag der Piratenfraktion halten wir ebenfalls nicht für zielführend. Die zentrale Aussage bleibt aus unserer Sicht: Wahlbeteiligung steigt durch überzeugende Politik.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Daniel Günther?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja, bitte.

Daniel Günther [CDU]: Geschätzter Kollege Dr. Klug, ich habe Ihre Worte verstanden, auch das, was Sie kritisch bei dem Antrag sehen. Ich erinnere mich sehr gut an den abschließenden Änderungsantrag, den die FDP mit konkreten Wünschen zu diesem Antrag gestellt hat, die wir meines Wissens alle erfüllt haben.

Ich frage mich, wenn Sie das denn heute in der Debatte so kritisch sehen, warum Sie in den letzten anderthalb Jahren nicht versucht haben, diese ganzen Punkte mit in diesen Antrag einzubringen. Dann hätten wir uns vielleicht wirklich auf einen gemeinsamen Antrag verständigen können. Warum haben Sie uns dieses Wissen denn in den letzten anderthalb Jahren vorenthalten und bringen das jetzt hier heute zum Besten?

(Beifall CDU)

- Herr Kollege Günther, an Ihrer Zwischenbemerkung ist eines zutreffend: Es gibt aufgrund einer überarbeiteten Fassung einen sehr großen Abstand zwischen der ersten Beratungsrunde und der zweiten, die wir heute führen.

Ich will Ihnen zum Schluss sagen: Aus meiner Sicht ist es wirklich so, dass Beteiligungen an Wahlen und Abstimmungen entscheidend davon abhängen, ob die Wähler von dem, was ihnen als Alternative zur Entscheidung geboten wird, überzeugt sind oder nicht. Wenn dies ein Beispiel illustrieren mag, dann ist das die Abstimmungsbeteiligung von mehr als 90 % vor Kurzem in Schottland bei dem dort durchgeführten Referendum. An solchen Beispielen können wir belegen, dass dann, wenn die Bürger politische Alternativen bewerten können, die sie für überzeugend halten oder nicht, die Wahlbeteiligung und die Abstimmungsbeteiligung entscheidend steigen. Das ist der Kernpunkt

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

und nicht technische Verbesserungen, so sehr auch einzelne Punkte wie etwa die politische Bildung, die im Antrag ebenfalls angesprochen ist, richtig sind.

In der Summe sagen wir, dass der Zehnpunktekatalog, den Sie vorschlagen, aus unserer Sicht nicht zielführend sein kann. Bei der Steigerung der Wahlbeteiligung geht es um andere Dinge. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute legen die Koalitionsfraktionen und die CDU gemeinsam einen Antrag vor, der für verbesserte Möglichkeiten bei der Wahlteilnahme der Bürgerinnen und Bürger sorgen soll. Dabei kann ich aus Sicht des SSW sagen, dass wir nicht die Erwartung haben, dass die **Wahlbeteiligung** durch die Umsetzung der Maßnahmen markant steigen wird. Es geht uns vielmehr darum, dass die Maßnahmen dazu beitragen sollen, die **Schwelle**, **zur Wahl zu gehen**, zu **senken**. Das ist sicherlich oftmals ein und dasselbe, aber es ist für uns vor allem eine demokratietheoretische Frage.

Die Fragen, die sich uns gestellt haben, waren nämlich, ob bestimmte Gruppen stärker ausgeschlossen waren als andere und ob es zu beseitigende Hemm-

(Lars Harms)

nisse gab, die den Informationsfluss im Vorwege einer Wahl beeinflusst haben. Denn es geht hier nicht nur um die reine Wahlteilnahme, sondern auch um eine gute Informationsmöglichkeit vor der Wahlentscheidung.

Die Vorschläge zur **Wahlwerbung** sollen etwa auch die Information der Bürgerinnen und Bürger verbessern helfen. Der Wunsch nach Begleitung durch die Institutionen, die sich mit der politischen Bildung befassen, dient vornehmlich dem gleichen Ziel. Es ist also mitnichten so, dass die rein zahlenmäßige Wahlbeteiligung das alles entscheidende Kriterium ist. Es geht vor allem um die Qualität. Und es geht um die Menschen, die bisher noch nicht den richtigen Zugang zu den Wahlen hatten. Es geht somit um die Stärkung der Demokratie an sich. Deshalb sollen beispielsweise auch ausländische Mitbürger Hilfestellungen in ihren eigenen Sprachen erhalten können. Und deshalb sollen Menschen mit Handicaps Unterlagen in leichter Sprache erhalten.

Solche Maßnahmen sind alles Maßnahmen, von denen man sagen könnte, dass sie doch eine Selbstverständlichkeit sein sollten. Sind sie aber derzeit nicht, und deshalb öffnet unser gemeinsamer Antrag auch die Tür für alle diejenigen, die sich an einer Wahl beteiligen möchten. Durch die Tür müssen die Menschen aber schon selber gehen.

Wir haben ja neben den konkreten Umsetzungsvorschlägen der Koalition und der CDU auch noch den Antrag der PIRATEN zur Einrichtung einer Enquetekommission. Ich bezweifle, dass ein so aufwändiges Instrument etwas an der vorgeblichen Wahlmüdigkeit ändern wird. Auch die von den PIRATEN vorgegebenen Untersuchungsgegenstände, die natürlich nur politische Vorstellungen der PIRATEN untersuchen sollen, führen hier nicht weiter. Was die Wahlbeteiligung angeht, haben wir kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Handlungsdefizit, das wir mit unseren Vorschlägen auch konkret angehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich **Untersuchungen** zur **Wahlbeteiligung** ansieht, dann stellt man erst einmal fest, dass das Wegbleiben von der Wahl nicht zwangsweise etwas Negatives als Ausgangspunkt haben muss. Es kann zum Beispiel eine sehr bewusste Entscheidung des Einzelnen sein, nicht zur Wahl zu gehen, weil einem ganz einfach das Angebot nicht behagt. Die Nichtteilnahme an einer Wahl kann aber auch ein Ausdruck der Zufriedenheit sein: Es läuft alles; es geht einem gut. - Warum sollte man dann etwas verändern?

Das Wesen unserer Demokratie ist ja glücklicherweise, dass wir immer eine Auswahl zur Verfügung haben, sowohl was Kandidaten und Parteien, als auch was die Teilnahme an der Wahl an sich angeht. Hätten wir dies nicht, dann wäre gewiss die Demokratie in Gefahr, und dann könnte man sich schon Sorgen machen.

Meine Damen und Herren, in einem Bereich sehen wir demokratische Prinzipien allerdings auch bei uns in Gefahr. Bei der letzten Kommunalwahl 2013 gab es in den rund 1.100 Kommunen in Schleswig-Holstein 327 Kommunen, wo sich nur noch eine einzige **kommunale Wählerliste** aufstellen ließ. Das heißt, hier wurde auf einer Versammlung vor der Wahl eine Liste zusammengestellt, die dann am Wahltag in ihrer Gesamtheit zur Wahl stand. Alternativen gab es nicht. Und ob man zur Wahl ging oder nicht, änderte nichts an der Zusammensetzung des Gemeinderates. Unter demokratietheoretischen Gründen ist das wirklich eine Katastrophe. Auch deshalb müssen wir dringend über größere Kommunen nachdenken.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, im Antrag der PIRATEN ist auch viel von **direkter Bürgerbeteiligung** die Rede. Das ist an sich gut und erstrebenswert. In dieser Wahlperiode haben wir in diesem Bereich ja auch schon viel erreicht. Aber wenn man die Bürgerbeteiligung unter dem Aspekt der Wahlbeteiligung betrachtet, dann wird es schwierig. Untersuchungen sagen uns, dass insbesondere sozial schlechter gestellte Gruppen von Wahlen fernbleiben. Gleichzeitig sagen diese Untersuchungen, dass die eher besser gestellten Bevölkerungsgruppen sich auch an Volksabstimmungen oder Bürgerbegehren beteiligen. Wenn man die Wahlbeteiligung erhöhen will, dann muss man eine **Wahlpflicht** einführen oder gegebenenfalls **monetäre Anreize** setzen. Dies haben wir allerdings bisher verworfen, weil dies der freien Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder auch nicht, entgegenstehen würde. Auch das ist Teil der Demokratie. So lange wir eine solche freie Entscheidung haben wollen, müssen wir diese auch akzeptieren und vielleicht auch davon abgehen, zu meinen, dass nur eine extrem hohe Wahlbeteiligung eine demokratische Legitimation beinhaltet. Das ist nämlich nicht so. Die Demokratie lebt, und sie ist immer noch die tragende Säule der Gesellschaft. Das ist etwas, was wir den Leuten draußen erklären sollten. - Vielen Dank.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir diese Debatte führen, und möchte deshalb kurz auf Ihre Redebeiträge eingehen.

Herr Kollege Günther, natürlich ist es gut, wenn wir für unsere Demokratie und für unsere demokratischen Institutionen werben. Aber wir werden die Menschen doch nur dann überzeugen können, mitzumachen, wenn sie das Gefühl haben, es lohnt sich, sie können etwas verändern, sie können etwas bewirken. Deswegen reicht es eben nicht, wie Sie es dargestellt haben, die Menschen davon zu überzeugen, dass wir gute Arbeit machen. Ein „Weiter so!“ wird nicht reichen. Ich fürchte, wenn Sie der Meinung sind, dass das, was auf dem Tisch liege, reiche, haben Sie den Ernst der Lage noch nicht wirklich erkannt.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Dass immer mehr Menschen der Meinung sind, dass die Demokratie so, wie sie funktioniert, der falsche Weg sei, und sich davon lossagen, muss uns doch besorgt machen und uns überlegen lassen, andere Wege zu gehen.

Herr Dr. Stegner, Sie haben die Anhörung, die wir durchgeführt haben, angesprochen. Das Problem ist doch, Herr Dr. Stegner, dass wir die Vorschläge, die in der Anhörung gemacht worden sind, gar nicht im Einzelnen durchgegangen sind. Ich nenne nur die Einrichtung eines Internetbeteiligungsportals, eines ständigen Kinder- und Jugendbeirats des Landtags und regelmäßige Gesprächsforen des Landtags vor Ort, auf denen Bürger zu Wort kommen und bei denen die Abgeordneten aller Fraktionen Rede und Antwort stehen. Das sind Vorschläge, die nicht diskutiert worden sind. Im Übrigen hat der zuständige Innen- und Rechtsausschuss überhaupt noch nicht über das Ergebnis der Anhörung beraten.

Herr Dr. Stegner, Sie haben gesagt, Sie machten sich über zunehmend demokratiefeindliche Einstellungen Sorgen. Aber was ist denn unsere Antwort darauf? Ich fürchte, die heute vorliegenden Anträge finden keine Antwort auf dieses Problem. Das Thema Wahlbeteiligung ist doch nur ein Symptom. Das ist ja nicht das eigentliche Problem, sondern es ist nur Ausdruck der Einstellungen, die dem zugrunde liegen.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Frau Kollegin von Kalben hat gesagt, dass Sie mit Ihrem Antrag nie den Anspruch erhoben hätten, die Wahlbeteiligung erhöhen zu wollen. Da möchte ich doch einmal aus Ihrem Antrag zitieren:

„Die Beschränkung im Wesentlichen auf Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung stellt dies nicht in Abrede.“

Das heißt, Sie erheben sehr wohl den Anspruch, dass Ihre Maßnahmen der Steigerung der Wahlbeteiligung dienen sollen, und dieses Ziel werden Sie eben mit diesem Antrag nicht erreichen. Deswegen gehen Sie am Kern des Problems vorbei.

(Beifall PIRATEN)

Ich finde es schade, dass die Kollegin von Kalben schon jetzt sagt, eine **Enquetekommission** würde ohnehin keine Einigung bringen. Wir haben doch über viele Themen noch gar nicht diskutiert und gesprochen, die in unserem Antrag angesprochen sind: Beteiligungschancen und -gerechtigkeit, Online-Beteiligung, Beteiligung an Planungsprozessen, Bürgerhaushalte.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Herr Kollege, in Rheinland-Pfalz hat man eine Enquetekommission zur Bürgerbeteiligung eingesetzt, Rot-Grün übrigens. Die haben sich gemeinsam auf sehr viele Ergebnisse geeinigt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich muss zum Schluss kommen. - Deswegen stimmt es auch nicht, Herr Kollege Lars Harms, dass wir in diesen Antrag nur unsere Vorstellungen hineingepackt hätten. Da findet sich sehr viel von dem wieder, was in Rheinland-Pfalz diskutiert worden ist.

Ich darf abschließend beantragen, Herr Präsident, über den ersten Absatz des Änderungsantrags der FDP getrennt abzustimmen, weil wir dem definitiv zustimmen können. Der Rest - so fürchte ich - nimmt viel von dem vorweg, was erst das Ergebnis

(Dr. Patrick Breyer)

der Beratungen einer Enquetekommission sein könnte.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

(Unruhe)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Günther, Herr Kollege Stegner, ich weiß nicht, ob ich mich für das Lob bedanken soll. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass Demokraten sich zusammensetzen und miteinander über eine Sache sprechen, die wir im Grunde genau gleich bewerten, nämlich das Erschrecken und die Besorgnis darüber, dass sich offensichtlich immer weniger Menschen für Politik, für Wahlbeteiligung - in welcher Form auch immer - interessieren. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass das zu sagen möglich sein muss.

Genauso selbstverständlich ist es auch - die Erfahrung macht man, ich nehme an, die haben Sie auch schon einmal in Ihrem politischen Leben gemacht -, dass das, was an Ergebnissen herauskommt, in der eigenen Fraktion mehrheitlich anders bewertet wird. Auch das gehört zum demokratischen Prozess dazu. Das ist keine Niederlage, sondern das ist dann die inhaltliche Auseinandersetzung in der Abwägung, was wichtiger ist: ein gemeinsames Signal zu senden um des Signals Willen - das wäre meine persönliche Position gewesen - oder in der Tat zu sagen: Das reicht uns nicht, wir wollen an dieser Stelle deutlich mehr. Ich habe damit kein Problem.

Womit ich ein Problem habe, Herr Kollege Breyer, ist der Anspruch, ein gutes Jahr vor der nächsten Landtagswahl jetzt eine Enquetekommission einzurichten. Mir geht es an der Stelle vor allem darum, ganz klar zu sagen: Wir sind eigentlich weiter als vor der Einrichtung einer Enquetekommission. Sie wollen das in der Tat in einer Phase machen, die bereits wieder in den Wahlkampf hineinläuft; ich denke aber, wir können uns mit anderen, mit praktischeren Dingen beschäftigen als mit der Diskussion über Dinge, die wir seit mindestens eineinhalb Jahren sehr intensiv miteinander besprochen haben.

Ich weiß gar nicht, wer es war, ich glaube, der Kollege Lars Harms oder die Kollegin von Kalben haben gesagt: An so etwas kann man in der nächsten Legislaturperiode einmal denken, möglicherweise dann aber zu Beginn der Legislaturperiode und nicht zum Ende. Vor diesem Hintergrund werden wir Ihrem Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission nicht zustimmen.

Ich bitte um alternative Abstimmung der Anträge der Koalitionsfraktionen und der Union einerseits und des FDP-Antrags anderseits.

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich respektiere das, was der Kollege Dr. Garg eben gesagt hat. Aber da wir jetzt ein Abstimmungsverfahren anwenden werden, bei dem im Grunde genommen die Anträge zur alternativen Abstimmung gestellt werden, wirkt es so, als sei die Position des einen Teils des Hauses, man müsse einmal ein paar technische Maßnahmen umsetzen, und die andere, man müsse sich um die Substanz der Demokratie kümmern. - Das ist ein falscher Eindruck, und der sollte auch nicht erweckt werden. Deswegen fand ich den Beitrag des Kollegen Dr. Klug ein wenig hochmütig vor dem Hintergrund, dass wir hier intensiv darüber geredet haben, wo unsere gemeinsame Verantwortung liegt.

Gerade in dieser Zeit einer Herausforderung, die für unser Land sehr groß ist, in der wir leidenschaftlich miteinander streiten, in der ganz vieles auf den Straßen stattfindet, für das ich mich schäme - wenn Galgen aufgerichtet werden und andere Dinge -, wo wir also wirklich über legitimen Umgang und mit leidenschaftlichem Streit in der Sache debattieren, sind wir uns im Haus doch einig darin, dass es in der **Substanz** um die **Demokratie** geht.

Das dann dagegenzustellen, dass es so wirkt, als machten die einen das Klein-Klein und die anderen seien die großen Demokraten - das, so finde ich, ist ein irreführender Eindruck. Wir müssen den Antrag in alternativer Abstimmung dann ablehnen, wenn wir so verfahren. Aber ich finde das falsch. Ich finde das außerordentlich schade, Herr Kollege Dr. Klug. Natürlich gibt es manchmal Anträge, bei denen man nicht zusammenkommt. Aber es ist kein beliebiger Sachantrag, über den wir hier reden. Deswegen bitte ich die FDP, noch einmal in sich zu gehen, ob sie wirklich das Signal senden will, dass sie nicht auf der Seite von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SSW ist, also bei denjenigen, die sagen: in diesem Verständnis tun wir das. Ich finde

(Dr. Ralf Stegner)

das außerordentlich schade. Sie sollten wirklich einmal in sich gehen, denn das ist kein gutes Bild, das am Ende hier entstünde, wenn das hier gegenübergestellt würde. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass diese Form der moralischen Appelle, Herr Dr. Stegner, völlig unangemessen ist bei dem Thema, über das wir uns unterhalten.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Das ist genau die Form von Politik, die die Menschen nicht mehr mögen. Ich bin auch begeistert, mit welcher Selbstzufriedenheit Sie hier auftreten und sagen: Wir haben nach eineinhalb Jahren Diskussion Großes geleistet, was, wenn man sich das genauer ansieht, nichts anderes ist als der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich hier hat verständigen können. Das trifft das Problem überhaupt nicht.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Diese Form der Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit haben wir übrigens auch bei Parteien: Meine Partei ist regelmäßig auf Parteitagen der Ansicht, wir müssten Anträge beraten, die völlig schwachsinnig sind, weil der Mensch, der sich damit beschäftigt habe, lange daran gearbeitet habe. - Als sei das ein Argument. Das Problem, vor dem wir stehen - das ist meine große Sorge, darüber werden wir morgen debattieren -, ist, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen Schaden nimmt, weil wir den Menschen dauernd vorgaukeln, wir hätten **Problemlösungen**. In Wahrheit liefern wir ihnen nur **Placebos**.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Gott bewahre uns davor, dass Menschen einmal etwas hinterfragen. Der Antrag lautet: Demokratie lebt auch von Wahlbeteiligung. - Stimmt. Und er ist darauf ausgerichtet, die Wahlbeteiligung anzuheben. Das steht ja hier. Aber ich sage Ihnen: Keine der Maßnahmen wird dazu führen, dass die Wahlbeteiligung angehoben wird.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Die Wahlbeteiligung wird angehoben, wenn wir - das hat der Kollege Dr. Klug richtig gesagt - uns mit den Problemen der Menschen auseinandersetzen und ihnen nicht den Eindruck vermitteln, wir hätten erstens schon immer Patentlösungen für alles und zweitens, so schnell hingeworfene Geschichten - dazu kommen wir morgen noch - würden dazu beitragen, den Menschen ihre Sorgen zu nehmen und die Probleme wirklich zu lösen.

Das ist das Problem. Wenn Sie sich heute einmal die Forsa-Umfrage ansehen, dann stellen Sie fest, dass eine weitere Abwendung von den demokratischen Institutionen zu verzeichnen ist, weil Menschen in Wahlenthaltung gehen, weil sie das Vertrauen verloren haben. Wir gewinnen Vertrauen nicht zurück, wenn wir uns unterhaken und sagen, wie toll wir sind, sondern wir gewinnen Vertrauen zurück, wenn wir die Leute mit ihren Problemen ernst nehmen und das auch debattieren.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Es gilt der Grundsatz - das wissen Sie auch, Sie sind wie ich lange genug im Parlament - für uns auch: Auch wenn wir etwas für falsch halten, arbeiten wir trotzdem daran, um das noch etwas zu verbessern. Das heißt, auch bei den Beratungen zur Finanzmarktstabilisierung und bei den Beratungen zur HSH Nordbank haben wir gesagt: Der eingeschlagene Weg ist falsch, aber wenn ihr diesen Weg beschreitet, dann wenigstens so, dass er noch einigermaßen akzeptabel sein kann, ohne dass wir dann zustimmen müssen. - Das ist mein parlamentarisches Verständnis - übrigens auch als Jurist -, dann dazu beizutragen, dass falsche Formulierungen im Sinne der Antragsteller richtiggestellt werden. Deshalb haben wir uns beteiligt. Wir waren bei uns in der Fraktion - der Kollege Garg mag mir das nachsehen - immer mehrheitlich der Auffassung, dass der eingeschlagene Weg - diese technischen Lösungen - unseren Vorstellungen nicht entspricht, wir haben trotzdem gesagt: Wir wollen uns dem nicht entziehen. - Es sind einige Vorschläge, die wir unterbreitet haben, die auch aus unserer Sicht sozusagen den technischen Teil verbessert haben, aufgenommen worden, was aber nichts an der grundsätzlich falschen Haltung ändert. Dieser Antrag leistet keinen Beitrag zur Anhebung der Wahlbeteiligung. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich kurz zur Wort gemeldet, weil ich die Sorge hatte, wenn die FDP jetzt hintereinander alle Abgeordneten nach vorn schickt und die sich gegenseitig in Rage über diesen Antrag reden, dass hinterher wirklich nicht mehr viel von dem übrig bleibt, was wir hier eigentlich mit der Debatte heute zum Ausdruck bringen wollen.

Herr Kollege Kubicki, ich hatte eben auch das Gefühl, dass Sie eher über den FDP-Antrag reden als über den Antrag, den CDU, SPD, Grüne und SSW eingebracht haben. Denn in Wahrheit ist ja der FDP-Antrag einer, der uns in der Sache überhaupt nicht weiterhilft. Es sind wirklich Punkte enthalten, die man guten Gewissens überhaupt nicht ablehnen kann, aber das sind einfach - so sage ich es einmal - allgemeine Befunde, die sicherlich richtig sind. Aber es wird die Wahlbeteiligung um keinen einzigen Deut nach oben gefahren, wenn wir hier miteinander solche Debatten über solche Anträge führen.

Ich finde, Sie haben in Teilen auch eine Phantomdebatte geführt, weil ich ehrlich gesagt von keinem Einzigen, der für diesen gemeinsamen Antrag ist, irgendwann einmal eine Formulierung gehört habe, dass wir gesagt hätten: Wenn das jetzt alles umgesetzt wird, ist das der entscheidende Schlüssel, damit die Wahlbeteiligung besser wird.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hat doch kein Einziger für sich in Anspruch genommen, wirklich!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen sollten wir gegenüber der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, als würden wir diesen Anspruch erheben. Wir tun das nicht. Wir wissen, dass wir das damit nicht schaffen werden.

Ich habe auch bei Ihnen vernommen, dass in unserem Antrag wesentliche Punkte enthalten sind, die helfen, Vertrauen in Demokratie zu stärken. Das sollten wir am heutigen Tage nicht kaputtreden. Das ist eine ordentliche gemeinsame Leistung. Es ist nicht das Allheilmittel; das wissen wir, aber unsere Demokratie braucht eine solche Stärkung. Dazu leisten wir einen großen Beitrag. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Daniel Günther [CDU]:

Sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Oppositionsführer, es scheint so zu sein, dass ich die deutsche Sprache nicht mehr verstehe.

(Unruhe)

- Ich meine das im Ernst. - Würden Sie mir freundlicherweise erklären, was folgender Satz im Antrag bedeuten soll:

„Die Beschränkung im Wesentlichen auf Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung stellt dies nicht in Abrede.“

Dann kommen die Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Sie haben gerade erklärt, dass Sie davon ausgehen, dass diese Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung nicht zur Steigerung der Wahlbeteiligung führen werden, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

(Unruhe)

- Dann haben wir ein unterschiedliches Verständnis der deutschen Sprache. Ich finde, dass dieser Satz überhaupt nicht im Widerspruch zu dem steht, was ich hier formuliert habe.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Natürlich haben wir das Ziel, damit die Wahlbeteiligung zu steigern. Ich sage nur, dass das nicht das Allheilmittel ist. Das sagen wir wirklich in jeder Debatte im Landtag - nicht nur die FDP, sondern alle Fraktionen, Herr Kubicki -: Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, aber wir wissen, dass die technischen Möglichkeiten nicht ausreichen. Sie haben ja völlig recht, wenn Sie darauf hinweisen, wie wir uns hier im Parlament benehmen sollten, dass wir uns nicht gegenseitig diffamieren sollten, zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik nicht unangemessene Begriffe benutzen sollten, um Ideen anderer Parteien mundtot zu machen. Da haben Sie mit Ihrem Antrag durchaus recht; das wollen wir unterstützen; darüber können wir morgen bei der Flüchtlingsdebatte weiter reden.

Ich sage noch einmal: Diesen Anspruch hat keiner von uns erhoben. Dadurch dass die FDP den gebetsmühlenartig wiederholt, wird er nicht besser. Ich wünsche mir, dass es hier ein gemeinsames Sig-

(Daniel Günther)

nal gibt. Ähnlich wie die Pressekonferenz gemeinsam mit der FDP stattgefunden hat, wäre es super, wenn wir im Landtag ein gemeinsames Signal setzen könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich richtig, was der Kollege Kubicki sagt, dass wir, wenn wir vernünftig und herzlich miteinander umgehen und nur Sachargumente untereinander austauschen, in der Lage sind, die Leute wesentlich besser zu erreichen als mit irgendwelchen Hasstiraden, mit irgendwelchen Sprüchen unter der Gürtellinie, mit irgendwelchen Schuldzuweisungen gegenüber einzelnen Personen und was es da alles so geben mag. Ich bin gespannt, ob wir uns im täglichen Umgang alle daran halten. Die Vergangenheit war davon ja nicht immer so geprägt; da gab es durchaus den einen oder anderen Protagonisten, der das richtig ausgereizt hat.

Klar, das kann man in einen Antrag schreiben, wie es die FDP gemacht hat, wunderbar; das rettet aber nicht die Welt. Wenn man das auf ein Stück Papier schreibt, was ich gerade gesagt habe, wird das nicht dazu führen, dass die Leute in Strömen in die Wahllokale marschieren und sagen: Super, dass es den FDP-Antrag gegeben hat.

Das wird nicht so sein, sondern es wird nur dann gehen, wenn wir **konkrete Maßnahmen** ergreifen. Ich finde den Hinweis von Eka von Kalben gut, dass man sich darüber Gedanken machen kann, eine Enquetekommission oder irgendetwas anderes - es muss ja nicht immer gleich so eine große Nummer sein - am Anfang einer Wahlperiode einzusetzen, um zu gucken, ob es etwas gibt, das man weiter verbessern kann.

Jetzt geht es aber darum, was wir kurzfristig auf die Beine stellen können, um es den Leuten zumindest zu **erleichtern**, zur Wahl zu gehen und eine Wahlentscheidung treffen zu können. Beides spielt für mich eine Rolle; das habe ich vorhin deutlich gemacht. Auch ich bin nicht der Überzeugung, dass die Wahlbeteiligung markant steigen wird. Das wird wahrscheinlich keiner sagen. Wir werden die Wahlbeteiligung nicht auf 80 % nur dadurch steigern können, dass wir ein paar technische Maßnahmen getroffen haben. Die Maßnahmen sind dafür da, es den Leuten zu erleichtern.

Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass wir uns Gedanken darüber gemacht haben, wie man behinderten Menschen die Möglichkeit eröffnen kann, noch einfacher zur Wahl gehen zu können. Das ist ein Wert an sich. Dass wir das jetzt machen wollen, ist eine gute Sache. Diese guten Sachen darf man den Leuten draußen auch gern erzählen. Das ist das Wesen der Demokratie. Wir sollten uns hier nicht immer nur hinstellen und sagen: Alles ist schlecht, es ist eine Katastrophe, die Leute laufen in Scharen von der Demokratie weg, die Leute fühlen sich nicht mehr vertreten. Es ist auch an uns, deutlich zu machen, dass die Demokratie etwas Tolles ist, dass die Demokratie in unserem Land lebt und wir ein Vorzeigeland sind, was demokratische Prozesse angeht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie stellen das infrage?)

- Lieber Kollege Kubicki, es geht nicht darum, ob das jemand infrage stellt. Sie haben gerade gesagt, die Leute wendeten sich von der Demokratie ab.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, so ist es!)

- Lieber Kollege Kubicki, dann muss man auch einmal positive Botschaften senden. Auch das ist eine Aufgabe, die wir haben, dass wir einmal positiv über das sprechen, was wir hier machen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorhin wurde gesagt, dass der Kollege Schmidt vor Besuchergruppen immer positiv über unsere Arbeit berichtet. Das sollten wir uns zum Vorbild nehmen - nicht den Antrag der PIRATEN, sondern das Handeln des Kollegen Schmidt -, indem wir regelmäßig auch darüber berichten, dass Demokratie etwas Tolles ist und wir hier zum Wohle der Menschen handeln. Dann kommen die Menschen eher, als wenn wir einfach auf Papier schreiben, was alles so schlecht ist. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort. - Pardon, entschuldigen Sie, Herr Minister, vorab Herr Günther zur Geschäftsordnung.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident, ich habe in meinem Redebeitrag eben dargestellt, dass die Punkte der FDP durchaus zustimmungsfähig sind. Wir haben uns als Antragsteller des Ursprungsantrags jetzt darauf verständigt, dass wir sämtliche Punkte der FDP in den Ursprungsantrag aufnehmen und das somit ein gemeinsamer Antrag wird.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Breyer, was die Geschäftsordnungslage angeht, bleibt jetzt noch zu klären, ob Sie dann immer noch auf Einzelabstimmung über den ersten Absatz bestehen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das macht dann keinen Sinn mehr!)

- Deswegen frage ich Sie. Ich kann Ihren Antrag ja nicht für Sie umformulieren. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das klargestellt haben.

Nunmehr hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten das Wort.

(Unruhe)

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Piratenfraktion möchte mit der Einsetzung einer **Enquetekommission** untersuchen lassen, wie und auf welche Weise die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zwischen den Wahlen gestärkt und verbessert werden kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das 2013 verabschiedete Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung hinweisen. Hier wurde mit einer inhaltlichen Erweiterung und Vereinfachung der schon bestehenden Teilhabemöglichkeiten einem zentralen Anliegen Rechnung getragen.

(Beifall SSW)

Uns allen muss daran gelegen sein - das ist hier heute schon mehrfach zum Ausdruck gebracht worden -, die besonders in den letzten Jahren zu verzeichnende **Gleichgültigkeit der Wahlberechtigten** aufzubrechen. Der nunmehr fraktionsübergreifende Entschließungsantrag bietet hierzu eine gute Gelegenheit. Danach werden vielfältige Maßnahmen auf allen Ebenen für erforderlich gehalten, die zunächst im Wesentlichen eine Steigerung der Wahlbeteiligung im Blick haben. Zudem lassen die in unserer Kommunalverfassung bereits vorhandenen vielfältigen Möglichkeiten einer unmittelbaren Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine verstärkte Anteilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess und eine Unterstützung des Ehrenamts in den kommunalen Vertretungen zu. Daher bin ich wie die Vorrednerinnen und Vorredner - abgesehen vom Antragsteller der PIRATEN - der Auffassung, dass durch die Einsetzung einer Enquetekommission zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nichts gewonnen wird.

Mit dem vorliegenden **Entschließungsantrag**, der Resultat einer breit geführten Debatte und intensiver Anhörungen im Innen- und Rechtsausschuss ist, soll einer weiteren Erosion der Wahlbeteiligung entgegengetreten werden. Denn ginge es so weiter, könnte die Legitimation der Volksvertretungen irgendwann infrage gestellt werden, nicht verfassungsrechtlich, aber möglicherweise moralisch.

Ein Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die **Ausübung des Wahlrechts** zu **erleichtern**. Ich unterstütze ausdrücklich den Vorschlag, formale Hürden für die Ausübung des Wahlrechts zu senken, soweit dies im Rahmen der verfassungsmäßig vorgegebenen Wahlrechtsgrundsätze und mit Blick auf zu wahrende möglichst große Übereinstimmung von Bundes- und Landtagswahlrecht sinnvoll ist.

Für besonders sinnvoll erachte ich, den Wahlberechtigten wieder verstärkt bewusst zu machen, welche Bedeutung das allgemeine und freie Wahlrecht für das demokratische Gemeinwesen überhaupt hat. Es muss die Erkenntnis greifen, dass nicht zur Wahl zu gehen, keine vernünftige Entscheidung ist. Gerade in dieser Hinsicht ist der hier diskutierte Entschließungsantrag ein Schritt in die richtige Richtung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Erstens: Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3407. Vor Eintritt in die Abstimmung weise ich darauf hin, dass der Landtag nach § 12 der Geschäftsordnung auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder - das wären

(Präsident Klaus Schlie)

18 Abgeordnete - verpflichtet ist, eine Enquetekommission einzurichten. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Das sind die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag Drucksache 18/3407 abgelehnt.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3424, ergänzt um den Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/3463. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Dann ist gegen die Stimmen der Abgeordneten der PIRATEN dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit)

- Manchmal hilft es ja, richtig abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Pestizidrückstände in Gewässern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3319

Ich erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der 34. Tagung, also vor zwei Plenartagungen, hat der Landtag die Landesregierung gebeten, über die Befunde von Pflanzenschutzmitteln oder Pestiziden in Gewässern, Grundwasserkörpern oder Fließgewässern und Seen zu berichten. Der Bericht liegt vor, und ich stelle ihn hiermit vor.

Wir haben für diesen Bericht die Daten von 2010 bis 2014 ausgewertete, also über vier Jahre. In Grundwasser und Oberflächengewässern sind Pestizide und Pflanzenschutzmittel nachweisbar. Im **Grundwasserkörper** sind es 36 %. Ausgewertet wurden 387 Messstellen. Diese 36 % besagen, dass in diesen vier Jahren ein Befund vorkam. Wenn mehrere Befunde vorkamen, wurde immer der höchste für die weitere Begutachtung der Daten gewertet. Es wurde festgestellt, dass die Überschreitung des Grenzwertes in 3 % der Grundwasserkörper gegeben war. Bei den nicht relevanten Metaboliten, das sind Abbauprodukte, die höhere Orientierungswerte haben, waren ebenfalls 3 % der Grundwassermessstellen betroffen, die über diesem Grenzwert lagen.

Diese Stoffe, die eingetragen wurden und die wir jetzt nachgewiesen haben, sind teilweise vor Jahren oder gar Jahrzehnten eingetragen worden. Bei einigen **Chemikalien** konnte man feststellen, dass es Wirkstoffe waren, die schon lange **verboten** sind, beispielsweise Pestizide, die im Rübenanbau angewandt wurden. Das heißt also, dass erstens Pflanzenschutzmittel den Grundwasserkörper erreichen und zweitens, wir uns zu vergegenwärtigen haben, es mit Problemen zu tun zu haben, die uns erst Jahre oder Jahrzehnte später einholen werden.

Deswegen ist es richtig - und es ist mir wichtig, das an dieser Stelle zu betonen -, was sowohl die **EU-Kommission** wie die **Bundesregierung** festgesetzt und als Maßnahme beschrieben haben, dass es **Reduktionsziele** vor dem Hintergrund der menschlichen Gesundheit und dem Schutz des Grundwassers geben soll, nämlich den Umgang mit Pflanzenschutzmitteln als Risiko um 30 % zu reduzieren. So sagt es die Europäische Kommission.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Pflanzenschutzmittel so eingesetzt werden, dass Gefahren und Risiko für Mensch, Tier und Naturhaushalt minimiert werden sollen. Wenn das die beiden Körperschaften so feststellen, scheint es ja anerkannt zu sein, dass es ein Minimierungsgebot geben muss. Im Umkehrschluss heißt das auch, dass EU-Kommission wie auch Bundesregierung nicht der Meinung sein können, dass alles gut ist.

Bei den **Fließgewässern** sind die Befunde deutlich höher. Von 327 Messstellen wurden bei 91 % Pflanzenschutzmittel oder deren Abbauprodukte nachgewiesen. Das waren 298 Stellen. 58 Wasserkörper haben die Qualitätsnorm der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie überschritten. 10 % der Wasserkörper in Schleswig-Holstein sind aufgrund von Nachweisen von Pflanzenschutzmitteln nicht in einem guten ökologischen Zustand, definiert durch die Wasserrahmenrichtlinie und die Pflanzenschutzrichtlinie der Europäischen Kommission. Besonders häufig wurde in diesen Fällen ein Abbauprodukt von **Glyphosat** festgestellt, AMPA. Es ist in 68 % der Befunde nachgewiesen worden.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Lange Rede kurzer Sinn: Die Befunde sind nicht so, dass wir jetzt in Alarmismus verfallen. Sie sind aber besorgniserregend, und sie sind ein Handlungsauftrag, das, was in trockenen, papierenen Worten häufig festgestellt wird, auch einmal einzuhalten.

Gute landwirtschaftliche Praxis bedeutet - und so ist es ja auch gesetzlich festgelegt -, Pflanzenschutzmittel erst dann einzusetzen, wenn alle anderen Maßnahmen nicht wirksam sind. Die **Praxis** scheint mir mitunter eine andere zu sein. Wir müssen im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln vorsichtiger sein. Wir müssen uns den Auftrag, den Kommission und Bundesregierung formuliert haben, zu Herzen nehmen und Strategien überlegen, wie wir den Mitteleinsatz so steuern, dass möglichst wenig Belastung von Grundwasser und Fließgewässern vorkommen.

Dies ist auch von den Wasserversorgern hier in Schleswig-Holstein und vom BDEW auf Bundesebene erkannt worden. Das ist in den Tagungsprotokollen der Wasserversorger gut nachzulesen. Insofern ist es ein Auftrag an uns alle, der weit über Parteigrenzen hinausgeht. Es geht tatsächlich darum, die Lebensgrundlage Wasser für die Zukunft zu gewährleisten. Für die Zukunft heißt eben nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern aufgrund der langen Sicherungswege von Pflanzenschutzmitteln auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktion der SPD steht als Erstgenannte unter dem ursprünglichen Berichtsantrag. Deswegen erteile ich Frau Abgeordneter Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Umweltministerium hat uns auf Antrag der Küstenkoalition seinen Bericht über Pestizidrückstände in Gewässern vorgelegt. Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich Minister Habeck und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den detaillierten Bericht danken.

(Beifall SPD)

Auslöser für den Antrag waren die aktuellen Ergebnisse der Messungen von Pestizidrückständen an Grundwassermessstellen und in Oberflächengewässern in Schleswig-Holstein. Klar ist, dass im Grundwasser und in den Oberflächengewässern **Pflanzenschutzmittel** und deren Abbauprodukte nachgewiesen wurden, und dies in ganz Schleswig-Holstein.

Gerade im Bereich des **Grundwassers** sollten uns die vorgelegten Zahlen alarmieren. Davon betroffen ist dadurch natürlich auch die **Trinkwasserversorgung**. Die Wasserversorger in Schleswig-Holstein weisen schon seit Jahren darauf hin, dass Handlungsbedarf besteht. Zwar sind die Befunde im Bezug auf Grenzwertüberschreitungen nicht besorgniserregend, aber gleichwohl - so die Aussage im Bericht - nicht akzeptabel.

Ein besonderes Problem stellen hierbei die **nicht relevanten Metaboliten** dar. Sie stammen teilweise von nicht mehr zugelassenen Wirkstoffen, müssen also schon viele, viele Jahre da sein, aber auch von aktuell zugelassenen Wirkstoffen.

Aus trinkwasserhygienischen Gründen schlägt das Umweltbundesamt einen gesundheitlichen Orientierungswert vor, der nach Zulassungskriterien allerdings in einer höheren Konzentration freigesetzt werden darf. Was für ein Unsinn. Hier muss es zu einer **Harmonisierung** der Rechtsgrundlage auf **EU- und Bundesebene** kommen, wie im Bericht zu Recht gefordert wird.

(Beifall SPD)

Aber auch in Schleswig-Holstein ist es geboten, zu einer **einheitlichen Verwaltungsumsetzung** zu gelangen. Das wurde von den Wasserversorgern nämlich auch angemahnt und ist ein Punkt, den wir intensiv diskutieren sollten, und der dann natürlich auch häuserübergreifend diskutiert werden muss.

In unseren **Oberflächengewässern** stellt sich die Situation noch dramatischer dar. Fast flächendeckend wurden Pflanzenschutzmittel nachgewiesen, insbesondere Herbizide im Einsatz gegen Unkraut lassen sich landesweit nachweisen. Aber auch Fungizide gegen Pilzkrankheiten und Insektizide treten in einzelnen Regionen unterschiedlich stark auf. Deutlich ist auch das Zusammenwirken mehrerer Wirkstoffe. Dies führt eindeutig zu einem **Artenverlust** in unseren Gewässern. Ein ausreichender Schutz der **Biodiversität** ist nicht mehr gegeben. Zukünftig werden circa 40 % der Fläche Europas wegen Pestizidbelastung aus der Landwirtschaft keinen guten ökologischen Status mehr erhalten. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: 40 %!

(Sandra Redmann)

Die Anforderungen der **EU-Wasserrahmenrichtlinie** werden wir kaum erreichen können. Was dies bedeutet, sollte ebenfalls diskutiert werden. Wir stehen da vor einem Riesenproblem. Eine Reduzierung des Pestizideinsatzes ist unumgänglich. Die Errichtung von Pufferzonen an Gewässern kann niemand ernsthaft infrage stellen. Dadurch wird zumindest die Menge reduziert, die durch Regenwasser vom Acker in das Gewässer gespült wird. In der Nähe von landwirtschaftlichen Flächen ist eine zurückgehende biologische Vielfalt zu beobachten. Der Artenverlust in Gewässern ist erschreckend. Wer das abstreitet, der hat den Schuss nicht gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass der Minister jetzt Schritte zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln einleitet, ist folgerichtig und konsequent. Zurzeit wird daher öffentlich eine mögliche **Steuer auf Pflanzenschutzmittel** diskutiert und geprüft. - Aber lassen Sie mich sagen, Herr Minister: Diese Diskussion sollten wir im parlamentarischen Raum noch intensiver führen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Kann dies der richtige Weg sein? Wie wirkt sich dies auf die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein aus? Welche Erfolge erwartet man dadurch? Schädigt das insbesondere die kleineren Landwirte? Was ist mit den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, wo bleibt deren Verantwortung, was sollen diese tun? Wenn man sich das Verantwortungsbewusstsein von Großkonzernen wie Monsanto anschaut, kann einem nur schlecht werden.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Dazu wird sicherlich Kirsten Eickhoff-Weber, wie ich sie kenne, gleich etwas in ihrem Beitrag sagen.

Können wir damit die gewünschten Verbesserungen erreichen, müssen nicht flankierende Maßnahmen entwickelt werden? Das sind Fragen, die wir in der nächsten Zeit diskutieren müssen.

Es ist gut, dass Sie, Herr Minister, diese Diskussion auch auf Berliner Ebene angestoßen haben, damit Bewegung hineinkommt. Im Umweltausschuss werden wir dann gemeinsam darüber diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule aus Wedel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Pestizidrückstände in Gewässern“ heißt der von der Landesregierung vorgelegte Bericht, und ich staune nur, dass der Minister auf das Thema der **Besteuerung** von **Pflanzenschutzmitteln** nicht direkt eingegangen ist. Frau Redmann hat das gemacht - ein vorsichtiger Versuch, das Ganze wieder ein wenig einzufangen. Warum? Ein Landesentscheid hat mit der Bundesebene nichts zu tun. Am Ende wird dann das Gutachten, das das Land in Auftrag gegeben hat, auf Bundesebene diskutiert, um sich damit dort auch eine Position zu verschaffen.

Aber der Reihe nach: Wie fühlt man sich, wenn man Landwirt ist? Erst sind die Tierhalter durchs Dorf getrieben worden, dann sind die Biogasanlagen durchs Dorf getrieben worden, jetzt - das war vorauszusehen - werden die Ackerbauern angefeindet, die in der ganzen Diskussion von dem grünen Minister bisher noch relativ verschont wurden.

Wir haben topausgebildete Landwirte hier in Schleswig-Holstein, sind eine Gunstregion. Alles das haben wir rauf und runter diskutiert. Diesen Tagesordnungspunkt hätte man auch in gemeinsamer Debatte mit dem nächsten verbinden können. Aber ich finde die getrennte Debatte gar nicht schlecht, denn so kann ich zweimal darauf hinweisen, wie schlecht dieser Antrag aus unserer Sicht gestaltet ist.

Nachdem die Tierhalter dran waren, sind jetzt die **Ackerbauern** dran, und ich möchte Sie, Herr Minister, direkt auf einen Bericht hinweisen, der nicht aus Ihrem Haus kommt, sondern vom Umweltbundesamt, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit, im Jahr 2015 vorgestellt wurde. Dieser Bericht beschäftigt sich mit dem Themenschwerpunkt Wasser, Grundwasser, Trinkwasserqualität in Deutschland. Merkwürdigerweise, und das lässt mich stutzen, kommt dieser Bericht zu ganz anderen Ergebnissen. Nun ist meine Verwirrung relativ groß: Wer ist denn nun zuständig? Das

(Heiner Rickers)

Bundesgesundheitsamt, das Umweltbundesamt, oder das Umweltministerium in Schleswig-Holstein - mit ganz unterschiedlichen Aussagen?

Ich will - mit Erlaubnis des Präsidenten - aus einer ganz aktuellen Pressemitteilung vom 12. Oktober 2015 zitieren, die Umweltbundesamtpräsidentin Frau Maria Kratzberger.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Krautzberger! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist egal! Er kennt sie ja doch nicht!)

Sie hat laut einer dpa-Meldung gesagt: In den letzten 30 Jahren hat sich das Grundwasser, was Pestizideinspülungen angeht, absolut verbessert. Es gibt rückläufige Trends in der Belastung; das ist die Bundesaussage.

Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen. Das kann es so nicht sein. Das verschreckt nicht nur mich - und jetzt passen Sie auf, Frau Redmann -, das verschreckt natürlich auch denjenigen, der jeden Tag die Zeitung liest. Wie soll er denn jetzt reagieren? Gibt es wirklich Belastungen in Schleswig-Holstein, die man ernst nehmen muss, und muss ein Umweltminister oder vielleicht auch eine Sozialministerin in irgendeiner Form tätig werden, oder gibt es sie nicht? Da beziehe ich mich wieder auf die Bundeszuständigkeit.

Ich hätte mich auch gefreut, wenn Sie auf Ihre in Auftrag gegebene Studie eingegangen wären. Sie wollen eine Steuer auf Pflanzenschutzmittel erheben. Das hat Frau Redmann eben zu Recht in Teilen kritisch gesehen. Aus meiner Sicht ist die Studie bisher relativ undifferenziert. Ich erkläre Ihnen auch, warum. Sie verteuert die eingesetzten Betriebsmittel. Das wird von den Bauern bisher eindeutig als Strafsteuer gesehen. Hauptkritikpunkt ist, dass die **Agrarwissenschaft** in diese Studie nicht eingebunden war. Außerdem werden Sie, wenn Mittel günstig sind, wenige Effekte beim Einsparen haben. Versehen Sie ein günstiges Mittel mit einer Strafsteuer, wird es nur geringfügig teurer und insofern vermehrt eingesetzt werden. Da sind wir beim nächsten Tagesordnungspunkt. Gerade das Roundup Glyphosat - das werden wir noch besprechen - ist eines der günstigsten Herbizide, das eingesetzt wird. Wenn sie den Preis um 20 % verteuern, wird es wenige Ansätze zum Sparen und wenig Sparabsichten geben.

(Beifall CDU)

Insofern ist der angesetzte Hebel aus unserer Sicht völlig falsch.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal darauf eingehen, warum es bei uns in der Gesellschaft überhaupt Pflanzenschutzmittel gibt. Sie wissen alle, sie sind gut 50 Jahre im Einsatz. Das haben Sie richtig geschildert. Bisher haben sie absolut nur zu Verbesserungen geführt: Die Lebensmittel sind sicher. Die Lebensmittel sind sauber. Die Lebensmittel sind auch noch gesund.

(Zuruf: Nee!)

- Das können Sie nachher wiederlegen. Denken Sie an die Verpilzung von Getreide.

Ich möchte Ihnen eine Empfehlung mit auf den Weg geben. Warum konzentrieren Sie sich nur auf das Wasser? Beproben Sie doch die Lebensmittel direkt. Sie werden sehen, dass fast alles in Ordnung ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So kennen wir nicht nur Heiner Rickers, so kennen wir die CDU: Verharmlosen, Verneinen von Sachen, die in dem Bericht, wenn Sie ihn denn gelesen hätten, Herr Kollege Rickers, eindeutig nachgewiesen sind. Der Minister hat einige Zahlen genannt. Im Bericht sind weitere genannt. Sie tun hier so, als gebe es überhaupt kein Problem.

(Heiner Rickers [CDU]: Haben Sie den Bericht überhaupt gelesen?)

Das ist fahrlässig und verantwortungslos - auch im Sinne der Landwirtschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Pestizide sind Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel. Von manchen werden sie auch verniedlichend **Pflanzenschutzmittel** genannt. Es sind Mittel, die in der Natur nicht vorkommen. Sie treffen häufig die Falschen, weil sie eben nicht zwischen Nützlingen und Schädlingen unterscheiden und somit auch sogenannte Nichtzielorganismen treffen. Im Falle des **Grundwassers**, aus dem wir hier in Schleswig-Holstein unser Trinkwasser zu 100 % gewinnen, ist dieser Nichtzielorganismus der Mensch - auch Sie alle, die Sie hier sitzen.

(Marlies Fritzen)

Die Pestizidbelastung für die menschliche Gesundheit in bedenklicher Konzentration hatte in Schleswig-Holstein bereits die **Stilllegung von Förderbrunnen** zur Folge. Auch dieses haben Sie gerade eben nicht nur nicht angesprochen, sondern Sie haben sogar so getan, als gebe es so etwas nicht. Sprechen Sie einmal mit Ihren Kollegen auf Föhr.

Wir wissen also seit Langem: Hier tickt eine Zeitbombe, nur hören will sie kaum einer - die CDU schon gar nicht. Weil die Pestizide oft erst nach Jahrzehnten den Weg durch den Boden, durch die Grundwasserschichten, gefunden haben, messen wir heute Stoffe im Trinkwasser, die seit Langem verboten sind. Der Minister hat es angesprochen. Ich sage es Ihnen noch einmal, Herr Rickers, falls Sie den Bericht nicht gelesen haben sollten - was ich glaube. Bei 3 % gibt es sogar eine Grenzwertüberschreitung.

Wenn Sie mit den Wasserversorgern reden würden, dann würden Sie sehen, dass Sie als Landwirt hier nicht unschuldig verfolgt werden, wie Sie es hier darstellen wollen, sondern dass wir ein ernsthaftes Problem haben.

Diese **Grenzwertüberschreitung** beziehungsweise diese Probleme durch die Belastung sind seit Jahren gleich geblieben. Immer wieder heißt es: Wir entwickeln neue Stoffe, sie sind völlig unbedenklich und leicht abbaubar. Nach jahrelangem massenhaftem Einsatz werden diese Stoffe dann doch mit ihren ökologischen und gesundheitlichen Folgen als fatal erkannt. Dann wird es Verbote oder Anwendungsbeschränkungen geben. Die Industrie entwickelt daraufhin wieder neue, angeblich noch wirksamere und angeblich noch ungefährlichere Stoffe. Weitere Jahrzehnte später schlagen sich die Wasserversorger, die Untersuchungslabore, die Überwachungsbehörden - aber nicht die CDU - mit den alten Wirkstoffen und ihren giftigen Abbauprodukten herum. Da sind wir heute, und dies beschreiben wir - wie Sie im Positiven - im Negativen seit 50 Jahren. Aus den sogenannten Pflanzenschutzmitteln sind nämlich längst Schadstoffe geworden, die letztlich auch die menschliche Gesundheit bedrohen.

Es entspricht allerdings nicht dem **Verursacherprinzip**, dass die Wasserversorger, die Wasserkunden und die Steuerzahler mit diesen Kosten belastet werden. Auch das möchte ich hier noch einmal sehr deutlich hervorheben.

Pflanzenschutzmittel, Pestizide, in Flüssen und Seen mögen im ersten Moment weniger brisant erscheinen als im Grundwasser, denn wir trinken dieses Wasser ja nicht. Trotzdem gibt es infolge der EU-Wasserrahmenrichtlinie auch strenge Vorgaben für zulässige Konzentrationen von **Schadstoffen in Oberflächengewässern**. Ich erinnere daran, dass wir den guten ökologischen Zustand, den wir eigentlich in diesem Jahr erreicht haben sollten, in keinem der Gewässer erreichen, und zwar trotz massenhafter Beratung nicht. Herr Rickers, alle Ihre Landwirtschaftskollegen wissen um die Problematik, dass diese Belastung nicht abnimmt, sondern eher zunimmt.

Der Zusammenhang mit den Oberflächengewässern wird im Bericht ebenfalls dargestellt. Diese sind nicht völlig getrennt von den Grundwasserleitern. Zum anderen schädigen diese Schadstoffe Lebensgemeinschaften der Gewässer und reichern sich schließlich in der Nahrungskette an. Das hat die Kollegin Redmann gesagt.

Sie haben **Glyphosat** angesprochen, auf das wir später noch eingehen werden. Die Weltgesundheitsorganisation hat diesen Stoff kürzlich als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Dieser Stoff verbreitet sich immer mehr in der Umwelt und wurde bereits in einigen schleswig-holsteinischen Seen und häufiger noch in Fließgewässern nachgewiesen. Der Minister hat es gesagt, und es steht im Bericht: In über 90 % von Schleswig-Holsteins Flüssen und Bächen - also fast flächendeckend - finden sich Pestizide, die nachgewiesen wurden. Das Landeslabor hat in Wasserproben 125 verschiedene Pestizide und deren Abbauprodukte untersucht und nachgewiesen. Meine Damen und Herren, das ist die neue Vielfalt der modernen Landwirtschaft. Das ist keine Vielfalt mehr auf dem Acker, dafür aber ein vielfältiger Chemiecocktail in den Gewässern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Strategie für die **Reduzierung des Einsatzes** ist erforderlich. Die **Pestizidsteuer** wurde genannt. Sie diskreditieren diesen Vorschlag natürlich. Das war nicht anders zu erwarten. Mit keinem einzigen Wort aber sagen Sie, wie Ihrer Meinung nach diese massive Belastung der Umwelt und letztlich unseres Trinkwassers reduziert werden soll. Darauf gehen Sie überhaupt nicht ein. Sie diskreditieren jeden Vorschlag, der gemacht wird.

Herr Kollege Rickers, ich habe Sie eben so verstanden, dass Sie die Steuer nicht wollen. Dann müssen Sie, und das ist die Logik aus Ihren Worten, konsequenterweise zu einem Totalverbot kommen. Da hätten Sie mich an Ihrer Seite.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete!

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Darüber können wir noch einmal beim nächsten Tagesordnungspunkt diskutieren, wenn Sie Ihren Antrag zu Glyphosat vorstellen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke ganz herzlich für den Bericht. Er setzt sich sehr anschaulich mit der Thematik der Pestizidrückstände in Gewässern auseinander. Dabei wird eine Unterscheidung zwischen Grundwasser und Oberflächengewässern getätigt, was ich richtig finde.

In der Zusammenfassung der **Pflanzenschutzmittelbefunde** im **Grundwasser** steht geschrieben, dass Pflanzenschutzmittel in das Grundwasser gelangen können. Das ist richtig. Weiter heißt es aber, und hier möchte ich auch zum Beweis dafür, dass ich den Bericht gelesen habe, zitieren:

„Höhe und Häufigkeit der Befunde lassen nicht auf ein massives flächendeckendes Problem schließen. Die Tatsache, dass die Stoffe verlagert worden sind, erfordert aber nach wie vor eine große Achtsamkeit bei der Anwendung.“

Die Befunde stellen aufgrund der sehr langsam verlaufenden Tiefenverlagerung einen Eintrag aus früheren Jahren bis Jahrzenten dar. Das dürfen wir nicht verkennen. Festzuhalten ist zudem, dass einige der gefundenen Stoffe bereits seit mehreren Jahren keine Zulassung mehr besitzen. Nichtdestotrotz ist natürlich eine **Ursachenanalyse** vorzunehmen.

Ich komme noch einmal zu den **Oberflächengewässern**: Der Bericht zeigt auf, dass in den Jahren 2010 bis 2014 an 298 Oberflächengewässer-Messstellen, das entspricht 91 %, Pflanzenschutzmittelwirkstoffe nachgewiesen wurden. Das ist eine sehr hohe Zahl, gar keine Frage. Natürlich bedarf es hier einer genauen Ursachenanalyse.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fritzen, es ist selbstverständlich, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eine große Achtsamkeit erfordert. Wir brauchen darüber eine sachliche und fachliche Debatte. Sie aber sagen einfach: Am besten müsste man Pflanzenschutzmittel komplett verbieten. Das begreife ich nicht als Teil einer sachlichen und fachlichen Debatte.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir müssen einmal überlegen: Warum gibt es Pflanzenschutzmittel? - Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass wir in Deutschland die weltweit **strengsten Grenzwerte** für Pflanzenschutzmittel haben. Ebenfalls nicht außer Acht lassen dürfen wir die Tatsache, dass die **heutige Messtechnik** den Nachweis extrem kleiner Mikrospuren ermöglicht, deren Abwesenheit in der landwirtschaftlichen Produktion niemand garantieren kann.

Die Frage lautet doch: Was machen wir mit dem vorliegenden Bericht? Was leiten wir aus ihm ab? - Unstrittig ist, dass die Verwendung von nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln illegal ist und konsequent verfolgt werden muss.

(Beifall FDP und Astrid Damerow [CDU])

Fakt ist aber auch, dass in Deutschland seit vielen Jahren ein hohes Schutzniveau und strenge Regelungen bei der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten. Das Minimierungsgebot ist bereits genannt worden. All dies ist aus gutem Grund so, schließlich sollen die Verbraucher, die Umwelt und die Anwender geschützt werden.

Weiter ist Fakt, dass es in Deutschland seit vielen Jahren zur guten fachlichen Praxis gehört, dass die **Landwirte** beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln **sachkundig** sein müssen.

Ein weiterer Fakt, den ich nennen möchte: Angesichts der steigenden Weltbevölkerung ist ein **effizienter Einsatz der Ressource Boden** unbedingt notwendig.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von Wasser auch!)

- Frau Kollegin, beispielsweise ist der Ertrag von Weizen ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln etwa um die Hälfte geringer. Das können Sie nicht abstreiten, das ist so. Das zeigt angesichts zunehmender Flächenkonkurrenz in Deutschland die Notwendigkeit des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Es ist also notwendig, dass man die Effizienz steigert. Warum sonst setzt man Pflanzen-

(Oliver Kumbartzky)

schutzmittel ein? - Vielleicht können Sie uns das erklären, wenn Sie alles besser wissen. Fakt ist aber, dass ein verantwortungsvoller Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Laut einer Studie von Wissenschaftlern der Berliner Humboldt-Universität belaufen sich die Wohlstandsgewinne durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf etwa 4 Milliarden €.

Ich will noch einen Fakt nennen: Für die **Vermeidung** von **Resistenzbildungen** bei Schadorganismen ist es unverzichtbar, dass eine ausreichend große Auswahl von **verschiedenen Pflanzenschutzmitteln** zugelassen und in der Praxis einsetzbar bleibt. Ich gehe davon aus, dass der Minister all diese Fakten kennt. Daher muss er aus dem Bericht etwas anderes ableiten.

Dann kam dieses Gutachten, da wurde noch einmal tief in die Mottenkiste grüner Agrarpolitik gegriffen, und siehe da: Man erfindet mal eben eine neue Steuer. Die Forderung nach einer **Pestizidsteuer** mag im innerparteilichen Wahlkampf gut ankommen, gar keine Frage. Darüber hinaus aber sind die Pläne vollkommen unsinnig. Ich wundere mich sehr, dass Sie dieses Thema gar nicht erst aufgegriffen haben, Herr Dr. Habeck. Die Kollegin Redmann hat doch zu Recht gesagt: Das muss in den Parlamenten, im Bundestag und in den Landtagen, diskutiert werden, und Sie schweigen dies hier einfach tot. So schüchtern kenne ich Sie gar nicht. Vielleicht sagen Sie nachher noch einmal etwas dazu. Ich glaube, es lohnt sich, über eine mögliche Pestizidsteuer eine Debatte zu führen. Hierzu will ich gern schon einige Argumente nennen:

Die **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Landwirtschaft würde durch die Kostenerhöhung weiter eingeschränkt werden. Die Nahrungsmittelproduktion könnte insgesamt gefährdet werden, und auch biologisch birgt die Sondersteuer Gefahren, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Stichwort Resistenzbildungen.

Sie sagen auch, Sie wollten die eingenommenen Mittel an die Landwirtschaft zurückgeben. Hier möchte ich frei nach Goethe zitieren: Ihre Botschaft vernehme ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

An Frau Fritzen gerichtet möchte ich sagen, was ich mir vorstelle: Ich stelle mir vor, dass wir, anstatt neue Steuern zu erfinden, Pflanzenschutz nachhaltig gestalten sollten. Nachhaltigkeit ist ein Thema der Grünen. Es bedarf Innovationen, neuer Techniken, verbesserter Produkte und auch weiterhin sachkundiger Anwender. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

(Zurufe PIRATEN)

Pardon, Frau Abgeordnete Beer, das ist hier falsch angekommen. Sie haben das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns PIRATEN ist klar: Der europäische Vorreiter beim Umweltschutzziel hinkt beim Gewässer- und Trinkwasserschutz leider hinterher.

Der Bericht der Landesregierung - dafür bedanke ich mich ebenso wie für die Einladung, in Berlin teilzunehmen, was mir aber leider nicht möglich war - zeigt auf, dass diese kein wirklich flächendeckendes Problem erkennt. Sie stellt aber auch fest, dass Pestizide, die seit Jahren keine Zulassung mehr besitzen, nachgewiesen werden. Was also ist zu tun?

Ist die Idee von Robert Habeck, eine Pestizidsteuer einzuführen, das Gelbe vom Ei? Wir sind insoweit etwas vorsichtig; denn Verbote sollten immer die letzte Stufe sein und dürfen keineswegs ideologisch begründet sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Rückstände** von Pflanzenschutzmitteln im Grund- und Trinkwasser sind ein echtes Problem, und die Gewässerqualität im sogenannten Echten Norden ist gefährdet. Das ist jedenfalls das Ergebnis unserer Überlegungen, wenn man diesen Bericht liest.

Pflanzenschutzmittel, die täglich auch in Gärten, Feldern und Grünflächen versprüht werden, sind eine Gefahr für unsere Gewässer. Pflanzenschutzmittel sind chemische Gifte, die Pflanzen vor Schadorganismen schützen sollen. Sie töten, sie vertreiben und hemmen die Keimung, das Wachstum und die Vermehrung von Organismen.

Wie kommen diese Gifte in unser Wasserglas? Diese Pestizide werden überwiegend in der **Landwirtschaft**, aber auch in **Kleingärten** eingesetzt. Aufgrund ihrer hohen Wasserlöslichkeit gelangen diese Substanzen beziehungsweise Abbauprodukte, diese sogenannten Metaboliten, aufgrund ihrer hohen Wasserlöslichkeit und in Verbindung mit hohen

(Angelika Beer)

Niederschlägen und durchlässigen Bodentypen über den natürlichen Wasserkreislauf in das Grund- und Trinkwasser. Da diese Stoffe extrem langsam abgebaut werden, belasten deren Rückstände und das Abbauprodukt auch Jahre später noch unser Grundwasser. Dies allein sollte für uns alle ein Grund dafür sein, eine weitere Verunreinigung zu vermeiden und den Einsatz von diesen Giften ganz grundsätzlich zu überdenken.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar liegen die von den Wasserwerken genutzten Grundwasserleiter häufig tiefer als die Messstellen, aber jedem von uns ist doch klar, dass dieses nicht mehr lange gutgehen kann. Es muss daher etwas beim Gewässerschutz passieren.

Sauberes und pestizidfreies Trinkwasser ist ein Gemeinschaftsgut von hohem Wert, weshalb wir in der Verantwortung stehen, dieses zu schützen. Die Menschen erwarten doch zu Recht, dass wir Wasser vor der Verunreinigung durch Pestizide und deren Abbauprodukte schützen.

(Beifall PIRATEN)

Aber nicht nur das Grundwasser ist gefährdet - das ist hier gesagt worden -, sondern auch in **Oberflächengewässern** sind Pestizide ein Problem. Wie giftig diese Pflanzenschutzmittel sind, zeigt sich bei aquatischen Lebensgemeinschaften. Damit meine ich jetzt Algen, Amphibien, Fische und auch Singvögel, die sehr empfindlich auf direkte und indirekte Pestizidbelastungen reagieren. Diese sind ein guter Indikator für den Zustand unseres Ökosystems.

Viele **Trinkwasserversorger** in Norddeutschland stellen an ihren Grundwasserqualitäten Rückstände von diesen Pflanzenschutzmitteln fest und müssen deshalb das Wasser filtern. Die Kosten für diese Notwendigkeit tragen aber nicht etwa die Verursacher, sondern werden an die Verbraucher weitergereicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass überhaupt Pestizidrückstände gefunden werden, ist ein echter Grund zur Besorgnis und sollte uns auch im zuständigen Ausschuss detailliert beschäftigen.

(Beifall PIRATEN und SPD)

Wir PIRATEN fordern deshalb **verbesserte Konzepte** zum Schutz unserer Gewässer. Ich glaube, wir sollten durchaus auch die Vorschläge aus dem Agrarbereich aufgreifen. Dort wird gesagt: „Was soll jetzt wieder eine Steuer? Wir brauchen mehr Aufklärung, und wir brauchen mehr Kurse für die Landwirte.“ Das ist durchaus kein Widerspruch, sondern ich glaube, wir müssen an vielen Stellen handeln.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In einer idealen Welt sollten im Trinkwasser keinerlei Pestizide oder deren Abbauprodukte gefunden werden. Es ist daher unsere Aufgabe, die Oberflächengewässer als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten und das Grundwasser als Quelle nicht nur unseres Trinkwassers, sondern auch zur Bewässerung der Felder zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns auf die Beratungen im Umwelt- und Agrarausschuss. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob wir nicht auch den Europaausschuss beteiligen sollten, weil ja auch die EU-Richtlinie eine Rolle spielt. Der Schwerpunkt jedoch liegt selbstverständlich bei uns. Wir bedanken uns für den Anstoß bei Umweltminister Habeck. Aber, wie gesagt: Eine grüne Steuer hilft nicht zur Verbesserung unserer Umwelt, sondern wir sollten alle Vorschläge in die Diskussion einbeziehen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Einsatz von Pestiziden ist nicht hundertprozentig kontrollierbar. Das heißt: Wenn das Gift raus ist, dann wirkt es auch dort, wo es nicht gewollt ist, und es lässt sich nicht mehr zurückholen. Damit wären wir dann auch schon bei dem vorliegenden Bericht, für dessen Vorlage ich mich auch noch einmal bedanken möchte.

Bereits seit den 80er-Jahren gibt es Funde von **Pflanzenschutzmitteln**, PSM, im **Grundwasser**. Dies hat seinerzeit dazu geführt, dass 1989 strenge Grenzwerte eingeführt wurden, was zur Stilllegung von Förderbrunnen und Versorgungsanlagen in Schleswig-Holstein führte. Das Problem von PSM im Grundwasser ist also bereits seit über drei Jahrzehnten bekannt.

Wenn wir heute den Bericht lesen, müssen wir feststellen, dass das Problem nicht kleiner geworden ist. Dem Bericht liegen die aktuellen **Analyseergebnisse** für **Grundwasser** aus dem Zeitraum von 2010 bis 2014 zugrunde. In diesem Zeitraum wur-

(Flemming Meyer)

den 387 Grundwassermessstellen - einmalig oder mehrfach - auf PSM-Wirkstoffe oder veränderte Abbaustoffe, Metaboliten, untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass in 139 dieser Messstellen Wirkstoffe oder Abbaustoffe nachgewiesen wurden. Bei 12 Untersuchungen wurden Wirkstoffe oder relevante Metabolite gefunden, die den gesundheitlichen Orientierungswert weit überschreiten. Bei 9 Messstellen wurde der gesundheitliche Orientierungswert von nicht relevanten Metaboliten gemessen. Insgesamt wurden Wirkstoffe und/oder deren Abbaustoffe nahezu flächendeckend ermittelt.

Auch wenn Häufigkeit und Höhe der Befunde nicht auf ein massives flächendeckendes Problem schließen lassen, dürfen wir es auf keinen Fall verharmlosen. Wenn wir das Problem nicht angehen, dann wird es irgendwann auch in trinkwasserführende Schichten gelangen.

(Beifall SSW und SPD)

Die Untersuchungsergebnisse der **Oberflächengewässer** sind noch gravierender. Nahezu flächendeckend, das heißt in 91 % der Messstellen, werden PSM-Wirkstoffe nachgewiesen.

Der Bericht macht deutlich, dass die Wirkstoffe und deren Abbauprodukte zur Nichterreichung der Umweltziele der **Wasserrahmenrichtlinie** beitragen. Es herrscht also durchaus Handlungsbedarf. Pflanzenschutzmittel gehören weder ins Oberflächenwasser noch ins Grundwasser. Wir werden dieses Problem aber so schnell nicht lösen können. Die Untersuchungen der grundwasserführenden Schichten machen nämlich sehr deutlich, dass die Tiefenverlagerung der Stoffe sich Jahre bis Jahrzehnte hinziehen kann.

Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit lag der bundesweite Pestizidabsatz im Jahre 1993 bei knapp 29.000 t und im Jahre 2013 bei rund 44.000 t. Das entspricht einem Zuwachs von 51 %. Auch wenn daraus nicht hervorgeht, um welche Wirkstoffe es sich handelt, gibt es doch einen Überblick darüber, wie sehr der Verbrauch von PSM gestiegen ist.

Es macht aber auch deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein nicht allein vor diesem Problem stehen. Vielmehr ist es ein **nationales Problem**, das von allen angegangen werden muss.

(Beifall SSW und SPD)

Bei dieser Diskussion darf es nicht um Landwirtschafts-Schelte gehen. Generell muss das Bewusstsein geschärft werden, wie Pflanzenschutzmittel ins Wasser gelangen. Es müssen **Empfehlungen** erarbeitet werden, wie **Eintragsrisiken** minimiert werden können. Hierzu möchte ich noch erwähnen, dass dies dann auch für Grundstückseigentümer in Betracht gezogen werden muss; denn auch auf privaten Grundstücken kommt die Spritze unheimlich häufig zum Einsatz.

Die **Landwirtschaft** darf aber auch nicht aus ihrer Verantwortung genommen werden. Hier müssen Politik und Landwirtschaftsverbände stärker zusammenarbeiten. Es muss darum gehen, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Wer aber nun glaubt, dass gentechnisch veränderte Organismen eine Lösung des Problems sein können, der ist wirklich auf dem Holzweg. Denn das würde dasselbe sein, als wenn man versucht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Das kann nicht Sinn der Sache sein. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nur deswegen noch einmal gemeldet, weil ich nicht stehen lassen möchte, was Herr Rickers gesagt hat. Ich habe nicht gesagt, dass ich dagegen bin. Ich finde es grundsätzlich richtig, dass der Minister versucht, eine Diskussion anzustoßen, die längst überfällig ist. Ich finde aber auch, dass diese Diskussion nicht nur in irgendwelchen **Fachforen** geführt werden darf, weil das eindeutig eine **politische Diskussion** ist.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Diese Diskussion muss im Parlament geführt werden. Das ist im Übrigen auch unser Job. Deswegen habe ich ausdrücklich gesagt, dass ich es richtig finde, dass das angeschoben wurde. Andererseits möchte ich natürlich auch wissen, welche Auswirkungen das für Schleswig-Holstein hat und was das auch für die Landwirte bedeuten kann.

Diesen Bericht finde ich übrigens exzellent. Darin werden nicht nur die Problematik dargestellt und die Messdaten zusammengefasst, sondern darin enthalten sind auch Vorschläge. Dabei ist beispielsweise diese Geschichte mit der EU und dem Bund aufgeführt.

(Sandra Redmann)

Vermisst habe ich jedoch Ihre Ideen, Herr Rickers. Dazu habe ich von Ihnen so gut wie gar nichts gehört. Der Beitrag von Frau Beer hat mir übrigens sehr gut gefallen, weil sie sachlich dargestellt hat, was es im Ausschuss zu diskutieren gäbe. Ich finde es jedoch heiß, einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, was im Bericht steht. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Das ist eine Methode, die sich mir nicht so recht erschließt.

Deshalb frage ich mich, was ich mit Ihnen im Umweltausschuss überhaupt diskutieren soll. Soll ich mir nur anhören, dass Sie sowieso gar nichts wollen? Irgendwelche Vorschläge müssen Sie doch unterbreiten; denn letztendlich gibt es Verursacher. Außerdem ist angesprochen worden, dass die Kosten, die den Stadtwerken entstehen, immens sind und auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Wenn ich mir das unwürdige Spielchen in Berlin ansehe, das im Moment zur Düngeverordnung gespielt wird, dann frage ich mich, wann überhaupt jemals eine Entscheidung gefällt wird.

Insofern möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen: Den Weg finde ich richtig. Eine politische Diskussion halte ich für absolut notwendig. Wir müssen uns natürlich auch Gedanken machen über die vielen anderen Punkte, die ich aufgezählt habe, die flankierend dabei sein müssten, um zu einem guten Ergebnis zu kommen, auch wenn es länger dauert, Flemming Meyer. - Danke.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir zum allgemeinen „Steuer-Bashing“ kommen, möchte ich noch etwas zur Pflanzenschutzabgabe beziehungsweise zur **Pflanzenschutzsteuer** sagen.

Klar, es kommt überhaupt nicht gut an, in diesem Bereich einen Vorschlag zu machen. Wir müssen aber zugleich feststellen, dass es in Ländern wie Dänemark, Schweden und Frankreich diese Steuer teilweise seit Jahrzehnten gibt. Außerdem liegt uns ein Gutachten vor. Es ist gut, dass dieses Gutachten erstellt wurde. Dabei wurde sehr dezidiert nachgeschaut, was besser gemacht und was besser gesteuert werden kann.

Es ist richtig: Wenn eine Milliarde € hinein kommt, wird es auf 56 € je Hektar landwirtschaftlicher Fläche hinauslaufen. Irgendwann werden es 100 € pro Hektar Ackerfläche sein. Das ist Geld, das wird die Gewinne anzapfen. Das ist klar.

Wir müssen das aber auch von einer ganz anderen Seite aus betrachten. Jenseits der gesellschaftlichen Schäden und der Umweltschäden wird nämlich nicht genau geschaut, wohin wir laufen. Es wird erhebliche Folgekosten für die Landwirtschaft geben, wenn nicht rechtzeitig Alternativen entwickelt worden sind. Ich denke, das wird mit dem Vorschlag der drei Bundesländer sehr gut dargestellt. So wird diese eine Milliarde € so eingesetzt, dass die Entwicklung von Alternativen vorangetrieben wird.

Auf diesen 200 Seiten finden sich sehr gute Vorschläge. Damit ist ein Basisbaustein gegeben. Wenn jemand reduziert einsetzt, muss er auch nicht voll bezahlen. Außerdem kommt es zu einem Aufschlag bei besonders toxikologischen Mitteln. Gleiches gilt für Mittel, die nach der EU-Liste substituiert werden können. Auch in diesem Fall kommt es zu einem Aufschlag. Ferner ist vorgesehen, dass das über den Handel abgewickelt wird. Es geht also um ein Minimum an Verwaltung. Außerdem ist im Vorschlag vorgesehen, dass EU-interne Importe besteuert werden.

Ich denke, das sind alles Dinge, die sehr deutlich machen, dass wir damit einen Vorschlag haben, der ein ganz wichtiger Baustein sein kann, um zu Anbaualternativen zu kommen. Vor diesem Hintergrund muss man sich für dieses Gutachten sehr bedanken. Wir sollten uns auch als Landwirte davor hüten, es in Bausch und Bogen zu verdammen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat nochmals Minister Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich mir alles gern anhöre, aber ungern, dass ich mich Debatten nicht stellen würde.

Sehr geehrter Herr Kumbartzky, sehr geehrter Herr Rickers, ich habe versucht, Ihnen einen Ball zuzuspielen, den Sie nicht aufgenommen haben, weil

(Minister Dr. Robert Habeck)

Sie immer nur das hören, was Sie hören wollen, aber nicht das, was gesagt wird. Sie wissen sehr wohl, dass das **Gutachten** dem **Ausschuss** zugeleitet wurde. Das heißt, ich habe überhaupt nicht vor, diese Debatte nicht parlamentarisch zu führen. Mir scheint es nur angezeigt zu sein, dass Sie dieses Gutachten zunächst einmal lesen. Sollten Sie es dennoch gelesen haben, haben Sie es nicht durchdrungen.

Wie Herr Voß gesagt hat, werden in dem Gutachten verschiedene Modelle diskutiert. Ein Betrag von 20 € ist Ihnen zu hoch. Es werden aber auch 10 € als Grundprämie dargestellt. Darüber kann man ja reden. Vielleicht sind es auch 15 oder 25 €. Das wird alles differenziert dargestellt.

Wie Herr Voß gesagt hat, weist das Gutachten darauf hin, dass sich in den Ländern, in denen diese Steuer eingeführt wurde, durchaus relevante Senkungseffekte gezeigt haben, die dann allerdings wieder verwässert worden sind, weil diese **Steuer** nicht als Wertabgabe eingeführt wurde, sondern sich quasi jedes Jahr selbst entwertet hat. All das ist dort nachzulesen. Offensichtlich haben Sie das aber nicht getan, sondern Sie haben immer nur die Pressemitteilungen der Ihnen nahestehenden Verbände gelesen.

Wenn Sie die Pressemitteilungen aller Verbände gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass beispielsweise das HIW oder der BDEW, die sicherlich keine Verbände sind, die ökologischen Verbänden nahestehen, das sehr begrüßt haben. Ich zitiere, was der BDEW gesagt hat:

> „Die Sicherung der Qualität der Trinkwasserressourcen ist von grundlegender Bedeutung, um Trinkwasser in möglichst naturnaher Qualität und ohne kostenintensive Aufbereitung als Lebensmittel zur Verfügung zu stellen.“

Weiter heißt es:

> „Gerade für den Gewässerschutz und damit für den Schutz unserer Trinkwasserressourcen ist es wichtig, Belastungen aus der Landwirtschaft so gering wie möglich zu halten und nach Möglichkeit immer weiter zu reduzieren.“

Das Stichwort **Reduzierung** war der Ball, den ich Ihnen zugespielt habe. Dies ist die gesetzliche Grundlage und Grundlage des von Ihrer Partei unterzeichneten Koalitionsvertrags.

Insofern ist klar, worauf es hinausläuft. Das ist unabhängig von Wasser. Man kann auch andere Bereiche nennen. Das geht bis hin zu der Frage, ob die Gebühren, die im Landeslabor und in den Messstellen erhoben werden, nicht eigentlich verursachergerecht erhoben werden müssen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, diese Debatte zu führen.

Worauf es aber im Kern hinausläuft, ist: Glauben Sie eigentlich den Worten Ihrer eigenen Bundesregierung, dass es einen Auftrag zur Minimierung gibt? Glauben Sie, dass die Europäische Kommission recht hat, wenn sie sagt, dass das Risiko - wie auch immer man Risiko bemisst, vermutlich als Mengeneintrag - gemindert werden muss?

Wenn das, was Sie hier zu Protokoll geben, richtig ist, dann erwarte ich von Ihnen demnächst hier im Landtag einen Vorschlag, der darauf hinausläuft, dass genau das wieder gestrichen wird.

> (Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sollten Sie die Landesregierung auffordern, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die **EU-Kommission** nicht weiter eine **Minimierungsstrategie** der Pflanzenschutzmittel verfolgt. Sonst macht das alles keinen Sinn, und es sind nur leere Worte, die Sie sagen.

Ja, es muss minimiert werden. Der Mengenanstieg hat in diesem Jahr erstmals seit langer Zeit wieder die Menge von 100.000 t überschritten. Die Wirkstoffe sind in den vergangenen Jahren immer konzentrierter geworden. Das heißt, wir haben mehr Pflanzenschutzmittel. Genau das ist die fachliche Debatte, die geführt werden muss. Das kann man beispielsweise in Relation setzen zur Menge des produzierten Getreides. Zunächst einmal müssen wir aber feststellen, dass es nicht weniger geworden ist. Es ist mehr geworden, und die Wirkstoffe sind konzentrierter geworden.

Wenn Sie sagen, dieses Gutachten sei oberflächlich, kann das nur darauf hindeuten, dass Sie es noch nicht einmal in die Hand genommen haben. Dieses Gutachten ist das einzige fundierte Gutachten in Deutschland seit vielen Jahren, das sich mit wirksamen Schritten zur Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes beschäftigt. Es gibt allerdings eine Reihe von oberflächlichen Verurteilungen. Einige davon konnten wir heute hören. Deswegen nehme ich das ernst, was Sie gesagt haben. Lassen Sie uns die Debatte parlamentarisch führen, aber dann auf der Grundlage der Lektüre dieses Gutachtens. - Vielen Dank.

> (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überschritten. Diese Zeit steht nun wiederum allen Fraktionen zur Verfügung. - Herr Abgeordneter Rickers für die CDU-Fraktion.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Och nö! So kommen wir nie zu Potte!)

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Glück zum Kern des Themas. Ich freue mich, dass sich der Minister noch einmal geäußert hat. Ich will noch einmal klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass sich die CDU nicht gegenüber irgendwelchen Missständen verschließt, die es im Bereich der Pflanzenschutzmittelanwendung gibt. Wir verschließen uns auch nicht der Diskussion. Im Gegenteil, wir bieten sogar die Diskussion an.

Jetzt komme ich noch einmal zu dem, was ich in meinem Beitrag versucht habe zum Ausdruck zu bringen.

Es gibt einen **Bericht** aus dem Jahre 2015, nicht aus Ihrem Hause, sondern - da wiederhole ich mich - vom **Bundesministerium** für Gesundheit und vom Umweltbundesamt aus Berlin an die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch in Deutschland. Diese Studie aus dem Jahre 2015 kommt durchaus zu anderen Ergebnissen. Deswegen sollten wir darüber diskutieren. Und das will ich auch noch einmal klar und deutlich sagen: Da sind wir nicht weit auseinander. Da sollen wir diskutieren. Wir werden uns, wenn es Schwierigkeiten oder Missstände gibt, auf jeden Fall davor nicht wegducken und in eine falsche Richtung laufen.

Zur Lösung: Hallo, Frau Fritzen, meine Redezeit war leider nicht so lang, dass ich das vorhin zum Ausdruck hätte bringen können. Herr Kumbartzky hat es richtig gesagt: Die Landwirte sind heute top ausgebildet. Die Mittel, die angewendet werden, sind alle auch über das BfR in Berlin zugelassen, oder sie werden eben nicht zugelassen, wenn sie angemeldet werden. Die Technik ist hervorragend, sie kann auch noch verbessert werden. Es gibt, Herr Minister, sogar eine **Abmachung zum Gewässerschutz** hier in Schleswig-Holstein mit dem Bauernverband. Das können Sie doch nicht ausblenden. Das ist alles freiwillig geschehen. Jetzt kommen Sie mit Zahlen, die ich anzweifeln kann, weil es einen anderen Bericht gibt. Darüber sollten wir reden.

Senkungseffekte ja - da bin ich sofort bei Ihnen. Jetzt will ich noch eines sagen: Warum ist der Verbrauch oder Einsatz in der Tonnage dermaßen gestiegen? Wir haben von den 90er-Jahren geredet. In den 90er-Jahren ist der komplette Osten dazugekommen. Da ist am Anfang nicht geackert worden. Die Fläche hat sich also immens vergrößert. Herr Voß, wenn Sie an die späten 90er-Jahre denken: Wir hatten bis zu 30 % verpflichtende Stilllegungen auf den Ackerflächen in der EU, damit natürlich auch in Deutschland: Fläche gewachsen, Verbrauch gewachsen, Grünland nicht genutzt, Mais angebaut. Das mögen Sie nicht für richtig halten, aber das heißt nicht, dass pro Hektar damit rumgesaut wurde. Deswegen verwehre ich mich vor solchen Vorgaben - auch im Namen der CDU. Wir wollen gerne diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, diesen Antrag in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Jetzt frage ich noch einmal: Und das bleibt dabei? - Gut. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Moratorium für die Zulassung von Glyphosat!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3409

Glyphosat - Neubewertung wissenschaftsbasiert und faktenorientiert vornehmen!

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/ 3470

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zwei freundliche Worte an die CDU vorweg. Fachlich ist es richtig, was Heiner Rickers sagt.

(Bernd Voß)

(Beifall CDU)

Seitdem das Patent weg ist, ist Glyphosat so billig geworden, dass eine Steuer eine begrenzte Wirkung hinsichtlich des Einsatzes hat. Es ist aber zugleich so: Hätte man vorher eine **Steuer** mit den entsprechenden **Lenkungswirkungen** gehabt, wäre vielleicht früher ein spezielles Messinstrument, mit dem man das einfacher in der Umwelt feststellen kann, entwickelt worden. Vielleicht hätte auch die eine oder andere Analyse die Probleme früher aufgezeigt.

Das andere, was ich Freundliches zur CDU sagen wollte, ist: Wir würden Ihren Antrag in unseren Antrag übernehmen. Wir würden den Text Ihres Antrages gleich als ersten großen Baustein einstellen. Ich hoffe, Sie sind damit zufrieden.

Der **Wirkstoff Glyphosat** ist nicht erst seit der Meldung von März dieses Jahres in der Kritik, wonach die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation diesen Stoff als wahrscheinlich krebserregend bezeichnet hat. Lange davor gab es bereits deutliche Hinweise, dass Glyphosat Probleme bei Bodenorganismen macht, Bodenfruchtbarkeit schädigt und so weiter. Besonders bedenklich ist der Stoff auch deswegen, weil Glyphosat ziemlich verbreitet ist. Wir haben in Deutschland in den letzten 15 Jahren eine Zunahme von 300 % gehabt. Aus verschiedenen Gründen, die wir vorhin schon angesprochen haben, sinkt das im Moment.

Es ist das Allroundmittel der Unkrautbekämpfung. Es ist im Hobbygarten, entlang der Bahntrassen - 37.000 km in Deutschland - oder auch auf dem Acker, um ihn vor der Saat sauberzumachen, um ein paar Anwendungsbereiche zu nennen. Es ist weltweit das am häufigsten eingesetzte **Pflanzenschutzmittel**, unter anderen auch, weil es massenhaft im Kombipack zum Anbau von herbizidresistenten Gentechnikpflanzen eingesetzt wird - einer der Gründe auch, warum es sich lohnt, für Gentechnikfreiheit bei uns zu kämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die **EU** hat jetzt die **Entscheidung über die Neuzulassung** um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Damit ist die EU schon einmal ein ganzes Stück weiter als das Bundesamt für Risikoforschung. Damit sind die Forderungen aus unserem Antrag jedoch noch lange nicht erfüllt.

Die Erteilung einer Neuzulassung für Glyphosat, die sich auf die vollständige Bewertung des Bundesamtes für Risikoforschung stützen würde, wäre grob fahrlässig. Es muss vielmehr neu aufgerollt und vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Es darf keine Verlängerung der Zulassung geben, solange es **Zweifel** an der Wissenschaftlichkeit und Objektivität der **Begutachtung** gibt. Auch das sagt die CDU. Wir bitten daher die Landesregierung, auf EU-Ebene ein möglichst weitgehendes Anwendungsverbot durchzusetzen. Die Verwendung von Glyphosat ist im Haus- und Kleingartenbereich vollkommen überflüssig. Wir kennen ja bereits die Bundesratsbeschlüsse dazu.

Weil die Mittel frei verkäuflich in Bau- und Gartenmärkten zugängig sind, lässt sich das natürlich nicht kontrollieren. Wir können auch nicht hinter jeden Gartenzaun einen Kontrolleur stellen. Zum Glück haben aber eine Reihe von Baumärkten bereits reagiert und das Mittel freiwillig aus dem Markt genommen.

Wir sprechen uns für ein **Verbot der Anwendung zur Ernte** aus. Viele Landwirte haben in den letzten Jahren schon angefangen, das auch konsequent umzusetzen. Es gibt - ich will gar nicht weitere Punkte aufführen - einen ziemlichen Bedarf an der Entwicklung von Alternativen im Anbauverfahren, um insbesondere von Glyphosat wegzukommen. Wenn ich an unsere letzte Umwelt- und Agrarausschusssitzung denke und die Zielvereinbarung mit der Landwirtschaftskammer sehe, die diese Landesregierung vorgelegt hat und demnächst unterzeichnen wird, da wird auch dieser Punkt sehr deutlich hervorgehoben.

Wir fordern ein möglichst weitgehendes **Verbot von Glyphosat**. Wir sehen natürlich auch, dass es andere zugelassene Mittel oder Mittelkombinationen gibt, auf die ausgewichen werden könnte, die aber erheblich bedenklicher sind. Darum brauchen wir auch eine Reform des Zulassungsverfahrens auf EU-Ebene beziehungsweise eine entsprechende Umsetzung in den Mitgliedsländern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **Pflanzenschutzmittelindustrie** darf sich nicht mehr durch selbst in Auftrag gegebene Studien eine **Unbedenklichkeitsbescheinigung** quasi selber ausstellen. So kann es nicht weitergehen. Wir müssen es langfristig schaffen, durch neue Anbaustrategien die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen.

Der Bund hat, weil die EU-Pflanzenschutzverordnung aus dem Jahre 2009 ihn dazu verpflichtet, den

(Bernd Voß)

Nationalen Aktionsplan gemacht. Dort sind die Reduktionsziele enthalten: 30 % - Frau Beer hat es vorhin gesagt. Bis 2023 ist noch ein ganzes Stück hin. Es fehlen im Grunde die konkreten Maßnahmen. Ich denke, dass einer der konkreten Vorschläge wirklich in dem Gutachten zur Pflanzenschutzabgabe steht.

Der **Handlungsbedarf** müsste auch letztlich aus Sicht konventioneller Landwirtschaft ziemlich groß sein. Die Konsequenzen aus dem plötzlich nahenden Verbot von Wirkstoffen wie Neonikotinoiden und Glyphosat machen mehr als deutlich, dass viel zu lange auf kritische Pflanzenschutzmittel gesetzt wurde, und zwar alternativlos, ohne dass man sich wirklich ernsthaft um die Alternativen gekümmert hat.

Bauern brauchen die **Alternativen**. Sie müssen letztlich handlungsfähig bleiben. Daher müssen wir ziemlich konsequent vorangehen, um innovative Verfahren umzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Voß, ich begrüße es, dass wir das Thema **Glyphosat** auch hier im Hohen Hause besprechen, denn es ist durchaus wichtig. Wir haben dank Ihres Wortbeitrages gemerkt, dass wir nicht immer unterschiedlicher Meinung sind.

Damit komme ich zu unserem Änderungsantrag „Glyphosat - Neubewertung wissenschaftsbasiert und faktenorientiert vornehmen!“. Genau das versuchen wir mit dem Antrag zu vermitteln. Denn es ist wichtig - das haben Sie richtig beschrieben -, dass das Mittel Glyphosat, klassisch im Volksbereich Roundup genannt, natürlich massenweise eingesetzt wird - ein günstiges Mittel, in der Wirksamkeit hervorragend, aber, wenn es nicht sachgerecht angewendet wird, wahrscheinlich auch mit den entsprechenden Nachteilen.

Da kommen wir zu dem, was unterschiedlich gesehen wird, besonders auch beim **Bundesinstitut für Risikoforschung**. Da wundert mich natürlich, dass das Bundesinstitut für Risikoforschung - unabhängig, auf Bundesebene, damals ins Leben gerufen, Herr Voß, über Ihre grüne Kollegin Frau Künast, als sie Landwirtschaftsministerin war - durchaus zu einer anderen Ausgangslage kommt.

Es stuft in der Anwendung Glyphosat in die sogenannte Gruppe 2 A, also „wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen“, ein und setzt es damit auf die gleiche Stufe wie zum Beispiel heißen Matetee oder das Arbeiten als Friseur. Die Stufe 1, „krebserregend bei Menschen“ wären dann Alkohol, Sonneneinstrahlung und Zigarettenrauch. Darunter fällt es eindeutig nicht. Es fällt unter die Gruppe 2 A, heißer Matetee oder Arbeiten als Friseur. Da fragt man sich natürlich, ob alles schiefgelaufen ist, wenn ein unabhängiges Institut das so klassifiziert. Dass die WHO das kritisch sieht, ist genau richtig. Das muss wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Da sind wir überhaupt nicht auseinander.

Die **Entscheidung**, ob der **Einsatz** und die **Zulassung** langfristig verlängert werden, muss diskutiert werden. Dafür sollten wir uns durchaus ein halbes Jahr Zeit nehmen, also Zustimmung von der CDU. Sie laufen dem ganzen Thema ein wenig hinterher, denn das Dokument - auch das haben Sie sicherlich gelesen -, das auf EU-Ebene beschlossen wurde, wonach die Genehmigung für Glyphosat um ein halbes Jahr verlängert werden soll, um in dieser Zeit Studien heranzuziehen und zu forschen, ob die Gesamtverlängerung genehmigt werden soll, stammt vom 30. September 2015. Da war der Zug schon eine Woche aus dem Bahnhof gefahren. Sie laufen einem Thema hinterher.

Für die Zukunft ist wichtig - das will ich hier nicht außer Acht lassen -, dass wir uns politisch damit beschäftigen, diskutieren, was aus Sicht des BfR oder auch der WHO richtig ist, und am Ende zu einem ausgewogenen objektiven wissenschaftlichen Ergebnis kommen, wie und in welcher Form Glyphosat nachhaltig angewendet werden kann oder eben nicht. Dieser Diskussion werden wir uns nicht versperren. Insofern sind wir da nicht so weit auseinander.

Bis dahin freue ich mich, dass Sie zumindest meinen Antrag gelesen und ihn auch nicht als ganz schlecht befunden haben. Ich gebe zu: Es ist nicht nur meiner. Er wird mit der CDU auf Bundesebene abgestimmt, weil uns alle das Problem umtreibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der **EU-Genehmigungsdiskussion** für den Wirkstoff **Glyphosat** hat die Diskussion um dieses Totalherbizid neue Dimensionen erreicht. Im November 2012, als ich den Antrag im Umwelt- und Agrarausschuss zu dem Thema stellte, waren wir noch nicht so weit. Heute ist die gesellschaftliche Debatte breit angelegt, und zwar nicht nur in Schleswig-Holstein, Herr Rickers, sondern weltweit.

Das Herbizid ist im März von der **Internationalen Krebsforschungsagentur** als „wahrscheinlich krebserregend“ in die zweithöchste Risikostufe eingestuft worden. Dass Sie gerade versucht haben, Herr Rickers, es lächerlich zu machen, indem Sie es mit Matetee vergleichen, halte ich für äußerst problematisch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn zahlreiche Wissenschaftler, Umwelt- und Verbraucherverbände und Ärzte warnen vor den gesundheitlichen und ökologischen Folgen eines übermäßigen Einsatzes. Da sind durchaus ernstzunehmende Menschen dabei.

Der Wirkstoff Glyphosat galt lange als nicht gefährlich und schnell abbaubar. Mittlerweile ist aber klar, dass die giftigen **Wirkungen von Glyphosat** nicht ausreichend erforscht sind. Man sieht eben nur das, was man sehen will. Die Problematik der Zusatzstoffe haben wir vorhin schon gehört.

Glyphosat ist mittlerweile fast überall. Es ist in unserem Grundwasser - das hat Frau Sandra Redmann vorhin ausführlich dargestellt -, in unseren Böden, in unseren Lebensmitteln, im Urin von Menschen und Tieren und auch in der Muttermilch. Die Tatsache, dass das Gift in uns angekommen ist, empfinde ich als äußerst besorgniserregend.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Kumbartzky, Ihr Hinweis auf den **volkswirtschaftlichen Nutzen** dieses Mittels im Zusammenhang mit Agrarproduktionen ist ja ganz spannend, aber dann stellen Sie doch bitte auch die Frage nach den volkswirtschaftlichen Kosten im Zusammenhang mit diesem Mittel.

(Beifall SPD und SSW)

Eine besondere Verantwortung für die Frage des weiteren Einsatzes oder eben eines Verbots liegt bei Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt. Denn der Bericht des Deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung, den Herr Rickers gerade zitiert hat, ist eine Grundlage für die Entscheidung in der EU. Der Minister hat nach einer **Risikoneubewertung durch das BfR** dem Wirkstoff eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt. Das haben wir auch schon gehört. Aber was wir von Herrn Rickers nicht gehört haben, ist der unglückliche Umstand, dass dieses Institut im Rahmen der humantoxischen Bewertung insgesamt 14 Leserbriefe von Monsanto-Mitarbeitern, die in Fachartikeln erschienen waren, als „Studien“ gewertet hat. Das heißt, von den 92 wissenschaftlichen Studien, die das Institut nennt, sind 14 von Monsanto-Mitarbeitern. Das geht gar nicht. Es tut mir leid.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kritische Untersuchungen wurden unter den Tisch gekehrt. Das ist nicht fair. So geht es nicht. Wir brauchen Ehrlichkeit und Transparenz. Sonst ist nämlich der Weg, den auch Sie beschrieben haben, nicht möglich.

Die EU-Kommission hat die Entscheidung zurückgestellt. Auch das sagten Sie bereits. Dies weckt Hoffnungen bei den Kritikern. Dennoch wissen wir, dass Glyphosat ein wesentlicher Faktor auch in der deutschen landwirtschaftlichen Produktion ist. Darüber hinaus wird Glyphosat von den Lobbyisten der Agrarchemie und der Agrarindustrie gehütet wie ein Gral. Denn damit wird weltweit eine ganze Menge Geld verdient.

(Beifall SPD)

In Schleswig-Holstein - das hatten wir schon - wird es verwandt in den Ackerbauregionen zur Vorsaatbehandlung, zur Stoppelbehandlung, zur Unkrautbeseitigung während des Wachstums, auch im Gemüseanbau und nur noch in Ausnahmefällen zur Vorerntebehandlung. In Grünlandregionen sieht man es, wenn man aufmerksam durch die Landschaft fährt. Die Wiesen, die ab und zu ganz gelb aussehen, sind die, die mit Glyphosat für den Umbruch vorbereitet sind.

Ich bin mir sicher, dass eine auf den Einsatz von Glyphosat basierte Landwirtschaft ein Irrweg ist. Um den langfristig erforderlichen Ausstieg aus dem Einsatz zu erleichtern, brauchen wir dringend eine gezielte unabhängige **Erforschung sicherer und alternativer Anbaumethoden**, wie Bernd Voß es bereits gesagt hat. Wir brauchen einen Ausstiegs-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

plan. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch an Dichlordiphenyltrichlorethan, besser bekannt als DDT, Anfang der 40er-Jahre entdeckt, völlig unbedenklich in den ersten Jahren. In den 60er-Jahren begann mit der Bürgerinitiative „Silent Spring“ die Diskussion um den Ausstieg aus DDT. Dann hat es noch fast drei Jahrzehnte gedauert, bis es endlich so weit war. Es ist höchste Zeit, Glyphosat aus Vorsorgegründen umgehend aus dem freien Verkauf für Privatanwender zu nehmen. Mein Gott, bückt euch doch, wenn Gras zwischen den Steinen ist!

(Heiterkeit und Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Einsatz in der Landwirtschaft** muss zudem stufenweise möglichst bis zu einem völligen Ausstieg reduziert werden. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und eine nachhaltige Landwirtschaft sind uns wichtig. Daher bitten wir um die Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 22. September dieses Jahres hat der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette der Europäischen Kommission beschlossen, die **Genehmigung für Glyphosat** um ein halbes Jahr zu verlängern, da die Genehmigung vor dem Abschluss des Prüfverfahrens auszulaufen drohte. Dazu war er nach Artikel 17 der EU-Verordnung Nummer 1107/2009 verpflichtet.

Heute will die Koalition einen Antrag beschließen, dass sich die Landesregierung - entgegen der für den vorliegenden Fall vorgesehenen Regelungen der eben genannten Verordnung - für ein **Moratorium** für die **Zulassung von Glyphosat** einsetzt. Sie bitten die Landesregierung also ein paar Wochen zu spät um etwas, von dem zumindest sehr fraglich ist, ob es rechtlich überhaupt möglich ist. Deswegen drängt sich für mich die Sinnhaftigkeit des Antrags und die Sinnhaftigkeit, schon heute darüber zu beschließen, nicht wirklich auf.

Aber auch wenn es ein rein symbolischer Antrag mit rein deklaratorischem Charakter ist, verdient dieses sensible Thema natürlich eine angemessene Auseinandersetzung. Dabei ist es wichtig, die Debatte sachlich und nüchtern zu führen. Da schließe ich mich natürlich mit ein. Das betrifft aber auch Ihren Antrag. Daran muss sich der Antrag auch messen lassen. Der Antrag lässt jedoch an der einen oder anderen Stelle eben die erforderliche Objektivität vermissen. So heißt es in der Begründung, die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC) habe Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“ eingestuft. Das ist zwar richtig, wahr ist aber auch, dass es in der Wissenschaft unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, ob Glyphosat krebserregend ist. Sowohl das schon erwähnte Bundesinstitut für Risikobewertung als auch die Bewertungsbehörden der EU, Kanadas und der USA, und zwar teilweise auch unter Berücksichtigung der IARC-Monografie, sind zu dem Ergebnis gekommen, dass bei bestimmungsgemäßer Anwendung von Glyphosat kein **krebserzeugendes Risiko** für den Menschen zu erwarten ist. So deren **Studien**.

Das wird in Ihrem Antrag natürlich - natürlich! - mit keinem Wort erwähnt, obwohl es sich hierbei keinesfalls um eine wissenschaftliche Mindermeinung handelt. Ich will nicht verhehlen, dass die Bewertungen des BfR in der Wissenschaft nicht unumstritten sind. Die Kritik, soweit ich das beurteilen kann, ist in Teilen sicherlich berechtigt. Das Gleiche gilt aber auch für die Monografie der IARC. Professor Helmut Greim, Toxikologe an der TU München, beanstandet etwa, dass die Ergebnisse bestimmter von der IARC berücksichtigter Studien zweifelhaft sind und darüber hinaus eine Gewichtung der Beweise unterlassen wurde.

Im Übrigen weist sogar das IARC selbst in seiner Monografie darauf hin, dass die untersuchten Studien für die Bewertung des reinen Wirkstoffs Glyphosat nur von geringer Relevanz sind. Auch das erwähnen Sie in Ihrem Antrag lieber nicht. Solche Auslassungen sind, Herr Voß, nicht unbedingt ein Indiz für die Sachlichkeit eines Antrags. Ganz im Gegenteil: Solche Anträge sind geeignet, Verunsicherung zu schaffen. Das finde ich falsch.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Frau Eickhoff-Weber, ich glaube aber auch nicht, dass das Ihre Absicht ist, Verunsicherung zu schaffen. Allerdings - das müssen Sie aushalten können - ist das bei den Grünen durchaus anders. Da ist vor kurzer Zeit medienwirksam wegen des Nachweises von Glyphosat in Muttermilch Alarm geschlagen worden, wobei Sie bewusst verschweigen und auch heute wieder verschweigen, dass der Säugling, der am stärksten belasteten Mutter täglich - täglich! - mindestens 2.778 l Muttermilch trinken müsste, um

(Oliver Kumbartzky)

den in Deutschland geltenden Grenzwert zu überschreiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie viel?)

- 2.778 l Milch täglich, um an den Grenzwert zu kommen!

Wirklich problematisch ist es aber, wenn Sie auch noch versuchen, die Befürworter einer Erlaubniserteilung zu diskreditieren, indem Sie ihnen fehlende Unabhängigkeit unterstellen. Wenn Sie nämlich eine unabhängige Vergabe von Risikostudien durch die Zulassungsbehörde bei Finanzierung durch den Antragsteller fordern - so wie es im Antrag dargestellt ist -, suggerieren Sie ja, dass das **Bundesinstitut für Risikobewertung** von der Pflanzenschutzmittelindustrie beeinflusst worden ist.

(Sandra Redmann [SPD]: Ist es ja auch!)

- Ja, ist es ja auch, ist es ja auch. - Wer hat es denn gegründet? Es ist unter Rot-Grün von Renate Künast gegründet worden. Frau Beer, eben in Ihrem Zwischenruf riefen Sie: Man kann dem BfR einfach nicht trauen! - Wer war denn 2002 für die Grünen im Bundestag? - Das waren Sie. Sie haben wahrscheinlich sogar mitgestimmt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Heiner Rickers [CDU] - Zuruf SPD: Das ist aber lange her!)

- Ja, aber das BfR ist doch von Gesetzes wegen schon verpflichtet, Studienergebnisse allein nach wissenschaftlicher Qualität und Evidenz der Studien zu beurteilen. Es bewertet also nach wissenschaftlichen Kriterien ohne Ansehen des Auftraggebers. Sonst müssen Sie tatsächlich einmal mit Ihrer Bundesregierung reden, wenn Sie das BfR dermaßen kritisieren. Dann erwarte ich, dass Sie da ordentlich in Ihrer Bundesregierung für Aufklärung sorgen.

Eine Änderung des rechtlichen Rahmens würde doch nur die Glaubwürdigkeit des BfR beschädigen, ohne die Objektivität des Zulassungsverfahrens in irgendeiner Weise zu stärken, zumal sich auch die von der Industrie in Auftrag gegebenen Studien an Richtlinien der OECD und EU halten müssen.

Ich beantrage, dass über den Antrag heute nicht beschlossen wird, sondern wir im Umweltausschuss wirklich einmal darüber und auch über die verschiedenen Studien diskutieren. Ich weiß nicht, ob Sie eine Abstimmung in der Sache beantragen wollen oder ob wir das dem Ausschuss überweisen wollen.

(Zuruf)

- Sie wollen in der Sache abstimmen? - Damit beweisen Sie doch wieder einmal, dass das ein reiner Schaufensterantrag ist. Sie wollen gar nicht tiefgehender darüber diskutieren. Sie wollen einfach einen Punkt setzen: Wir haben uns gegen Glyphosat ausgesprochen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich finde es schade, dass Sie das nicht im Ausschuss diskutieren wollen.

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Heiner Rickers [CDU] - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Beer das Wort.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren steht **Glyphosat** in der **Kritik**. Die Tatsache, dass dieses Pflanzengift noch nicht verboten wurde, muss eigentlich jeden Natur- und Artenschützer auf die Barrikaden treiben.

(Beifall PIRATEN und Sandra Redmann [SPD])

Die Bundesregierung hat hinsichtlich der **Senkung des Pestizideinsatzes** in der Landwirtschaft in den letzten Jahren gar nichts erreicht. Ganz im Gegenteil: Allein in Deutschland werden jährlich rund 5.900 t Glyphosat eingesetzt - Tendenz steigend. Die Folgen trägt die Natur, denn dieses Gift gefährdet Insekten und Vögel. Selbst der wirtschaftliche Nutzen muss infrage gestellt werden, denn der exzessive Einsatz führt dazu, dass die Unkräuter gegen das Herbizid resistent werden.

Aber nicht nur Insekten und Vögel werden durch dieses Pestizid gefährdet, schon lange gibt es Hinweise darauf, dass der Wirkstoff Erbgutschäden, Missbildungen und Krebs verursachen kann. Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation stuft - das ist hier gesagt worden - das Herbizid Glyphosat als wahrscheinlich krebserzeugend beim Menschen ein - eine fatale Nachricht, da derzeit das Wiederbewilligungsverfahren läuft. Deswegen ist es gut, dass wir heute diskutieren und heute entscheiden, weil jetzt klare politische Signale

(Angelika Beer)

kommen müssen und nicht gelten darf: Das können wir irgendwann einmal im Umweltausschuss diskutieren, Herr Kollege Kumbartzky.

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung**, welches im Rahmen des Wiederbewilligungsverfahrens die Federführung hat und die verfügbaren Studien prüft, teilt die Einschätzung der Krebsforschungsagentur der WHO nicht. Da ist es schon berechtigt, einmal nachzufragen, wie es zu so unterschiedlichen Positionierungen kommen kann. - Ganz im Gegenteil: Das BfR bescheinigt Glyphosat eine relativ geringe Toxizität, dabei stützt sich das BfR unter anderem auf Studien der Glyphosat Task Force, eben eines Zusammenschlusses von Monsanto, Syngenta und Dow. Diese Unternehmen sind es, und sie setzen jährlich mehr als 5,5 Milliarden $ durch Glyphosat um. Da muss ich jetzt wirklich einmal zur Realpolitik einen kleinen Schwenk machen: 5,5 Milliarden $ Umsatz durch Glyphosat - das ist mehr, als wir hier für die Flüchtlinge ausgeben, nur um einmal eine Größenordnung zu nennen.

Was ist die Ursache für die unterschiedlichen Risikobewertungen? - Schaut man sich die Mitglieder der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände an, so fällt auf, dass dort unter anderem BASF und die Bayer CropScience AG vertreten sind. Insofern drängt sich sehr wohl die Frage auf, ob bei der sachlichen Bewertung von Glyphosat nicht auch die wirtschaftlichen Interessen eine entscheidende Rolle spielen.

(Beifall PIRATEN)

Auch bei der **Risikobewertung** verfolgt das BfR einen anderen Ansatz als die Krebsforschungsagentur der WHO. Das Bundesinstitut bewertet anhand von Studien nur den reinen Wirkstoff Glyphosat, Kollege Rickers, während der IARC nicht nur den reinen Wirkstoff bewertet, sondern alle glyphosathaltigen Pflanzenschutzmittel untersucht hat. Somit werden auch die Wechselwirkungen von und mit Beistoffen untersucht, die die Wirkung des eingesetzten Pflanzenvernichtungsmittels potenzieren. Somit gibt es allumfassende Risikobewertungen von Glyphosat. Dadurch werden sie möglich, und deswegen halte ich den Antrag der CDU für überflüssig; denn - gelinde gesagt - nach den Reden von Herrn Rickers muss ich sagen: Ihnen geht es eher darum, die Position der Agroindustrie zu unterstützen, und weniger darum, die Gefährdung durch Glyphosat einzudämmen.

Aus unserer Sicht ist es verantwortungslos, und unter einer wissenschaftlichen Studie, die das Gefahrenpotenzial eines Wirkstoffes untersuchen soll, stellen wir PIRATEN uns nun wirklich etwas anderes vor als das, was dort zu Papier gebracht wurde.

(Beifall PIRATEN)

Bedenkt man, dass einige Studien bereits Glyphosat im Körper der Großstädter nachgewiesen haben und dieser Wirkstoff wahrscheinlich krebserregend sein könnte - es reicht das „könnte“! -, können wir den Einsatz beziehungsweise die erneute Zulassung dieses Stoffes politisch in keiner Form verantworten.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir begrüßen, dass sich die Küstenkoalition aufgrund unserer Ausschussdiskussion und Kleinen Anfrage des Themas angenommen hat. Wir werden für das Moratorium stimmen. Herr Rickers kann uns vielleicht noch verraten, wie die CDU dazu steht. Darüber hat er nämlich noch kein Wort verloren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun hat für die Kolleginnen und Kollegen des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das **Pflanzenschutzmittel** mit dem Wirkstoff **Glyphosat** gehört zu den am häufigsten verwendeten Herbiziden weltweit. Allein in Deutschland wurden zuletzt rund 6.000 t jährlich verkauft. Es findet Anwendung im landwirtschaftlichen sowie im Haus- und Kleingartenbereich, um unerwünschte Pflanzen zu vernichten oder die Reifung von Getreide zu beschleunigen.

Weltweit ist mit rund 650.000 t pro Jahr ein steigender Verbrauch zu erkennen. Wir haben es hier also mit einem Global Player zu tun, mit dem die Chemiekonzerne sehr viel Geld verdienen können.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat ist nicht unumstritten. Unter Berufung auf wissenschaftliche Studien weisen Umweltorganisationen bereits seit Jahren darauf hin, dass Glyphosat erhebliche **gesundheitliche und Umweltrisiken** birgt. Wie jeder andere Pflanzenschutzmittelwirkstoff muss dieser alle zehn Jahre hinsichtlich seiner Sicherheit für Menschen, Tiere und Umwelt auf den Prüfstand gestellt werden.

(Flemming Meyer)

Die Wirkstoffe werden nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie Erfahrungswerten bewertet. Im Fall von Glyphosat ist Deutschland der berichterstattende Mitgliedstaat und trägt somit eine hohe Verantwortung. Bereits 2012 hätten die Risiken neu bewertet werden sollen. Diese Entscheidung wurde seinerzeit verschoben.

Die Monografie der Internationalen Agentur für Krebsforschung zu Glyphosat, die Anfang des Jahres herauskam, hat das Thema neu befeuert. Darin kommen die **Krebsforscher der WHO** zu dem Ergebnis, dass es wahrscheinlich als krebserregend einzustufen ist. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu den bisherigen Untersuchungen des zuständigen deutschen **Bundesinstituts für Risikobewertung**. Mittlerweile hat dies zu einem Streit unter Wissenschaftlern geführt über Untersuchungsmethoden oder Gründe zur unterschiedlichen Bewertung des krebsauslösenden Potenzials von Glyphosat.

Im Agrarausschuss des Bundestags hat es hierzu kürzlich eine Anhörung gegeben. Auch dort gingen die Einschätzungen zur gesundheitlichen Auswirkung des Wirkstoffs in Pflanzenschutzmitteln auseinander. Mit der Entscheidung der EU-Kommission, die Neuzulassung von Glyphosat vorläufig bis Sommer 2016 zu verschieben, ist ein wichtiger Aspekt unseres Antrags bereits erfüllt. Solange aber nicht abschließend geklärt ist, ob das Pflanzenschutzmittel krebserregend ist, muss unsere Devise ganz klar lauten: Sicherheit vor Profit.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stellen wir fest: Mit dem Moratorium nimmt die EU ihr Vorsorgeprinzip ernst. Das ist auch gut so. Unser Antrag umfasst aber nicht nur ein **Moratorium für die Zulassung**, er geht viel weiter. Wir wollen darüber hinaus, dass die Anwendungsgebiete eingegrenzt werden, und es sind unbedingt weitergehende Einschränkungen zu prüfen. Damit handeln auch wir nach dem Vorsorgeprinzip, denn dort, wo der Einsatz von Glyphosat verzichtbar ist, sollte sofort gehandelt werden und nicht erst später. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat für die Landesregierung der ehemalige Abgeordnetenkollege Robert Habeck das Wort. - Bitte schön.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Erlauben Sie mir, drei Anmerkungen zu machen. Erstens. Frau Eickhoff-Weber, Bücken ist schon heute gesetzliche Grundlage. Man darf Glyphosat auf Gehwegen oder Parkplätzen nicht verwenden. Das Dumme ist: Es ist nicht zu kontrollieren. Heiner Garg hätte sich schon jetzt ein Schaf kaufen müssen. Das Problem ist, dass der Einsatz von Glyphosat nicht zu kontrollieren ist, weil **Glyphosat** auch ohne Sachkundenachweis für den **kleingärtnerischen Bereich** verkauft wird, wie Bernd Voß gesagt hat, im Supermarkt.

Zweitens. Genau das hat der **Bundesrat** in dieser Legislaturperiode zu verhindern versucht. Statt Steuern kann mancher auch Verbote aussprechen. Der Bundesrat hat am 8. November 2013 mehrheitlich beschlossen, erstens den Verkauf von Glyphosat im Haus- und Kleingartenbereich zu verbieten, zweitens Glyphosat zur Abreifebeschleunigung von Getreide zu verbieten, Glyphosat zur Arbeitserleichterung zu verbieten und drittens Spritzen beispielsweise von Getreide kurz vor der Ernte aus Verbrauchersicht zu verbieten.

Das heißt, ein Teil der Punkte, die die regierungstragenden Fraktionen aufnehmen, sind vom Bundesrat bereits beschlossen worden. Herr Rickers, ich frage mich, was bei Bundesregierung und Bundestag daraus geworden ist. Offensichtlich ist es nicht Wille der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, diese Punkte umzusetzen.

Drittens. Herr Rickers, ich begrüße, dass die CDU-Fraktion jetzt einen Antrag stellt, in dem es heißt, dass **Gesundheits- und Verbraucherschutz** jederzeit Vorrang haben müssen. Bei der Vorstellung des Gutachtens zur Pflanzenschutzsteuer, über die wir eben gesprochen haben, gab es einen bemerkenswerten Diskurs zwischen zwei Wissenschaftlern, die sich da in die Wolle gekriegt haben. Der eine Wissenschaftler sagte dem anderen Wissenschaftler: Wenn sich zwei Wissenschaftler nicht einig sind, zu behaupten, dass der andere unrecht hat, ist unwissenschaftlich. - Da stehen wir. Es gibt wissenschaftliche Studien, und die Frage ist: Was ist, wenn sich die Wissenschaft nicht einig ist? Herr Rickers, deshalb stoße ich mich an Ihrem Satz, die Landesregierung solle sich für eine sachliche Debatte einsetzen.

Da sich die Kollegen nicht einigen können, muss man fragen, was wir machen sollen, wenn es im Moment nicht möglich ist, sich zu einigen. Wenn

(Minister Dr. Robert Habeck)

ich Ihren Satz richtig interpretiere, scheint mir die einzig logische Konsequenz aus Vorsorgegründen, die auch Sie anführen, zu sein: Dann wird es eben erst einmal nicht zugelassen. Alles andere wäre kein **Vorsorgeprinzip**. Insofern bin ich bei den regierungstragenden Fraktionen, dass ein Moratorium, da sich die Wissenschaft nicht einigen kann, die richtige Konsequenz ist. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und frage zunächst die CDU-Fraktion, ob sie mit der Übernahme ihres Antrags durch die Fraktionen der Küstenkoalition einverstanden ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir sind vorhin auch nicht gefragt worden!)

- Sie hatten sich schon vorher dahin gehend geäußert, dass Sie nicht einverstanden sind, oder?

(Heiner Rickers [CDU]: Wir wären einverstanden! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, möglicherweise waren Sie nicht zugegen. Der Abgeordnete Voß hat zur Kenntnis gegeben, dass die regierungstragenden Fraktionen bereit wären, den Text des Antrags der CDU-Fraktion zu übernehmen und den eigenen Antrag entsprechend zu modifizieren. Das ist möglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür brauchen Sie keine Zustimmung, Frau Präsidentin!)

Ich möchte jetzt Herrn Rickers das Wort geben und ihn noch einmal fragen, ob die CDU-Fraktion mit der Übernahme einverstanden ist und ihren eigenen Antrag dann für erledigt erklären möchte.

Heiner Rickers [CDU]:

Fachlich ist unser Antrag natürlich hervorragend. Sonst hätten wir ihn so nicht gestellt. Deshalb wären wir begeistert, wenn Sie ihn übernähmen. Aber ich würde mit meiner Fraktion dann nicht dem gemeinsamen Antrag zustimmen. Wir erhalten unseren Antrag aufrecht und würden den Ihrigen ablehnen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Spielverderber!)

- Ich habe versucht, das zu begründen. Denn es gibt nach wie vor den Antrag eines Moratoriums, und das können wir nicht unterstützen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke. Wir haben den Hinweis gehört. Dann schlage ich Ihnen vor, dass wir beide Anträge zu eigenständigen Anträgen erklären und sie nacheinander abstimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 18/3470 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die übrigen Abgeordneten im Haus. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3409. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind wie vorher die Fraktionen von CDU und FDP. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, gemeinsam mit mir auf der Tribüne den ehemaligen Kollegen Jürgen Feddersen von Pellworm zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich sehe, dass wir auch eine neue Besuchergruppe haben.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist schon meine von heute Nachmittag!)

- Okay, dann klärt sich das. Sie sind ein wenig früher gekommen. Es sind Mitglieder der SPD-Ortsvereine Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek als Gäste des Kollegen Martin Habersaat. - Ich heiße Sie im Kieler Landeshaus ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Lehrkräftebesoldung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3380

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort der Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ministerium für Schule und Berufsbildung hat einen **Entwurf zur Reform der Lehrkräftebesoldung** auf den Weg gebracht, der Ihnen vorliegt. Die Kernpunkte des Gesetzentwurfs sind:

Erstens. Alle **neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen** in Schleswig-Holstein werden künftig als **Einstiegsgehalt A 13** bekommen. Lehrkräfte für das künftige Sekundarschullehramt sollen damit genauso besoldet werden wie die bisherigen Realschullehrkräfte. Lehrkräfte für das neue Sekundarschullehramt mit zwei Sek-II-Fächern sollen wie die heutigen Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer mit A 13 eingestuft werden und eine Stellenzulage erhalten.

Zweitens. Die früheren **Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen** sollen von A 12 zu A 13 wechseln können.

Drittens. Die **Besoldung** der **Grundschullehrkräfte** wird nicht verändert.

Dies ist ein großer Reformschritt. An allen weiterführenden Schulen erhalten neu ausgebildete Lehrkräfte künftig mindestens A 13.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit drückt sich auch in der Lehrerbesoldung das Bekenntnis zu zwei starken weiterführenden Schulen aus, dem Gymnasium und der Gemeinschaftsschule, wie wir es in dieser Wahlperiode im Schulgesetz verankert haben.

Wir gehen noch einen zweiten großen Schritt. Wir stellen die jetzigen A-12-Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen gleich, indem wir ihnen die **Möglichkeit des Aufstiegs** nach A 13 bieten. Auch eine solche Reform gibt es nicht in jedem Bundesland.

Wie ist die **Situation** heute? - An den Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein arbeiten zurzeit Lehrkräfte mit unterschiedlicher Ausbildung. Sie verdienen auch unterschiedlich. Die Lehrkräfte für Grund- und Hauptschulen verdienen A 12, die Realschullehrkräfte A 13 und die Gymnasiallehrkräfte A 13 mit Zulage. Künftig werden Sekundarschullehrkräfte dazukommen.

Wir wollen, dass die künftigen Sekundarschullehrkräfte mit ihrer veränderten Ausbildung ebenfalls A 13 verdienen, so wie auch die früheren Realschullehrer, und dass sie, wenn sie zwei Sek-II-Fächer unterrichten, die Studienratszulage bekommen.

Wir wollen den rund 2.400 mit A 12 besoldeten Lehrkräften an den Gemeinschaftsschulen die Chance geben, eine höhere Besoldung zu erhalten und damit das Gleiche zu verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die die Ausbildung zur Realschullehrkraft gemacht haben, oder wie diejenigen mit der neuen Ausbildung. Das wird ihrer Arbeit gerecht. Daher schaffen wir für diese Gruppe die Möglichkeit des Wechsels nach A 13. Das soll durch eine neue Bestimmung der Lehrerlaufbahnverordnung ermöglicht werden, an der wir zurzeit arbeiten.

Diese **Überleitung der A-12-Lehrkräfte** soll in einem Zeitraum von längstens acht Jahren erfolgen. Sie führt zu Mehrkosten von über 11 Millionen €. Unter Berücksichtigung der Vorsorge sind es aufwachsend rund 30 Millionen €. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist, so finde ich, eine große Summe angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein.

Diese Finanzierung geht nicht zulasten der Unterrichtsversorgung. Mit dem Finanzministerium ist vereinbart, dass die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Eckwerte und der Aufstellung der Finanzplanung abbilden werden.

Vonseiten der Gewerkschaften wurde nun kritisiert, dass diese Überleitung nicht voraussetzungslos erfolgen soll. Ich appelliere daran, Maß zu halten. Der Schritt von A 12 nach A 13 ist eine Beförderung. Wir wissen auch, dass es bei den **Lehrkräften** viel **Bedarf an Fortbildung** gibt - zur Stärkung der Fachlichkeit, aber auch im Bereich der Inklusion. Daher halte ich unser Vorgehen, die Überleitung nach A 13 an eine Fortbildung zu knüpfen, für völlig vertretbar. Im Übrigen halten wir die Teilnahme an einer Fortbildung nicht grundsätzlich für eine Last, sondern durchaus für eine Bereicherung. Das Angebot der Angleichung von über 2000 Lehrkräften ist ein kräftiges Signal der Landesregierung, auf das wir stolz sind.

Meine Damen und Herren, die **Besoldung der Grundschullehrkräfte** wird, wie ich eingangs sagte, nicht angehoben. Das fällt uns nicht leicht. Aber die Besoldung richtet sich auch nach den unterschiedlichen Tätigkeiten in den einzelnen Lehräm-

(Ministerin Britta Ernst)

tern. Das Grundschullehramt hat einen deutlichen pädagogischen Schwerpunkt im Bereich der jüngeren Altersgruppe, während der Unterricht in den Sekundarstufen die Zugangsberechtigung zu den Hochschulen ermöglichen soll und Berufsorientierung vermittelt. Auch der Aufwand für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, für Korrekturen und die Teilnahme an den Abschlussprüfungen ist unterschiedlich.

Wir haben uns die Besoldung für das Grundschullehramt in den anderen Bundesländern angesehen und festgestellt: In allen Bundesländern werden Grundschullehrkräfte mit A 12 besoldet. Dass das finanzschwache Schleswig-Holstein, das zudem ein Nehmerland im Finanzausgleich ist, hier vorprescht, halte ich nicht für vertretbar. Dennoch können wir uns perspektivisch auch für die Grundschullehrkräfte eine andere Bezahlung vorstellen. Darüber sollte es aber eine Verständigung mehrerer Bundesländer geben. Darüber werde ich das Gespräch suchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Die neue **Besoldungsstruktur** soll zum 1. Februar 2016 in Kraft treten. Dann werden die ersten Absolventinnen und Absolventen des Grundschullehramtes in den Vorbereitungsdienst gehen. Wir haben damit zügig die notwendigen Neuerungen angepackt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben einen klaren Kurs. Wir bleiben bei der Priorität der Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Die Entscheidungen über die Verwendungen der BAföG-Mittel und der Bundesmittel für die Flüchtlinge haben das gezeigt. Vieles andere Wünschenswerte können wir uns nicht gleichzeitig leisten. Wir behandeln die Lehrkräfte in beiden Säulen der weiterführenden Schulen künftig gleich. Daher soll die Eingangsbesoldung bei A 13 liegen. Wir machen einen großen Schritt für die Angleichung der Besoldung an den weiterführenden Schulen, um die Lehrkräfte gerechter zu besolden. Wir sorgen auch damit ein wenig für größeren Schulfrieden in den Kollegien. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Zu Ihrer Information teile ich Ihnen mit, dass die weiteren Redner eine Redezeit von je 6 Minuten zur Verfügung haben, da die Ministerin die vereinbarte Zeit um 1 Minute überschritten hat.

Das Wort hat nun die Kollegin Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, vor gut einem halben Jahr sind Sie mit Ihrem **Vorhaben zur Lehrerbesoldung** ganz groß rausgekommen. Das kann man wohl so sagen. Die Aufmerksamkeit der Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land war und ist Ihnen an dieser Stelle sicher. Ich will Ihnen einige treffende Kommentare dazu nicht vorenthalten. In den „Lübecker Nachrichten“ konnte man dazu lesen:

> „Grundschullehrer gehen leer aus - Unsozial … Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Die frühkindliche Bildung stärken? Die Phrasen der selbsternannten Hüter der sozialen Gerechtigkeit zerschellen an der Wirklichkeit. Sozial kann Politik nur sein, wenn sie solide finanziert ist.“

Der GEW-Chef Matthias Heidn sprach damals von einem „Höchstmaß an Geringschätzung, wie wir es so nicht für möglich gehalten hätten“: „Der Grundsatz ‚gleiches Geld für gleichwertige Arbeit‘ scheine für die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein nur ein Füllsatz für das eigene Wahlprogramm zu sein.“

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die „Kieler Nachrichten“ möchte ich an dieser Stelle gern kurz zitieren:

> „Ihre Pläne für die Lehrerbesoldung kosten einerseits Millionen, die für eine bessere Unterrichtsversorgung fehlen. Die Zeche für eine etwas einheitlichere und ein bisschen gerechtere Entlohnung der Pädagogen zahlen somit letztlich die Schüler.“

Das war vor einem halben Jahr. Daraus hätte man schließen können, dass es Veränderungen gibt und dass man darüber nachdenkt, welche **Kritik** es gibt. Jetzt liegt Ihr **Gesetzentwurf** dem Landtag vor, und an Ihren Plänen hat sich nichts geändert. So sieht also Ihre neue Gerechtigkeit an dieser Stelle aus. Dabei sind es insbesondere die jetzigen Grund- und Hauptschullehrer, die Sie benachteiligen. Denn sie alle sind gleich ausgebildet, ob sie an der Grundschule oder an weiterführenden Schulen unterrichten. Die, die jetzt an den Grundschulen unterrichten werden, werden keine Chance haben, nach A 13

(Heike Franzen)

aufzusteigen, während diejenigen, die an den weiterführenden Schulen - das sind in der Regel die etwas älteren Kollegen - jetzt Jahre warten und sich auch noch qualifizieren müssen, um die Chance zu haben, auf A 13 zu steigen. Dann verdienen sie genauso viel wie die jungen Kollegen, die gerade von der Uni kommen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Gerechtigkeit.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Herr Habersaat hat in einer Presseerklärung verlautbart - das zitiere ich -:

> „Dass ein gleich langes Studium auch zu gleicher Besoldung führen sollte, klingt fair."

Herr Habersaat, ich gebe Ihnen recht. Auch Frau Erdmann hat im letzten Jahr hier im Landtag gesagt - auch das möchte ich gern zitieren -:

> „Das eine ist, dass vergleichbare Studienabschlüsse zu einer vergleichbaren Besoldung führen müssen. Das ist für uns ganz klar."

Aussage von Frau Erdmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, und gar nichts ist klar.

Diese Reform der Lehrerbesoldung sorgt eben nicht dafür, dass **vergleichbare** Studienabschlüsse zu einer vergleichbaren Besoldung führen. Diese Besoldung bringt keine Ruhe, sondern sie bringt eine **Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer**. Ich will Ihnen auch sagen, zu welchem Preis. Auch hier möchte ich gern noch einmal zitieren, und zwar in diesem Falle den Philologenverband, der ganz klar sagt:

> „Die Folgen sehen wir bereits jetzt täglich: ungebremster Unterrichtsausfall, Lehrermangel, Fluktuation, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Frustration, Abwanderung."

Das sind nicht meine Worte, sondern die Worte des Philologenverbandes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss auch sagen, dass der Gesetzentwurf eines ganz deutlich macht: Auf eine **einheitliche Besoldung** kommt es Ihnen gar nicht an. In der Begründung wird nämlich deutlich - Sie sehen, ich arbeite heute sehr viel mit Zitaten, auch hier ein Zitat -:

> (Martin Habersaat [SPD]: Damit Sie nichts Eigenes sagen!)

- Keine Sorge, ich sage schon noch etwas Eigenes, Herr Habersaat!

Zitat - jetzt lauschen Sie einmal, womit das Gesetz tatsächlich begründet ist -:

> „Eine Abkehr von der bisherigen Ämterdifferenzierung zugunsten eines einheitlichen Einstiegsamtes würde zwar den angeglichenen formellen Anforderungen des Hochschulstudiums entsprechen, würde aber die weiterhin bestehenden Unterschiede in den tatsächlichen Anforderungen der Ämter nivelliert."

Sie wollen gar keine **Angleichung der Lehrerbesoldung**.

Dazu, worin dieser Unterschied nach Ihrer Auffassung besteht, auch hier ein wunderbares Zitat aus der Begründung des Gesetzes, warum die Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 12 erfolgen soll:

> „Aufgrund der vorrangig pädagogisch geprägten Tätigkeit ist eine höhere Einstufung im Gegensatz zu den auch stärker berufsvorbereitend und/oder wissenschaftlich geprägten Lehrämtern nicht sachgerecht."

Nicht: „Wir können es nicht finanzieren", nicht: „Wir haben nicht das Geld dafür, würden aber gern", sondern Sie sagen: Es ist nicht sachgerecht. - Also Sie wollen es nicht.

(Beifall CDU und FDP)

Sie versprechen den Menschen im Bildungsbereich alles, aber Sie halten es nicht. Ich bin ganz offen und ehrlich: Wir als CDU-Fraktion haben als Erstes die hundertprozentige Unterrichtsversorgung in Sicht und danach die Angleichung der Besoldung der Lehrergehälter. Sie erklären auch immer, dass das die Grundlage Ihrer Umstrukturierung 2012 gewesen sei. Wenn Sie das wirklich gewollt hätten, hätten Sie die **Grundschullehrerbesoldung** tatsächlich anpassen müssen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wer den **Einheitslehrer** will, der muss ihn auch einheitlich besolden. Da gibt es überhaupt keine zwei Meinungen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieser Gesetzentwurf ist eine glatte Fehlleistung. In Ihrem bevorzugten Kompetenzrasterzeugnis würde das dazu führen, dass die Kreuzchen alle ganz rechts sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Kollege Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Ein bisschen weiter rechts ist manchen Christdemokraten dieser Tage doch ganz sympathisch.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer in die SPD eintritt, der tut das in der Regel, weil er gegen Ungerechtigkeiten in der Welt vorgehen will.

(Vereinzelter Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Wer dann ein bisschen länger dabei ist, stellt fest: Der **Ungerechtigkeiten** sind viele, und sie lassen sich nicht alle sofort beseitigen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ein Mist aber auch!)

nicht einmal diejenigen im Bildungsbereich.

Im **Bildungsbereich** haben wir es mit unterschiedlich solventen Schulträgern zu tun, die ihre Schulen unterschiedlich gut ausstatten können. Wenn wir uns die Jüngeren angucken, haben wir es im Bildungsbereich damit zu tun, dass man in Hamburg sein Kind kostenlos in die Kita schicken kann und ein paar hundert Meter weiter in Reinbek und Ahrensburg im Bundesschnitt besonders viel dafür zahlen muss. Wir haben bei der Besoldung und den Pflichtstunden bei den Lehrerinnen und Lehrern Ungerechtigkeiten - bei der Polizei und anderswo übrigens auch.

Eine dieser Ungerechtigkeiten wollen wir heute angehen. Sie betrifft die **Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen**, die die gleichen Schülerinnen und Schüler unterrichten, die das gleiche Fach unterrichten und die wir künftig einheitlich besolden wollen, was für über 2.000 Lehrerinnen und Lehrer mehrere hundert Euro im Monat ausmacht. Mir ist aufgefallen, dass die Freude der Betroffenen eher leise geäußert worden ist, die Kritik der nicht Betroffenen eher laut. - Das ist vielleicht in der Politik auch häufiger so.

Es gibt einerseits Kritik daran, dass die **Beförderung nach A 13** mit einer **Fortbildung** verbunden ist - na ja. Das Argument, dass Fortbildungen für alle Lehrerinnen und Lehrer hilfreich sind, würde ich verstehen. Wenn man sagen würde, dass sich nur diejenigen fortbilden müssen, die befördert werden, und die anderen nicht, könnte ich das verstehen. Tatsächlich aber haben alle eine **Fortbildungspflicht**, und insofern besteht diese Ungerechtigkeit gar nicht. Ansonsten gehöre ich auch zu denen, die sagen, dass eine Fortbildung eigentlich keine Zumutung sein kann.

Und es wird die Kritik laut, dass nicht im gleichen Zuge auch noch alle Grundschullehrerinnen und **Grundschullehrer** auf A 13 gehoben werden. Diese Kritik kann ich verstehen. Ute aus Rendsburg behauptet, meine Grundschullehrerin zu sein.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das kann übrigens nicht stimmen, weil nämlich Ute aus Rendsburg auch die Grundschullehrerin von Kirsten Eickhoff-Weber war, und dann müsste sie mal in Nordrhein-Westfalen und mal in Barsbüttel tätig gewesen sein. Meine Grundschullehrerin war Frau Schäning, die grüße ich von dieser Stelle. Sie hat mir Gerechtigkeitssinn vermittelt, aber eben auch Wahrheitsliebe und Mathematik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Meine Grundschullehrer sind alle schon tot!)

Wir müssen daher sagen: Wir würden das gern wollen, wir können das aber momentan nicht.

Der SPD-Parteirat hat in seiner Weisheit beschlossen, dass die **Eingangsbesoldung** für alle Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von der Schulart A 13 sein soll, und hat Fraktion und Regierung beauftragt, schrittweise die bestehenden Ungerechtigkeiten abzubauen. Genau das tun wir. Den ersten Schritt gehen wir heute. Ich kann verstehen, wenn Menschen sich beschweren, dass wir den zweiten Schritt nicht sofort nachlegen - das hat Frau Franzen ja auch getan.

Ansonsten haben Sie aber eigentlich nichts anderes gesagt, als wir vorhaben, Frau Franzen. Sie wollen es doch genauso machen wie wir: Sie wollen sich erst auf die Unterrichtsversorgung konzentrieren und dann darüber nachdenken, wie wir alle auf A 13 bringen. Aber neu war, dass sich die CDU heute für **A 13** für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer ausgesprochen hat. Das ist ein großer Schritt, da hat die Debatte uns etwas gebracht.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Martin Habersaat [SPD]:

Mit Vergnügen!

(Martin Habersaat)

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege Habersaat. - Noch einmal alles Gute zu Ihren privaten Entwicklungen.

- Danke gleichfalls, Herr Kollege!

Ich wollte nur noch einmal nachfragen, wann Sie denn als Fraktion gedenken, den Beschluss Ihres Parteitages vollumfänglich umzusetzen.

- Es ist ein Parteiratsbeschluss.

Haben Sie da schon einen Zeitplan im Kopf? Können Sie uns da vielleicht schon etwas mitteilen?

- Das kann ich, weil dieser Beschluss relativ weise formuliert ist, Herr Kollege. Er besagt nämlich, dass der Punkt mit den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern in Abstimmung mit anderen Ländern umgesetzt werden soll. Das ist ja genau der Punkt, den die Ministerin auch angesprochen hat. Wenn alle Bundesländer momentan bei A 12 sind, müssen wir es doch erst einmal hinbekommen, dass wir zumindest mit einigen Bundesländern gemeinsam den Schritt von A 12 zu A 13 gehen. Darum werden wir uns kümmern, das werden wir tun. Und wenn wir dann die FDP als machtvolle Verbündete an unserer Seite haben, was die Anerkennung des Wertes pädagogischer Arbeit angeht, bin ich zuversichtlich, dass das in den Ländern, in denen die FDP noch etwas zu sagen hat, relativ schnell gelingen wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Martin Habersaat [SPD]:

Selbstverständlich.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Habersaat, momentan ist es so, dass wir eine Regierungspause in allen Bundesländern eingelegt haben.

- Erholen Sie sich gut.

Sie arbeiten ja daran, dass sich das bald wieder ändert. Insofern wollte ich noch einmal nachfragen, ob es nicht auch sinnvoll gewesen wäre, wenn man auch die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer bundesweit abgestimmt hätte und dort nicht einen Sonderweg gegangen wäre. Da waren Sie ja mutiger als bei der Besoldung.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

- Wenn das möglich gewesen wäre, wäre es unter Umständen hilfreich gewesen. Aber bis ich darauf warte, dass sich die CSU mit mir gemeinsam auf eine Lehrerausbildung einigt, mache ich es lieber in Schleswig-Holstein selbst.

(Beifall SPD - Zurufe FDP)

- Nein, ich habe ausdrücklich von einigen Bundesländern gesprochen, was den Schritt nach A 13 angeht, und nicht von allen. Wir hatten ja bei den Debatten um das Lehrkräftebildungsgesetz über Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gesprochen. Dort finden Sie ganz viele Parallelen zu unserem Gesetz.

Wir haben selbstverständlich an **Grundschulen** in den vergangenen Jahren eine ganz andere **Situation**, als sie noch bestand, als beispielsweise ich zur Grundschule gegangen bin. Inklusion ist wichtiger geworden, Integration ist wichtiger geworden. Wir haben flexible Eingangsphasen, wir haben Klassenzimmer, die überhaupt nicht mehr aussehen, wie die Älteren von Ihnen sich vielleicht ein Klassenzimmer vorstellen. Wir haben insgesamt eine Situation, die dazu geführt hat, dass man eigentlich sagen können müsste: Berufsorientierung und Propädeutik sind wichtig, aber die Pädagogik ist in den vergangenen Jahren mindestens genauso wichtig geworden, möglicherweise wichtiger. Darüber würde ich gern eine bundesweite Debatte anstoßen. In dem Zuge müsste man sich dann übrigens als Nächstes auch die Erzieherinnen und Erzieher einmal ansehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Stimmt!)

GEW und VBE kämpfen hier zu Recht und verständlicherweise. Ich hätte mir gewünscht, dass neben dem Kampf zumindest auch eine kleine Freude über den großen Schritt dabei gewesen wäre, den wir heute schaffen. Aber wenn man sich unsere politischen Mitbewerber anguckt, sieht man, dass wir eigentlich gar nicht so schlecht dastehen. Die FDP hat ja tatsächlich vor Kurzem hier im Landtag noch ein Lehrkräftebildungsgesetz vorgelegt, nach dem die Lehrerinnen und Lehrer absichtlich unterschiedlich gut ausgebildet werden, um sie hinterher unterschiedlich bezahlen zu können. Das ist völlig fern von allem, was wir uns vorstellen. Die CDU hat sich bisher überhaupt nicht geäußert. Heute ein großer Schritt nach vorn: Die CDU fordert A 13 für alle. Herzlichen Glückwunsch!

Die PIRATEN fordern auch A 13 für alle. Das Problem mit den PIRATEN ist nur dieses: Sie fordern

(Martin Habersaat)

eigentlich immer alles. Wie sie das finanzieren wollen, verraten sie jedoch nie. Im Zweifel sind sie auf der Zielgeraden immer noch dagegen.

Ich stelle fest: Wir haben mit dem Schulgesetz, dem Lehrkräftebildungsgesetz und heute auch mit dem Besoldungsgesetz viele Schritte in die richtige Richtung gemacht. Das Tempo ist zu diskutieren, aber nicht der Schritt an sich. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Kollegin Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie man es macht, man macht es verkehrt. Das ist der Eindruck bei dieser Debatte. Künftig soll Jahr für Jahr mehr Geld auf den Konten von Lehrkräften ankommen. Niemand wird schlechtergestellt. Bis 2023 werden rund 2.000 Lehrkräfte sogar bessergestellt. Und gibt es Applaus dafür? - Nein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Die Lehrergewerkschaft lädt zu einer Veranstaltung ein und sagt: „Stoppt das Besoldungsgesetz!“

Wie ist die Ausgangslage? Ist das **Besoldungssystem** zurzeit besonders **fair**? - Nein. Lehrkräfte verdienen - je nach Laufbahn - ganz unterschiedlich. Das ist nicht neu, aber es fällt besonders auf, da wir an Gemeinschaftsschulen Lehrkräfte mit verschiedenen Laufbahnen haben, die alle unterschiedlich viel verdienen. Es gibt noch weitere Unwuchten im System, nämlich die Unwucht zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften. Auch hier ergibt sich ein ganz unterschiedliches Nettogehalt. Selbst gleicher Lohn garantiert keine gerechte Besoldung. Wer gleich viel verdient, hat nicht automatisch gleich viel Arbeit. Das gilt überall, in jedem Bereich, das ist klar, aber es gilt eben auch in der Schule. Dies wird von vielen Lehrkräften als sehr unfair empfunden und immer wieder thematisiert.

Stellen wir dieses System nun grundsätzlich auf neue Füße, und machen wir alles gerecht? - Nein, aber das haben wir auch nicht versprochen. Machen wir es ungerechter? - Nein, im Gegenteil. Wir gestalten es gerechter. Die ungleiche Bezahlung von **Haupt- und Realschullehrkräften an Gemeinschaftsschulen** hört auf, und das war immer eine Forderung der GEW. Ich finde, das kann man schon einmal auf der Haben-Seite verbuchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Wir Grüne haben - anders als die CDU - vorher tatsächlich Vorschläge dahin gehend gemacht, wie wir uns das vorstellen. Statt dieses Vorschlags hätten wir lieber die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir hatten in Aussicht gestellt: gleiches Studium, gleiche Besoldung, also A13 für alle **neuen** Lehrkräfte. Nach und nach wäre zumindest diese Ungerechtigkeit aus dem System gewachsen. Aber hat dieser Vorschlag nun Begeisterungsstürme hervorgerufen? - Wahrscheinlich wäre das Gegenteil der Fall gewesen, weil die Ungleichheit zwischen neuen Absolventinnen und Absolventen, die A 13 an Grundschulen bekommen hätten, und erfahrenen Grundschullehrkräften, die weiterhin A 12 bekommen hätten, entstanden wäre. - „Ute aus Rendsburg“ hat auch mir geschrieben. - Dies wäre erhalten geblieben, also wäre dieser Vorschlag sehr umstritten gewesen.

Frau Franzen, auch zu dem **Urteil aus Rheinland-Pfalz** sollten Sie vielleicht etwas sagen. Dieses Urteil macht diesen Weg nicht begehbar, das ist relativ klar. Was besagt das Urteil aus Rheinland-Pfalz? - Es besagt zwei Dinge, zum Einen, dass man keine Regelung nur für neue Lehrkräfte treffen kann; zum anderen sagt es, dass an Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit bestehen muss, in die höhere Besoldungsgruppe aufzusteigen. Das ist für uns bindend, hier werden wir es nicht auf eine Klage ankommen lassen.

Es gibt viel Unmut von **Grundschullehrkräften**. Martin Habersaat hat es beschrieben, die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren tatsächlich für viele verändert. Aber auch die Meinung der Grundschullehrkräfte ist überhaupt nicht eindeutig. Bei meinen Schulbesuchen höre ich immer wieder, dass gesagt wird: „Bevor ihr knapp 20 Millionen € für **A 13 für alle** ausgebt, wollen wir lieber mehr Kolleginnen und Kollegen haben.“

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Franzen, wir machen beides. Frau Ministerin Ernst hat darauf hingewiesen: Kein anderes Bundesland zahlt Grundschullehrkräften A 13. Als Konsolidierungsland werden wir jetzt nicht einsam und sofort mit A 13 für alle voranmarschieren.

(Anke Erdmann)

Auch ich gehe auf die Postkartenaktion des VBE ein. Auch mir hat meine vermeintliche Grundschullehrerin, das ist ja symbolisch gemeint, geschrieben: „Ich habe dir die Grundlagen der Mathematik beigebracht.“ Dazu muss ich sagen, das stimmt. Darum kann ich auch die Tabellen auf der Homepage des VBE Schleswig-Holstein gut lesen. Dort steht nämlich das Einstiegsgehalt von Grundschullehrkräften. Es liegt in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt. Das sieht bei unseren Pro-Kopf-Ausgaben pro Schülerin und Schüler deutlich anders aus. Deswegen schichtet die Landesregierung in den Bereich der Schulen kräftig um.

Ich kann für meine Fraktion auf alle Fälle sagen: Ja, unter dem Strich ist es uns wichtiger, dass mehr pädagogisches Personal an den Schulen ist, als dass wir den ersten Platz für A 13 jetzt und sofort für alle gewinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist schon angedeutet worden: Natürlich stehen uns **Parlamentsberatungen** bevor, und wir werden uns bestimmte Punkte genauer anschauen. Alle haben wahrgenommen, dass die Begründung auf Empörung stößt. Die Übergangsfristen waren ein Thema und auch die Frage, wie der Übergang in eine höhere Besoldungsstufe genau ausgestaltet werden soll. Ich würde mich freuen, wenn die GEW in diesem Punkt ihre Frontalopposition - sonst merken wir diese ja nicht so - verlassen und in Gespräche einsteigen würde.

17 Millionen € mehr für die Besoldung, das ist für uns in diesem Konsolidierungsland kein Pappenstiel. Diese Summe kann nicht von jetzt auf gleich gestemmt werden. A 13 für alle, jetzt und sofort, das würde uns 36 Millionen € kosten. Ich warte noch darauf, wie das finanziert werden soll. Ich würde mich freuen, wenn die Erwartungen daran, was wir mit diesem Gesetz schaffen können, nicht ganz so überzogen wären. Das Besoldungsrecht ist nach meinem Empfinden insgesamt schräg gewachsen, da gibt es keine Spontanheilung durch ein Gesetz, schon gar nicht im schleswig-holsteinischen Alleingang.

Ich freue mich auf die Beratungen. Eines werden sie sicher nicht: langweilig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin immer wieder fasziniert, wenn die Kollegin Erdmann mit wohlwollenden Worten Dinge sehr schön darstellt. Am Ergebnis ändert es aber nichts. Grundschullehrkräfte bekommen weiterhin A 12. Wenn Sie der GEW den Dialog anbieten und auf Gespräche hinweisen, dann frage ich tatsächlich: Warum war zum Beispiel gestern keiner in Rendsburg, als die GEW zu einem Gespräch eingeladen hatte? Aus den gesamten regierungstragenden Fraktionen war niemand anwesend.

(Beifall FDP)

Der Kollege Habersaat hat hier mit wunderbaren Worten gesagt: Das können wir nicht. Ich sage ganz ehrlich: Ich hätte mehr Weitblick und ein vorsätzliches Agieren auch beim Ausbau von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen von Ihnen erwartet. Sie sagen: Wir machen das alles mit Blick und mit Rücksicht auf andere Bundesländer, wir wollen uns hier gern abstimmen. Ich frage Sie: Warum haben Sie das zum Beispiel nicht bei G 8 oder bei G 9 gemacht? Hier nehmen Sie doch auch eine Vorreiterrollen ein.

(Beifall FDP - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Argumentation ist ganz deutlich. Sie ist in den Stellungnahmen des Ministeriums festgehalten: Man möchte **A 13 für Grundschullehrkräfte** nicht haben, weil kein anderes Bundesland A 13 bezahlt. Schleswig-Holstein will hier schlicht und einfach keine **Vorreiterrolle** einnehmen. An anderen Stellen tun Sie das. Sie hätten mit Ihrem Lehrkräfteausbildungsgesetz seinerzeit eigentlich auch die Gesetzesfolgen abschätzen müssen. Sie hätten sagen müssen, was es kostet, was Sie da veranschlagt haben. Ich sage Ihnen ganz klar: Diesen Eiertanz, den Sie hier aufführen, um die weitere A-12-Besoldung für das Grundschullehramt zu begründen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Frau Erdmann, Sie haben es eben gesagt: Gleiche Ausbildung, gleiche Studienanforderungen. Wir sprechen von zehn Semestern und 300 Punkten. Dies muss schlicht und ergreifend zu einer gleichen Besoldung führen.

(Anita Klahn)

(Thomas Rother [SPD]: Das ist doch Stuss!)

- Das, was Sie sagen, ist richtiger Stuss. Sie machen dies: Gleiche Ausbildung bei unterschiedlicher Bezahlung. Das ist die Logik der SPD.

(Thomas Rother [SPD]: Das ist in der gesamten Bundesrepublik Deutschland so!)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf begründet, dass im Grundschullehramt vorrangig **pädagogisch** geprägte Tätigkeiten ausgeübt werden, während das Sekundarschullehramt stärker **wissenschaftlich** geprägt sei. Daraus ließe sich die unterschiedliche Besoldung - im Übrigen eine gesamte Besoldungsstufe und nicht nur eine Zulage - begründen. In der Argumentation der Regierungskoalition zum Lehrkräftebildungsgesetz hieß es noch bezogen auf die Universitäten, dass Flensburg einen stärkeren pädagogischen Ansatz wähle, während Kiel stärker wissenschaftlich arbeite. Jetzt beachten Sie bitte: Damals haben Sie, insbesondere vonseiten der Regierung, argumentiert, das sei gleichwertig.

Jetzt, bei der Tätigkeitsausübung, ist das offensichtlich in Vergessenheit geraten. Ihre Argumentation ist schlicht und einfach auf Sand gebaut. Sie werden es erleben, wenn die ersten Lehrkräfte im Amt sind und dagegen klagen werden.

Sie haben recht: Unsere Fraktion hat einen anderen Gesetzentwurf vorgelegt, und das gehört zur Ehrlichkeit der Politik dazu. Ich erinnere an die Diskussion von heute Morgen. Wir haben ganz klar gesagt: Ja, unterschiedliche Ausbildung; damit lassen sich auch unterschiedliche Gehaltsgruppen begründen.

Ich möchte auch an Folgendes erinnern: Wie wollen Sie darstellen, dass Grundschullehrer, die in der Vergangenheit eine siebensemestrige Ausbildung hatten, schlechte Arbeit gemacht haben? Ich möchte ganz klar feststellen: Die Grundschullehrkräfte an unseren Grundschulen hier und heute mit den alten Ausbildungsgängen machen gute Arbeit. Und sie stellen sich all den von Ihnen auferlegten Herausforderungen und zusätzlichen Aufgaben, ohne dass sie jemals nachgerechnet haben, wie viele Stunden sie dafür brauchen. Sie haben unseren Antrag zur **Arbeitszeitevaluation** abgelehnt. Die Lehrkräfte machen das klaglos. Sie haben es getan in dem Glauben, dass es irgendwann zu einer gerechten Anpassung kommt. Sie versagen es ihnen. Ich bin gespannt, wie Sie in Zukunft damit klarkommen wollen und wie Sie insoweit argumentieren wollen.

Ein völliger Rohrkrepierer wird auch das von ihnen eingeführte **gemischte Lehramt** mit einem Fach auf Sekundarstufe I und einem Fach Sekundarstufe II sein. Es ist bisher nicht klar gewesen, warum sich irgendein Student für dieses Studienangebot entscheiden sollte, wenn in anderen Bundesländern dieses Lehramt maximal als Lehramt mit Sekundarstufe I anerkannt werden würden.

Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf schlagen Sie dem Ganzen den Sargnagel ein. Mit der Besoldung auf A 13 im ersten Einstiegsamt geben Sie überhaupt keine Anreize, diese Studienwahl zu treffen. Ich frage Sie deshalb: Warum sollte ein Student das machen, wenn er doch ganz leicht auf Sekundarstufe II studieren könnte? Er erhält dann eine höhere Einstiegsqualifizierung. Er erhält eine Zulage und hat die besseren laufbahnrechtlichen Aufstiegschancen.

(Zuruf SPD: Dummes Zeug!)

- Das ist kein dummes Zeug. Beschäftigen Sie sich doch einmal damit. Sie haben den Leuten schlicht und einfach Sand in die Augen gestreut. Im Übrigen haben Sie damit auch der **Universität Flensburg** einen Bärendienst erwiesen; denn dort findet die Ausbildung nicht so statt, dass die Studierenden freiwillig zur Sekundarstufe II hinströmen würden.

Meine Damen und Herren, Sie sind weiterhin auf dem Weg zum Einheitslehrer, zur Einheitsbesoldung und Einheitsschule. Das vorliegende Besoldungsgesetz ist Ausfluss eines völlig verkorksten Lehrerkräftebildungsgesetzes. Für meine Fraktion möchte ich gern klarstellen, dass wir das in der nächsten Regierungsverantwortung wieder korrigieren werden.

(Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Je mehr Sie lachen, umso mehr zeigen Sie mir, dass Sie wissen, dass Sie schlicht und einfach auf dem Holzweg sind.

Wir möchten, dass die Lehrkräfte gerecht und fair bezahlt werden, und zwar orientiert an ihrer Ausbildung, an dem, was sie leisten. Und das ist eine rechtlich sichere Besoldungsstruktur im Besoldungsgesetz. Damit stärken wir auch den Universitätsstandort Flensburg. - Vielen Dank. Auch ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss, die vielleicht ein bisschen sachlicher ablaufen werden als die Debatte hier.

(Beifall FDP - Lachen SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein deutsches Sprichwort, das sagt, dass ein guter Lehrer mehr wert ist als zwei gute Bücher. Auf den Lehrer kommt es an. Das haben wir auch in mehreren Diskussionen im Bildungsausschuss von Expertenseite immer wieder gehört. Wenn wir uns vor Augen führen, was Lehrer heute leisten, dann ist diese Debatte heute eine gute Gelegenheit, einmal herzlich Danke zu sagen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn der hohe persönliche Einsatz, mit dem Lehrer heute in den Schulen unterwegs sind, ist mit Geld allein gar nicht zu bemessen. Es geht nicht nur um Geld, aber eben auch. Genau darum dreht sich die heutige Debatte. Es geht um die **Reform der Lehrerbesoldung**. Ein Lehramt, ein Beruf, eine Besoldung, gleiche Arbeit, gleicher Lohn, niemanden zurücklassen. Das sind Schlagworte, die die Koalitionsfraktionen und die Regierung gern für sich beanspruchen, wenn es um Leistungsgerechtigkeit und um Solidarität mit denen geht, die gute Arbeit leisten.

Aber genau hier ist ein großer Streit im Gang, seit die Regierung die Eckwerte für ihre Reform der Lehrerbesoldung vorgelegt hat. Schon vor und während der Beratung zur **Reform der Lehrerbildung** hat die Opposition, allen voran der Kollege Vogt, immer wieder darauf gedrängt, dass die Regierung eine sachliche Analyse der Folgekosten dieses Gesetzentwurfs vorlegen und erläutern möge, wie genau sich das in Besoldungsfragen niederschlagen soll. Damals wurden wir alle lapidar abgebügelt: „Wir machen das schon. Das passt schon.“

Und nun passt es nicht, und Sie haben eben nichts gemacht. Sie haben wieder ein Gesetz angefasst, das Sie nicht gerecht ausfinanziert haben. Bevor nun wieder irgendjemand nach den Alternativen der Opposition ruft, sage ich: Nein, mal ehrlich: Für diesen Mumpitz sind wir nicht verantwortlich.

(Beifall PIRATEN)

Denn das haben Sie auf den Weg gebracht und damit eine Neiddebatte initiiert, die nun wirklich niemand in diesem Land verdient hat.

Natürlich finden wir es richtig, dass mindestens ein Teil der Lehrer von Besoldungsgruppe A 12 nach Besoldungsgruppe A 13 an den Gemeinschaftsschulen angehoben wird. Aber das war es dann auch schon mit der Zustimmung. Das Beamtenrecht sagt doch ganz klar, maßgeblich für die Eingruppierung sind a) die geforderte Ausbildung, b) die Verantwortung des Amtes und c) die Beanspruchung des Amtsinhabers. Niemand wird erklären können, warum Grundschullehrer in auch nur einem Punkt weniger verdienen als die Kollegen an anderen Schulen.

Die **Grundschule** ist die Schule, die ohnehin viel zu lange von einem Zuwachs an Lehrerstellen ausgespart worden ist und an der die **Arbeitsverdichtung** besonders gravierend ist.

Wir schwelgen alle in Betroffenheitslyrik über die tolle Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen dort im Hinblick auf Integration und Heterogenität der Schülerschaft leisten. Die Kinder, die jetzt mit ihren Familien hinzukommen, wurden zum Teil noch nie beschult. Von den Sprachdefiziten will ich gar nicht erst reden. Aber mit Lyrik ist diesen Lehrkräften nicht geholfen. Sie verdienen das Gleiche wie ihre Kollegen. Es ist doch eine Schande für diese Regierung, dass ich als Redner der Opposition dies einer sozialdemokratisch geführten Regierung sagen muss.

„A 13 für alle jetzt und sofort können wir uns nicht leisten.“ - Dies sagte die geschätzte Kollegin Anke Erdmann im März dieses Jahres. Ich hingegen glaube, dass wir uns eine Ungleichbehandlung an dieser Stelle nicht leisten können.

(Beifall PIRATEN)

Aber der Ball liegt bei der Landesregierung. Diese muss jetzt nachbessern, was sie selber schlecht auf den Weg gebracht hat. Den vorliegenden Plänen jedenfalls können wir in dieser Form nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat die Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kaum ein anderer **Arbeitsbereich** war in den vergangenen Jahren einem so umfassen-

(Jette Waldinger-Thiering)

den **Wandel** unterworfen wie der der **Lehrkräfte** im Land. Jahrelang wurde über Strukturen debattiert. Schulformen wurden eingeführt, andere wurden abgeschafft. Daneben haben sich auch die inhaltlichen Vorgaben und der Anspruch an die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer umfassend verändert. In der Folge hat es auch Entwicklungen gegeben, die vielleicht nicht immer so gewünscht waren. Ich will damit sagen, dass wir trotz der nun geschaffenen soliden Grundlagen mit unserem Schulgesetz und dem Gesetz zur Lehrerbildung längst nicht alle Probleme gelöst haben. Ich will auch nicht leugnen, dass hierzu aus Sicht des SSW auch die Besoldung der Lehrkräfte zählt.

Hand aufs Herz: Mit Blick auf die Bezahlung unserer Lehrerinnen und Lehrer besteht eine durchgängige und dauerhafte Ungerechtigkeit. Nicht nur Grundschullehrkräfte bekommen bei gleicher Ausbildungsdauer weniger als Kollegen an weiterführenden Schulen, sondern auch an ein und derselben Schule gab und gibt es mitunter ungerechtfertigte Lohnunterschiede. Dieses Problem haben nicht nur SSW, Grüne und SPD zu verantworten, sondern wir alle. Schon im Jahre 2012 hätte Schwarz-Gelb dieses anpacken müssen. Ich denke, nicht nur der SSW würde hier liebend gern dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ folgen. Keine Frage.

Doch nicht nur das Problem, sondern auch die **Ursachen** sind allgemein bekannt. Wir alle - auch die Gewerkschaften und die Betroffenen - kennen die Haushaltslage des Landes Schleswig-Holstein. Und fast alle haben den Beschluss einer Schuldenbremse in irgendeiner Form mitgetragen. Damit dürfte eines klar sein: Landespolitik ist kein Wunschkonzert. Und wie bei vielen anderen Dingen auch bedeutet das mit Blick auf die Besoldungsfrage, dass Kompromisse gemacht und schrittweise vorangegangen werden muss. Nichts anderes ist der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung der Lehrkräftebesoldung. Er ist ein Schritt und nicht die Komplettlösung. Aber er ist ein Schritt in die eindeutig richtige Richtung.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die rot-grün-blaue Koalition zum Ziel gesetzt, den Bildungsbereich in Schleswig-Holstein nachhaltig zu stärken. Wie Sie wissen, haben wir uns direkt auf den Weg gemacht und **zusätzliche Stellen** geschaffen. Schon im Schuljahr 2014/2015 waren dies 228, in diesem Jahr 440, und bis 2017 folgen viele weitere Stellen. Wir nutzen ausdrücklich nicht nur die BAföG-Mittel des Bundes zur personellen Entlastung an unseren Schulen. Wir haben zum Beispiel auch 50 zusätzliche Stellen für Förderlehrkräfte geschaffen. Allein im Bereich der Schulbegleitung und der Schulassistenz nehmen wir ab dem kommenden Jahr über 25 Millionen € in die Hand. Dass es daneben ganz aktuell nicht nur im Bildungsbereich noch weitere schwer kalkulierbare Ausgabeposten für den Landeshaushalt gibt, dürfte allen bewusst sein.

Bei aller Unzufriedenheit und allem Anlass zur Kritik will ich eines deutlich sagen: Wenn es um die Stärkung unserer Schulen geht, dann reden wir nicht nur, sondern wir handeln auch. Bei der Frage der **gerechten Entlohnung** unserer Lehrerinnen und Lehrer sorgt unser Entwurf zumindest dafür, dass eine sehr gravierende Ungerechtigkeit im Bereich der Sekundarstufe I behoben wird.

Ich hatte ehrlich gesagt, dass es nur ein Anfang ist. Es ist aber ein Anfang, von dem zumindest schon einmal an die 2.000 Lehrkräfte profitieren. Natürlich bleibt es beim gemeinsamen Wunsch, die bestehenden Ungleichheiten im System der Lehrkräftebesoldung komplett zu beheben. Aber wir bewegen uns nun einmal in einem sehr engen finanziellen Rahmen. In diesem Rahmen wollen und müssen wir auch andere wichtige Bildungsthemen anpacken und ausfinanzieren.

Dass die **Gewerkschaften** mit Blick auf die Besoldungsfrage eine sehr skeptische Position einnehmen, verstehe ich. Das liegt in der Natur der Sache. Dass sie aber eine so destruktive Haltung einnehmen und an ihren mitunter schlicht realitätsfernen Forderungen festhalten, finde ich persönlich sehr enttäuschend. Ich wünsche mir, dass wir so bald wie möglich zur konstruktiven Zusammenarbeit zurückfinden, damit wir auch in dieser Frage gemeinsam vorankommen.

Nun noch einmal zur Kollegin Anita Klahn, die uns erklären will, wir hätten den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern Aufgaben auferlegt, was Sie niemals getan hätten. Insofern gehe ich davon aus, dass die FDP immer noch daran festhält, **Inklusion** gebe es zum Nulltarif. SPD, Grüne und SSW jedoch wollen die Inklusion und stellen Ressourcen dafür bereit, während die FDP dies nicht will. Die FDP will also keine Inklusion. Das ist sehr spannend.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Anita Klahn [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat der Kollege Martin Habersaat von der SPD-Fraktion das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute Morgen vorgenommen, auch auf die Argumente der Gegenseite einzugehen. Hierfür habe ich mir heute die Kollegin Klahn ausgesucht.

(Anita Klahn [FDP]: Schön!)

Sie sind ehrlich und sagen: Die FDP will Grundschullehrer schlechter ausbilden, um sie schlechter bezahlen zu können. Chapeau! Das ist Ehrlichkeit. Respekt! Das kann man gut machen.

Es war aber auch die FDP, die in der vergangenen Legislaturperiode einer Lehrkräfteausbildung in Flensburg zugestimmt hat, mithilfe derer die Grundschullehramtsanwärter länger ausgebildet werden. Das heißt, eigentlich bereuen Sie Ihren Schritt aus der vergangenen Legislaturperiode und wollen gern wieder einen Schritt zurück. Auch dazu sage ich: Chapeau! Das ist ehrlich.

Nachdem ich zwei Mal gelobt habe, darf ich nun auch einmal kritisieren. Sie bringen Argumente auf dem Niveau: Wo waren Sie denn gestern in Rendsburg? - Wir haben Dienstagnachmittags immer Fraktionssitzung. Deshalb - das sage ich jetzt hier für die Weltöffentlichkeit - ist der Dienstagnachmittag ein schlechter Termin. Trotzdem sind wir gestern ausgeschwärmt. Der Kollege Vogel war in Elmshorn und hat sich gewundert, dort keinen einzigen FDP-Landtagspolitiker getroffen zu haben, Frau Klahn.

(Zurufe SPD: Oh! - Oliver Kumbartzky [FDP]: Wir hatten ja Fraktionssitzung!)

Nun sagen Sie: Warum sollen Studierende künftig in Flensburg ein Lehramtsstudium aufnehmen, wenn sie befürchten müssen, hinterher schlechter bezahlt zu werden? Das habe ich als Frage und als Argument verstanden.

Schauen wir uns einmal an, was in der Vergangenheit passiert ist. Keine Grundschullehrerin wird davon überrascht sein, dass sie nach A 12 besoldet wird. Zum Zeitpunkt der Aufnahme des Studiums wusste man, dass man nach A 12 besoldet wird. Ich kann das Argument verstehen, dass sich die Arbeit geändert hat und deshalb eine Besoldung nach A 13 heute angemessen wäre. Ich habe vorhin argumentiert, dass wir das eigentlich auch so sehen.

(Anita Klahn [FDP]: Ach so! Eigentlich!)

Zum Zeitpunkt des Studienantritts wusste man aber, dass man nach A 12 besoldet wird. Trotzdem haben sich Menschen dazu entschieden, Grundschullehrer zu werden. Glauben Sie mir: Trotzdem werden sich weiterhin Menschen dafür entscheiden, in Flensburg ein Studium aufzunehmen.

Für den Schluss habe ich mir das absolute Highlight aufbewahrt. Frau Klahn, Sie erzählen uns sechs Minuten lang, wie ungehörig es sei, dass wir die Besoldung nicht von A 12 auf A 13 anheben und die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer künftig nicht einheitlich besolden, um dann zum großen Finale Ihrer Rede anzusetzen, indem Sie sagen, dass Sie nicht für den Einheitslehrer und für die Einheitsbesoldung sind. Respekt und Anerkennung: Das hätte ich nicht geschafft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, Sie müssen in Ihrer Argumentation schon stringent bleiben. Sie sagen immer, die Grundlage sei die **Veränderung der Grundschullehrerausbildung** in der vergangenen Legislaturperiode. Das sei die Grundlage für Ihr neues Lehrerbesoldungsgesetz gewesen.

Dazu muss man einmal deutlich sagen: Dann müssen Sie solche Dinge vielleicht einmal mit der Landesregierung absprechen. Ich habe heute schon viel zitiert und habe nun wieder ein hübsches Zitat für Sie, nämlich aus dem Gesetzentwurf, warum denn das Lehrerbesoldungsgesetz geändert wird. Das Zitat lautet:

„Die auf der Grundlage der von der Kultusministerkonferenz beschlossenen strukturellen Vorgaben, Standards und inhaltlichen Anforderungen für die Lehrerbildung zuletzt durch das Lehrkräftebildungsgesetz vom 15. Juli 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 134) geregelte Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor-/Masterstudiengänge erfordert eine Anpassung der besoldungsrechtlichen Einstufung der Lehrämter. Anpassungsbedarf ergibt sich dazu aus den Änderungen des

(Heike Franzen)

> Schulgesetzes vom 4. Februar 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 21).“

Das ist Ihre Begründung für Ihre Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes. Also bleiben Sie doch bitte stringent und tun Sie uns alle einen Gefallen. Die Lehramtsbesoldung ist ungerecht. Das wissen wir alle. Diese durch eine andere Ungerechtigkeit zu ersetzen, ist doch aber keine Lösung.

Sie haben den Leuten versprochen: Wir bezahlen euch alle gleich. - Jetzt stehen Sie da und sagen: Wir wissen nicht so genau, wie wir das finanzieren können. - Alle anderen Fraktionen haben Ihnen gesagt, dass das ein Problem wird.

Deswegen kann man ganz klar sagen, dass es die Prioritätensetzung erfordert, zunächst einmal die **Unterrichtsversorgung** in den Griff zu bekommen. Das entlastet auch die Lehrkräfte an den Schulen. Erst dann sollte die Lehrkräftebesoldung angegangen werden, wenn die Finanzen dazu stimmen. Man kann nicht allen alles versprechen. Das ist nicht möglich.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Anke Erdmann?

Heike Franzen [CDU]:

Aber gern.

> **Anke Erdmann** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Franzen, ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir nicht allen alles versprochen haben, auch nicht den Grundschullehrkräften. Es ging nicht darum, dass wir die Grundschullehrkräfte, die bereits an unseren Schulen sind, auf A 13 hochsetzen. Wir haben an ganz vielen Stellen relativ zaghafte Andeutungen und **Versprechungen** gemacht. Dabei ging es auch um die Frage, ob wir in Gemeinschaftsschullehrerzimmern für eine gerechtere Besoldung sorgen könnten. Diese Frage haben wir im Wahlkampf eher verneint, weil wir nicht wissen, wie wir das finanzieren können.
>
> (Lachen Anita Klahn [FDP] - Unruhe)
>
> - Doch. Natürlich. Im Wahlkampf. Frau Klahn, bitte sagen Sie mir doch einmal, an welcher Stelle wir etwas versprochen haben. Sie waren nicht dabei, als wir das versprochen haben, Herr Lehnert. Wir haben immer gesagt, dass das nur für neue Lehrkräfte gelten kann.
>
> Deswegen möchte ich mich nur an den Versprechungen messen lassen, die wir gegeben haben, aber nicht an denen, die wir nicht gegeben haben.
>
> (Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Frau Kollegin, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass mit diesem Lehrerbesoldungsgesetz dieses Versprechen nicht umgesetzt worden ist. Tut mir leid. Natürlich haben Sie dieses Versprechen damit nicht umgesetzt. Ich habe gerade gesagt, was Sie selbst gesagt haben. Dann setzen Sie es doch um. Wenn Sie es versprechen, dann setzen Sie es doch um.

(Zuruf SPD: Die Neuen!)

- Was ist denn mit den neuen Grundschullehrkräften? Diesen haben Sie es doch genauso versprochen, setzen es aber nicht um. Sie setzen also nicht das um, was Sie versprochen haben.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich glaube, wir haben alle eine Mittagspause nötig.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, vor das Mittagessen und die Beruhigung der Nerven hat die Geschäftsordnung die Abstimmung gesetzt.

Nachdem wir keine Wortmeldungen mehr vorliegen haben und ich die Beratung geschlossen habe, frage ich Sie, wer damit einverstanden ist, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3380 in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss zu überweisen? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause und der Ministerin gute Besserung.

(Unterbrechung: 13:30 bis 15:05 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur Fortsetzung unserer Tagung und darf Ihnen zunächst mitteilen, dass die Ministerin Britta Ernst krankgemeldet wurde, der wir von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche schicken.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Beifall)

Des Weiteren darf ich auf der Tribüne noch einmal die Gäste des Herrn Kollegen Habersaat begrüßen. Sie sind aus den Ortsvereinen der SPD von Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek nach Kiel gekommen. - Willkommen noch ein zweites Mal hier!

(Beifall)

Auf der Tribüne darf ich auch den Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Ulf Kämpfer, sowie den Vorsitzenden des Landessportverbands, Herrn Hans-Jakob Tiessen begrüßen. - Herzlich willkommen auch Ihnen beiden hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Nun rufe ich den Tagesordnungspunkt 31 auf:

Unterstützung der Olympia-/Paralympics-Bewerbung Hamburgs und der Bewerbung Kiels für die Austragung der Segelwettbewerbe

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3423

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Jürgen Weber von der SPD-Fraktion das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sind Sie dafür, dass sich die Landeshauptstadt Kiel im Rahmen der Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbundes und der Freien und Hansestadt Hamburg um die **Ausrichtung** der olympischen und gegebenenfalls paralympischen **Segelwettbewerbe** im Jahr 2024 bewirbt?

(Beifall)

Über diese Frage werden nicht Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sondern 200.000 Kielerinnen und Kieler am 29. November befinden, vorausgesetzt, die Vorlage des Oberbürgermeisters wird morgen in der Kieler Ratsversammlung beschlossen. Aber das ist in Kiel eigentlich kein Problem.

Genauso wenig Zweifel bestehen daran, dass wir heute einen Beschluss fassen werden, der weiteren Rückenwind für Olympia im Norden bedeuten soll. Wir wollen heute einen weiteren Schritt tun, um unser bisheriges Bekenntnis und unsere Unterstützung der Bewerbung Hamburgs und Kiels durch einen Beschluss zu bekräftigen, der auch ein klares Signal nicht nur für eine ideelle, sondern auch für eine finanzielle Anstrengung des Landes ist - für das große Ziel, 2024 die **Olympischen und Paralympischen Spiele** an die Elbe und an die Ostsee zu holen.

Natürlich müssen wir auch über Geld reden. Hamburg hat seine **Gesamtkosten für Sportstätten** und die sonstige Infrastruktur in einem Finanzreport vorgelegt. Und die Landeshauptstadt Kiel hat solide berechnete Kosten in ein den Möglichkeiten des Stadthaushalts entsprechendes Finanzierungskonzept gegossen und der Öffentlichkeit mittlerweile vorgestellt.

In Schilksee werden dabei das olympische Segeldorf, das Hotel und der Segelcampus weitgehend privat finanziert. Die Durchführung der eigentlichen Wettbewerbe ist ja nicht Sache der Austragungsorte, was die Finanzierung angeht. Es bleibt aktuell ein hochgerechneter **Anteil an Investitionen** von etwas mehr als 120 Millionen €. Der Bund muss - da, denke ich, werden wir uns einig sein - einen wesentlichen Anteil der Kosten tragen. Dass dort noch Verhandlungsbedarf besteht und Berlin nicht alle Wünsche sofort gegengezeichnet hat, dürfte nun nicht wirklich verwundern. Aber ich gehe davon aus, dass wir dort auf einem guten Weg sind.

Denn Spiele in der Bundesrepublik sind natürlich auch von großer nationaler Bedeutung. Ich bin sicher, dass die jetzige Bundesregierung und die folgenden und der jetzige Bundestag und die folgenden Bundestage das Notwendige tun werden, um die finanzielle Basis von Hamburg und Kiel 2024 sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, der verbleibende Rest der Investitionskosten soll dann zu gleichen Teilen von Stadt und Land aufgebracht werden. Das halte ich für eine vernünftige, für eine angemessene und für eine faire Formel. Sie ist machbar, denn Hamburg und Kiel stehen für Abkehr vom Gigantismus. Sie ist darstell- und nachvollziehbar, weil der gesamte **Prozess der Planung** transparent ist und bleiben wird. Sie ist berechenbar, weil sich die Finanzierung über mehrere Jahre in Investitionen abbildet, die der Stadt, der Region und eben auch dem ganzen Land von Nutzen ist.

Und wenn der Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann, müssen die Bürger neu entscheiden. Auch das hat die Ratsversammlung in Kiel beschlossen.

(Jürgen Weber)

Die Formel ist umsetzbar, denn wir wollen und wir werden Spiele erleben, durch die in den Wochen der Spiele selbst, auf dem Weg dorthin und vor allem auch danach eine Chance eröffnet wird, nicht nur den Spitzensport, sondern Sport in seiner ganzen Breite als Freizeit-, Schul- und Gesundheitssport im ganzen Land weiterzuentwickeln.

Eine Olympiabewerbung ist eine umfassende Herausforderung, gleichzeitig eine starke Antriebskraft für das ganze Sportland Schleswig-Holstein - für Vereine, für Verbände, für Kommunen, Unternehmen und Politik.

Wer Olympia sagt, muss die **Verbesserung der Rahmenbedingungen für sportliche Betätigung** überall im Land mitdenken - vom Sportunterricht bis zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen von Integration, Gesundheit und Gewaltprävention -, eine Aufgabe, der sich zu stellen es sich lohnt, die unser Land voranbringen wird.

Wir haben gute Argumente. Ich will sie gern noch einmal kurz anreißen: vorbildliche Bürgerbeteiligung, hohe Transparenz, unbedingte Anknüpfung an die Reformagenda des IOC, der eindeutige Fokus auf Klimaschutz, ökologische Nachhaltigkeit und moderne Mobilität, eingebettet in dringend erforderliche Investitionen, verbunden mit der Chance, der ganzen Welt eine positive, in die Zukunft gewandte, weltoffene und professionelle Visitenkarte abzugeben und natürlich auch und zuvorderst: mit einer soliden Finanzierung.

Meine Damen und Herren, diese Chance sollten die Kielerinnen und Kieler und auch wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ergreifen. Das größte Sportereignis der Welt zu beherbergen, junge Menschen anzuspornen, die Herausforderung zu suchen, dabei zu sein, das ist doch eine wunderbare Perspektive.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nehmen wir mit Begeisterung den Wettbewerb um die Spiele an: solide finanziert, Bund, Land und Stadt nach ihren jeweiligen Möglichkeiten.

Lassen Sie uns heute mit dem Beschluss des gemeinsamen Antrages von fünf Fraktionen an die Bürgerinnen und Bürger in Kiel, aber auch in Hamburg appellieren: Stimmen Sie am 29. November mit Ja für die **Olympischen Segelwettbewerbe in Kiel** und für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg. Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden und wollen ihren Teil dazu beitragen, dass das gelingt. Ich wünsche mir eine breite Zustimmung zu unserem Antrag und hoffe, dass wir den Weg zu Olympia gemeinsam beschreiten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat stellvertretend für die erkrankte Kollegin Barbara Ostmeier der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich von dieser Stelle aus die besten Genesungswünsche an meine Kollegin Barbara Ostmeier senden, die heute leider nicht dabei sein kann.

(Beifall)

Sie können mir glauben, dass sie es sehr bedauert, gerade ihr Herzensanliegen heute hier nicht vortragen zu können. Wir freuen uns, dass sie morgen und übermorgen wieder da ist. Ich verspreche ihr aber, dass ich mich weitestgehend an ihren Redetext halten werde. Insofern halte ich weitestgehend eine Rede im Auftrag von Frau Ostmeier.

2024 das dritte Mal Olympische Spiele in Deutschland, das dritte Mal Olympische Spiele hier in Kiel, Sailing City. - Herr Oberbürgermeister, viel Erfolg! Wir, die CDU-Fraktion, aber weitestgehend auch der ganze Landtag drücken Ihnen die Daumen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Da, wo wir können, unterstützen wir Sie gern: bei der Bürgerbefragung am 29. November. Jürgen Weber hat es bereits angesprochen. Wo immer Sie uns brauchen, die Union steht hinter Ihnen. Das machen wir gern.

(Zurufe SPD)

- Wenn es um die Olympischen Spiele geht! Das ist doch wohl klar! Sie wissen ja: Wenn es darauf ankommt, steht die Union hinter Ihnen. Das ist bei Ihnen ja nicht immer der Fall. Gehen Sie davon aus, dass Sie unsere volle Unterstützung für die Olympischen Spiele und die Paralympics haben.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aber auch nicht vergessen, dem DOSB zu danken,

(Hans-Jörn Arp)

dass er sich dafür entschieden hat, Hamburg als Standort zu wählen. - Herr Tiessen, ich glaube, Ihnen an dieser Stelle sagen zu dürfen: Sie haben einen erheblichen Beitrag dazu geleistet. Auch Ihnen herzlichen Dank!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Richtig und wichtig ist auch, wie bereits der Kollege Weber gesagt hat, von dieser Stelle aus das Signal zu senden, dass dieser Vorschlag hier im Haus eine breite Unterstützung findet. Denn dies ist kein Feld, auf dem man sich parteipolitisch profilieren kann. Sie brauchen die breite Unterstützung des Parlaments, der breiten Öffentlichkeit Schleswig-Holsteins. Und die stehen hinter Ihnen.

Wir haben auch die Vorteile. Wir haben in **Schilksee** die jährlichen **Segelweltmeisterschaften**, das größte Segel-Event, und sind darauf gut vorbereitet. Wir haben mit Gut Kaden eine hervorragende Golfanlage. Wir haben zusätzlich natürlich - das darf man nicht unerwähnt lassen - mit Flensburg und Kiel Handballsportstätten, die professionell auftreten könnten. Wir haben in Timmendorfer Strand jedes Jahr die Beachvolleyballweltmeisterschaften. Auch das ist ein hervorragendes Event, das man bei der Feinabstimmung sicherlich mit ins Spiel bringen kann. Darüber hinaus habe ich heute gelesen, dass man in Norderstedt die Schießwettbewerbe durchführen will. Auch dafür haben Sie die volle Unterstützung. Schleswig-Holstein hat also eine Menge zu bieten. Das ist wichtig. Es hat also gewisse Vorteile.

Daneben gibt es aber auch Lasten, von denen Jürgen Weber zu Recht gesprochen hat. Wir müssen aufpassen, dass sich die **Kosten** im Rahmen halten. Wir wollen keine protzigen Olympischen Spiele, sondern wir wollen Olympische Spiele, die dicht am Menschen sind, die auch von diesem Hohen Hause vertreten werden können. Es wird sicherlich eine große finanzielle Belastung auf dieses Haus, auf das Parlament, auf das Land und auf die Stadt zukommen. Frau Ministerin, halten Sie also das Geld für die Olympischen Spiele zusammen. Dann haben Sie auch unsere Unterstützung. Eines sage ich Ihnen an dieser Stelle aber auch: Darunter dürfen der **Breitensport** und die **Finanzierung anderer Sportarten** hier im Land nicht leiden. Es muss extra Geld sein, das dafür ausgegeben wird. Es darf nicht zulasten der jetzigen Sportverbände und des Breitensports gehen. Ansonsten würde uns dafür die Akzeptanz fehlen.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und FDP)

Aber es gibt ja keine Rede von mir in diesem Hohen Hause, in der ich nicht auch das Thema A 20 anspreche.

(Beifall)

Jeder hat ja schon darauf gewartet. Das muss natürlich auch kommen. Wir wissen ja, dass durch die Olympischen Spiele 1972 die Infrastruktur im Lande wesentlich verbessert wurde. Ich gehe davon aus, dass bis dahin die S 21 realisiert ist. Ich gehe davon aus, dass die S 4 richtige und wichtige Voraussetzungen schafft, um die Anbindung an Hamburg besser voranzutreiben.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Darüber hinaus muss natürlich bis 2024 die Elbquerung bei Glückstadt fertig sein. Wie wollen Sie sonst die zusätzlichen Verkehre zu den Olympischen Spielen bewältigen?

(Beifall CDU und SSW - Zurufe SPD)

- Wir haben doch gerade gesagt, dass wir die Gemeinsamkeit beschwören. Dann muss man doch nicht von allen Seiten herumgackern, nur weil ich die Themen anspreche, die für uns von Vorteil sind. Ich weiß gar nicht, wo es da einen Nachteil gibt. Der Breitensport profitiert davon, wir alle profitieren davon. Das Image des Landes wird noch besser, egal wer der Ministerpräsident ist. Wir können doch alle nur davon profitieren. Das alles hätte Barbara Ostmeier Ihnen an dieser Stelle ins Stammbuch geschrieben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD - Zuruf SPD: Woran Frau Ostmeier alles denkt!- Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nicht der verkehrs-, sondern der sportpolitische Sprecher das Wort, der Kollege Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Frage: Olympische Spiele können eine begeisternde Sache sein. Ich kann mich noch sehr gut an die wunderbare, gelassenfreundliche Stimmung in Deutschland 1972 erinnern, bis der Terroranschlag auf die israelische Mannschaft in München den besonderen Zauber dieser Spiele jäh unterbrach. In einer Welt voller gewalttätiger Konflikte und brutaler Gräuel steht

(Burkhard Peters)

die **olympische Friedensidee** permanent auf der Kippe.

Meine Damen und Herren, Kollege Weber und vor allen Dingen Kollege Arp haben die großen Chancen und Vorteile der Hamburger und Kieler Bewerbung gerade sehr beredt und überzeugend dargestellt. Vielen Dank dafür.

Dagegen habe ich grundsätzlich nichts einzuwenden. Ich möchte aber auch einige kritische Betrachtungen und Anmerkungen beisteuern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verstehen Sie das nicht als Infragestellen der Bewerbung im Grundsatz. Wir sind keine Spielverderber.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Sonst hätten wir als grüne Fraktion ja auch den vorliegenden Antrag nicht unterschrieben.

Es gilt, was unser grüner Kreisverband in Kiel in einem Mitgliederbeschluss jetzt gerade im Oktober erklärt hat. Ich zitiere:

„Die geplante Bewerbung der Stadt Kiel um die Ausrichtung der Segelwettbewerbe bei einer 2024 stattfindenden Sommerolympiade sehen wir als große Chance für die Entwicklung der Stadt.“

- So ist das.

Aber Risiken und Nebenwirkungen müssen ebenfalls benannt werden. Da steht an erster Stelle der sogenannte **Host-City-Vertrag**. Er regelt die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee und der jeweiligen Ausrichterstadt. Diese Verträge wurden in der Vergangenheit regelmäßig als Knebelverträge kritisiert. Namhafte Verwaltungsrechtler kritisieren sie als in Teilen sittenwidrig. Seit Mitte September liegt das Vertragswerk für die Spiele 2024 vor. Es würde auch für Kiel gelten. Danach übernimmt die Gastgeberstadt die alleinige Haftung und Gewährleistung aus dem Vertrag. Das IOC taucht dabei nicht auf. Diese einseitige Komplettübertragung von schwer überschaubaren Risiken auf die öffentliche Hand ist und bleibt fragwürdig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Hoch problematisch ist auch, dass sich das IOC in dem Vertrag sogar **Eingriffe in Grundrechte** anmaßt. Nach § 14 des Vertrages - ich zitiere erneut - darf ohne schriftliche Erlaubnis des IOC während der Spiele und eine Woche davor und danach keine öffentliche oder private Versammlung oder Konferenz stattfinden, die die Spiele beeinträchtigen könnten. - Das kann durchaus als ein Eingriff in Artikel 8 Grundgesetz interpretiert werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kein grüner Parteitag!)

Auch das Problem der **Steuerfreiheit** ist anzusprechen. Wie die FIFA verlangt auch das IOC bei den Wettkämpfen Steuerfreiheit. Das IOC und das lokale Organisationskomitee sollen für ihre gegenseitigen Zahlungen keine Steuern zahlen. Auch Überweisungen an ausländische Athletinnen und Athleten, an IOC-Funktionäre, Mitarbeiter und Medienvertreter sollen nicht in Deutschland versteuert werden. Das soll für mindestens vier Jahre vor dem Beginn der Spiele gelten und danach noch für maximal ein Jahr. Es geht um Millionenbeträge, die nicht der Steuerpflicht unterliegen.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Milliarden!)

Die FIFA wurde eben schon bei der Steuerfreiheit genannt. Ihr kriminelles Innenleben ist uns in den letzten Wochen drastisch vor Augen geführt worden. Das Problem ist, dass das IOC von seiner Struktur her nicht wesentlich anders organisiert ist. Letztlich handelt es sich bei beiden um Vereinigungen von nicht demokratisch legitimierten, nur durch interne Mechanismen offenbar unzulänglich kontrollierten Honoratioren. Sie bewegen Milliardenbeträge und besitzen im Rahmen der Zuschlagsentscheidung, der medialen Verwertungsrechte und der Gestaltung der Verträge mit den ausrichtenden Städten und Staaten eine Überfülle an **Macht**. Korruption und Machtmissbrauch ist in dieser Grundstruktur tendenziell angelegt.

(Johannes Callsen [CDU]: Das wird ja langsam unglaublich!)

Der laufende FIFA-Skandal um Sepp Blatter und Michel Platini lehrt uns, dass es mit der Grundorganisation dieser Vereine so nicht weitergehen kann. Auch das IOC ist nach wie vor strukturell anfällig für **Korruption** und Machtmissbrauch.

(Lachen Hartmut Hamerich [CDU])

Die Korruptionsvorfälle im Zusammenhang mit der Vergabe der Winterspiele in Salt Lake City 2002 haben das überdeutlich gemacht.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Ob die Agenda 2020, für die der jetzige IOC-Präsident Thomas Bach steht, eine grundsätzliche Wende zum Besseren darstellt, wird genau zu beobachten sein.

(Burkhard Peters)

Kurz und gut: Auch wenn zurzeit Feuer und Flamme für Olympia und die Paralympics angesagt ist - wir dürfen nicht unseren Verstand ausschalten, sondern müssen die weitere Entwicklung und Bewerbung wachsam und kritisch verfolgen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir werden deshalb laufend zu beobachten haben, dass die **Prinzipien der Transparenz**, der **Bürgerbeteiligung**, der **Nachhaltigkeit** und der **finanziellen Tragfähigkeit** gewahrt werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele und die Paralympics 2024 sind eine Riesenchance auch für das Land Schleswig-Holstein

(Vereinzelter Beifall)

und das nicht nur deshalb, weil dann Kiel der Austragungsort der Olympischen Segelwettbewerbe sein würde.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Man hätte was Besseres finden können!)

- Zu den Lübecker Ambitionen sage ich jetzt einmal nichts.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir wollen ja gemeinsam als Land Schleswig-Holstein antreten, und es ist vorhin schon gesagt worden, dass möglicherweise auch noch andere Standorte für bestimmte Wettbewerbe im Spiel sind, andere als die Segelwettbewerbe natürlich. Die Lübecker in der SPD-Fraktion wurmt es natürlich, dass Kiel den Zuschlag bekommen hat, aber ich sage euch einmal: Das war zu erwarten. Wo findet das weltgrößte Segelereignis denn statt? - Das ist die Kieler Woche. Das weiß doch jeder.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Bernd Heinemann [SPD])

Da ist schon die Entscheidung für Kiel ganz richtig gewesen. Ich glaube, das ist für das ganze Land toll, denn durch die **Austragung der Olympischen Spiele und der Paralympics** würde die ganze norddeutsche Region eine weltweite Aufmerksamkeit erlangen, wie das noch nie der Fall gewesen ist. Es wäre für den Sport ein tolles Ereignis, diese Wettbewerbe ausrichten zu können. Wir können davon ausgehen, dass hier eine Infrastruktur geschaffen würde und auch Investitionen für Infrastrukturbereiche zur Verfügung stehen, die wir sonst nicht hätten. Wenn selbst der Bund der Steuerzahler - man höre und staune - das Konzept begrüßt und sagt, dass sei gut und nachhaltig, auch mit der Folgenutzung,

(Beifall FDP und Bernd Heinemann [SPD])

dann kann man sich doch mehr gar nicht wünschen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte gern all jenen, die jetzt immer noch Zweifel haben, kurz berichten, dass wir im vorigen Monat in der Runde der sportpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktionen im Hamburger Rathaus ein Gespräch geführt haben

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle drei waren da?)

- nein, nein - mit Vertretern des Sportes über die Olympischen Spiele 2024 und die Bewerbung dafür. Uns ist dort durch einen **Vertreter des Behindertensports** noch einmal vor Augen geführt worden, was 2024 auch gerade für diesen Bereich bedeuten würde, denn er hat uns gesagt - es war Anthony Kahlfeldt vom Vorstand Leistungssport im Deutschen Behindertensportverband -, dass dies auch durch die behindertengerechte Ausstattung und den entsprechenden Um- und Ausbau der Sportstätten dazu führen würde, dass eine barrierefreie Infrastruktur für den Behindertensport in diesem Bereich wahrscheinlich etwa 20 Jahre früher bereitgestellt würde als das sonst der Fall wäre.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist ja in der Tat so, dass mit den Paralympics in Peking ein enormer **Durchbruch für den Behindertensport** erreicht worden ist, vor allem auch im Hinblick auf dessen weltweite öffentliche Wahrnehmung. Vorher - auch das hat uns Herr Kahlfeldt sehr deutlich gesagt - seien Menschen mit sichtbaren Behinderungen bei den Olympischen Spielen noch quasi versteckt worden.

Mein Fazit lautet daher: Wer Inklusion will - dazu gehört auch die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur bei den Sportstätten -, der kommt um ein Ja zu unserem interfraktionellen Antrag nicht herum.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe wirklich sehr, dass wir damit die Bewerbung Hamburgs und auch der Stadt Kiel für 2024 unterstützen können und dass es uns gelingt, den Zuschlag zu bekommen. - Danke.

(Beifall FDP, SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen alle, dass die Piratenfraktion und meine Partei so mit Olympia nichts anfangen können.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie alle recht hätten bei dem, was Sie dargestellt haben, wären wir auch dabei. Wir sind keine sportfeindlichen Spaßbremsen, beileibe nicht. Aber wir sehen die Verantwortlichkeiten etwas anders als Sie. Das möchte ich ein wenig ausführen.

Der erste Punkt ist, dass **Bürgerbeteiligung** für uns ein ganz zentraler Aspekt ist. Sie findet - anders als Sie, Herr Weber, es dargestellt haben - nicht so statt, wie wir uns das wünschen würden. Es gibt seit gestern ein Gutachten oder eine Stellungnahme von führenden Hamburger Wissenschaftlern. In der heißt es - ich zitiere wörtlich -:

„Die derzeit durchgeführten Beteiligungsverfahren ebenso wie das geplante Referendum haben manipulative Züge. Aussagen pro Olympia stehen immer im Vordergrund ohne argumentative Abwägung. Die Fragestellung des Referendums ist tendenziös formuliert (‚Ich bin dafür, dass…‘) und setzt auf psychologische Antworteffekte, um möglichst viel Zustimmung zu erzeugen. Eine ergebnisoffene Befragung muss zumindest die beiden Optionen gleichwertig benennen.“

Das tut es nicht. Das zum Thema Bürgerbeteiligung.

(Beifall PIRATEN - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen zu dem Punkt, dass das Geld bei uns wahrlich an anderen Stellen gebraucht wird.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wer das Damoklesschwert der **HSH Nordbank** über sich schweben hat, wer die gewaltigen **Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen** bei uns sieht, wer das **UKSH-Problem** sieht, muss sich finanziellen Stuben- oder Hausarrest verordnen und darf nicht die Welt zu sich nach Hause einladen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vor vierzehn Tagen hat der Hamburger Bürgermeister Scholz sein Finanzkonzept so beschrieben:

„Das sind die am besten durchgerechneten Olympischen Spiele ever.“

Er hat folgende Zahlen genannt: 11,2 Milliarden € soll der Spaß kosten, Hamburg ist mit 1,2 Milliarden € dabei, der Bund mit 6,2 Milliarden €, der Rest wird aus Einnahmebeteiligungen über das IOC gezogen, über das der Kollege Peters dankenswerterweise so wahre Worte gesprochen hat. Schon einen Tag später berichtete das gewöhnlich gut unterrichtete „Handelsblatt“ unter der Überschrift „Berlin will für Hamburgs Olympia-Traum nicht zahlen“:

„Die Bundesregierung will offenbar die von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geforderte hohe Beteiligung an den Kosten nicht mitmachen. … Berlin habe der Hansestadt klar signalisiert, dass der Bund nicht mit sechs Milliarden Euro dabei sein werde, erfuhr das Handelsblatt aus Regierungskreisen. Damit ist acht Wochen vor der Volksabstimmung in Hamburg völlig unklar, wie das Projekt seriös finanziert werden soll. ... Die Bundesregierung steht jedoch offenbar auf dem Standpunkt, dass Hamburg ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept bis 2040 erarbeitet hat - also weit mehr Kosten in die Planungen eingesetzt hat, als eigentlich für Olympia nötig wären. … Damit ist das Hamburger Konzept teurer als das der Mitbewerber wie Los Angeles … und Paris.“

Ich darf ergänzen, dass man festgestellt hat, dass die Olympischen Spiele von 1960 bis 2012 im Durchschnitt jedes Mal über 100 % teurer geworden sind, als sie vorher geplant waren.

(Unruhe)

Die Bundesregierung will das Geld deswegen nicht zuschießen, weil Herr Scholz ein **Stadtentwicklungskonzept** betreiben will. Es gibt das Zitat von ihm: Wir machen das mit der Stadtentwicklung; wir machen das aber mit Olympia, dann geht es schneller. Das ist die Wahrheit.

(Wolfgang Dudda)

(Demonstrativer Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Es geht gar nicht um Olympia, es ist das listigste Stadtentwicklungskonzept für nahezu lau unter dem Symbol der Olympischen Ringe. Und wir sollen das unterstützen.

(Unruhe)

Wir Schleswig-Holsteiner sollen das unterstützen, und es steht genauso drin, dass wir bei Erfolg der Bewerbung die Umsetzung der **erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen** unterstützen sollen. Das können wir tun. Ich wüsste auch schon, wo wir das tun können. Im Herzogtum Lauenburg brauchen wir nur ein paar Straßen abzusperren. Da kann man schon heute ohne Wenn und Aber die Querfeldein-Radrennwettbewerbe stattfinden lassen, weil die Straßen in einem so schlechten Zustand sind.

(Beifall PIRATEN)

Was den Zustand der Sportanlagen angeht, erinnere ich an die Antwort auf die Große Anfrage der CDU. Der ist so verheerend, dass aus unseren Kreisen garantiert kein Olympionike dabei sein kann.

Noch einmal: Wir haben Schulen, in denen Eltern Hand anlegen, damit der Putz nicht von den Wänden fällt. Und hier wird auf den Putz gehauen, um Olympia hierherzuholen.

Herr Peters, auch ich habe die schönen Tage des Sommers 1972 in Erinnerung, bis zu dem Tag des Anschlags. Aber die Zeiten haben sich geändert. Auch touristisch ist als Mehrwert nicht mehr das zu erwarten, was früher da war. Ich kann nur auf das **Gutachten aus Hamburg** verweisen, das übrigens auch noch darauf hinweist, dass ausgerechnet das Planungskonsortium, das für Baku, Abu Dhabi und Katar verantwortlich zeichnet, von Hamburg beauftragt worden ist, das Projekt umzusetzen. - Viel Spaß dabei!

(Beifall PIRATEN - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Olympischen Spiele 2024 scheinen noch weit weg zu sein, aber die Vorbereitungen auf dieses riesige Sportereignis laufen schon jetzt. Wir als SSW wollen, dass diese Vorbereitungen weiterlaufen. Deshalb ist es wichtig, ein klares Signal für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg und Kiel zu setzen. Erstmals in der Geschichte der Olympischen Spiele wird es dann bei uns **nachhaltige Olympische Spiele** geben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt - der Kollege Dudda hat das richtig gesagt -, für alle Stätten der Olympischen Spiele gibt es schon jetzt einen Bedarf, und dieser Bedarf wird nun mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele umgesetzt. Somit sind die Olympischen Spiele zum ersten Mal ein Mittel zum Zweck und nicht umgekehrt.

Wir wissen, dass viele **Infrastrukturmaßnahmen und Baumaßnahmen** ohnehin kommen werden. Es würde nur länger dauern, bis die notwendige Infrastruktur geschaffen wäre. Die Olympiade ist somit ein Konjunkturbeschleunigungsprogramm. Dabei geht es nicht nur um Schienenwege und Straßenausbauten, sondern es geht in Bezug auf Kiel vor allem um die **Neugestaltung der Segelsportinfrastruktur** in Schilksee. Wenn wir weiter ein internationaler Segelstandort bleiben wollen - wir als SSW wollen das -, dann müssen wir hier auch investieren. Deshalb macht es Sinn, diese Investitionen mit dem Großereignis Olympische Spiele zu verbinden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund ist das Land auch bereit, hier finanziell Unterstützung zu leisten. Wir sehen die enormen sportlichen Chancen, und wir sehen auch die Chancen, die die Olympischen Spiele im **Tourismus** bieten. Auch dabei geht es nicht nur um die zwei Wochen, in denen die Spiele stattfinden. Es geht um die Schaffung von Infrastruktur für den Sport und Tourismus, und es geht um die enorme Imagewerbung, die die Olympischen Spiele haben werden.

Auch ich, zwar etwas kleiner mit meinen acht Jährchen, kann mich noch sehr gut an die Olympischen Spiele in Kiel erinnern. 1972 hatten die Olympischen Spiele in München und Kiel eine ähnliche Auswirkung. Das damals kleine und eher schläfrige Schleswig-Holstein wurde zu einem modernen Land mit einer maritimen Sportinfrastruktur. Von dem **Imagegewinn 1972** profitierte das Land als Ganzes über Jahrzehnte. Kein Ereignis hat die Sicht auf Schleswig-Holstein so nachhaltig beeinflusst wie die Olympiade 1972 in Kiel.

(Lars Harms)

Genau hier wollen wir jetzt wieder ansetzen. Deshalb sehen wir die Investitionen in die Olympiabewerbung als Investitionen in die Zukunft des ganzen Landes. Auch dies ist ein Grund, dass wir schon letztes Jahr begonnen haben, in die Sportstätteninfrastruktur zu investieren. Jährlich 2 Millionen € wollen wir hier einsetzen. Wir beginnen, wie es sich für einen Olympiastandort am Wasser gehört, mit den **Schwimmbädern** im Land. Das ist zugegebenermaßen ein eher kleiner Teil, der ja auch nur mittelbar durch die Olympischen Spiele ausgelöst wird. Viel gravierender sind die Investitionen in die eigentliche Infrastruktur.

146 Millionen € werden durch die Olympischen Spiele in Kiel investiert werden. Man hat dabei genügend Risikopuffer einberechnet, und somit ist man bei dieser Summe eigentlich auf der sicheren Seite. Diese Summe wird von Bund, Land und Kommune getragen und natürlich auch von den Olympia-Organisatoren, die allein rund 33 Millionen € hiervon tragen werden. Die Last wird also auf viele Schultern verteilt, die Vorzüge dieser Investitionen bleiben ausschließlich in Kiel und in Schleswig-Holstein. Günstiger kann man an Infrastrukturverbesserungen nicht kommen.

(Beifall SSW)

Darüber hinaus werden aber auch rund 100 Millionen € in private Investitionen fließen, die der Wirtschaft im Lande dauerhaft zugutekommen und die dauerhaft Arbeitsplätze in unserem Land schaffen.

Neben den öffentlichen und privaten Investitionen in die Olympia-Infrastruktur insbesondere in der Stadt Kiel werden wir aber wahrscheinlich auch noch bessere Chancen auf die schnelle **Realisierung von Verkehrsprojekten** haben. Der Kollege Arp hat das gerade angesprochen. Es spricht einiges dafür, dass die B 404 schneller zur A 21 ausgebaut wird.

(Beifall SSW, CDU, SPD und FDP)

Es kann durchaus sein, dass auch die **Verbindungen im öffentlichen Personennahverkehr** in und um Kiel verbessert werden. All das würde es ohne Olympia so nicht geben können. Deshalb ist die Olympiade ein Motor für die infrastrukturelle Entwicklung der Region.

(Vereinzelter Beifall - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten König?

Lars Harms [SSW]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr König, Sie haben das Wort für eine Bemerkung.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank. - Herr Kollege Harms, würden Sie mir bitte erklären, wenn wir die B 404 schneller zur A 21 ausbauen sollen, wie Olympia dabei hilft, dass zum Beispiel die Moorlinsen, die den Ausbau der A 21 im Moment blockieren, verschwinden sollen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die werden weggefochten! - Heiterkeit)

Lars Harms [SSW]:

Die werden mit Sicherheit nicht verschwinden, lieber Kollege. Es geht darum, Planungen prioritär umzusetzen. Wenn ein solches **Großereignis** hier stattfinden wird und dafür entsprechende Verkehrsanbindungen notwendig werden - übrigens nicht nur Straßen, sondern durchaus auch Schienenanbindungen oder Busverbindungen -, wird man hier möglicherweise schneller planen, hier schneller umsetzen, natürlich auf Kosten von Projekten, die außerhalb unseres Bundeslandes liegen. Das ist dann eben so. Das ist ja der große Vorteil der Olympischen Spiele, den ich hier dargestellt habe.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

Lars Harms [SSW]:

Ich genieße es, Frau Kollegin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das werte ich als Zustimmung.

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Deswegen erteile ich Herrn König noch einmal das Wort.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank. - Ich dachte mir, ich frage einmal im Voraus: Hilft Olympia denn auch dabei, dass es schneller geht, wenn man zum Beispiel Fledermäuse über mehrere Jahre erfassen muss, um Autobahnen auszubauen? Wenn ja, wie funktioniert das? Hat das auch etwas mit Fechten zu tun?

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege König, auf jeden Fall bin ich sicher, dass ein Fledermausrennen nicht unbedingt eine olympische Disziplin ist.

(Heiterkeit SPD)

Ansonsten gilt aber das gerade eben Gesagte: Natürlich werden alle diese Dinge bei infrastrukturellen Planungen berücksichtigt, und natürlich können diese Dinge nur in einem bestimmten Zeitablauf bearbeitet werden. Wir reden jetzt aber über **Olympische Spiele im Jahre 2024**. Bis dahin wollen wir diese Teile der Infrastruktur realisiert haben. Ich bin davon überzeugt, lieber Kollege König - das müssen Sie sich leider noch anhören -, dass uns das gelingen wird. Uns geht es darum, dass möglicherweise bestimmte Projekte prioritär geplant werden können, für die es dann auch prioritär **Finanzierungszusagen des Bundes** geben wird. Das ist der große Effekt, den wir dann haben werden, natürlich auf Kosten anderer Regionen in Deutschland. Als Vertreter des SSW habe ich allerdings wenig Schwierigkeiten damit, auch einmal etwas nach Schleswig-Holstein zu holen. Ich denke, die Olympischen Spiele werden auch auslösen, dass wir hier riesige **Investitionen und eine gute Infrastruktur für Kiel** bekommen. Das allein ist schon ein Selbstzweck.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Heiner Garg?

Lars Harms [SSW]:

Mit Freuden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Garg!

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Harms, vielen Dank. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass Teller-, Tafel- oder sonstige Linsen genauso wenig wie die Fledermauspopulation ein Hinderungsgrund für die Durchführung traumhafter Sommerspiele 2024 in Kiel und Hamburg sein dürften, wenn man dies tatsächlich wollte, und man deshalb Fledermäuse auch vonseiten der PIRATEN nicht vorschieben sollte?

Lars Harms [SSW]:

Herr Kollege Garg, da sind wir völlig einig. Ich bin froh, dass wir beide uns schon riesig darauf freuen, 2024 die Olympischen Spiele hier in Kiel zu erleben.

(Beifall SSW und SPD - Birgit Herdejürgen [SPD]: Kauft schon mal Karten! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Andreas Tietze?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Tietze!

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, ich habe gehört, dass es gar nicht möglich sein soll, mit dem Pkw zu den Veranstaltungsstätten zu fahren, weil auf der Elbinsel gebaut wird. Sind Sie wie ich der Meinung, dass es dann natürlich auch einen riesigen Schub für den öffentlichen Nahverkehr geben wird, nämlich gerade für Zug und Bahn mehr für Schleswig-Holstein herausspringen wird?

Lars Harms [SSW]:

Herr Kollege Tietze, selbstverständlich wird das so sein. Ich habe vorhin schon angesprochen, dass Bus- und Schienenverbindungen besser werden können und alles davon profitieren kann, dass wir die Olympischen Spiele hierher bringen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Natürlich wird es auch **Straßenverbindungen** geben müssen. Davon bin ich fest überzeugt. Ich fände es insbesondere toll, wenn dann die Verbindung zwischen Hamburg und Kiel noch besser würde. Dort ist man jetzt bereits am Buddeln und Bauen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

(Lars Harms)

Ich denke grundsätzlich, dass Infrastruktur davon profitieren kann. Uns alle - mit Ausnahme der PIRATEN - eint, dass wir diese Infrastruktur und die Verbesserungen gern haben wollen, damit sich unser Land richtig gut entwickeln kann.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Bei den Grünen bin ich nicht so sicher!)

Dazu können die Olympischen Spiele sehr gut beitragen.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, bei allem Herz für Wirtschaft und Infrastruktur ist aber der eigentliche Grund für die Olympischen Spiele nicht zu unterschätzen. Hierbei sollen sich Sportler aus aller Welt zum **friedlichen sportlichen Wettkampf** treffen. Das allein ist schon Grund genug, sich für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele zu bewerben. Die Spiele sind ein sichtbares Zeichen dafür, dass der Sport Menschen aus aller Welt verbindet. Sie sind immer noch ein Zeichen für den Friedenswillen in der Welt. Auch deshalb wünschen wir als SSW uns die Olympischen Spiele nach Kiel und nach Hamburg. Deshalb sagen wir Ja zu den Olympischen Spielen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da das noch nicht gesagt wurde, hat es, denke ich, Sinn, noch einmal etwas zur **Nachhaltigkeit von Olympischen Spielen** zu sagen. Das sage ich besonders in Richtung der PIRATEN.

In den 70er-Jahren, als die Olympischen Spiele nach Kiel kamen, bekamen wir auch zwei neue Schwimmhallen - eine in Schilksee, die andere bei der Universität -, ein Uni-Sportforum. Sporthallen. **Synergieeffekte** sind entstanden. Es hat private Investitionen gegeben. Die Schulsportplätze wurden überall in Kiel aufgemotzt, teilweise auch durch Privatinitiativen. Es gab eine Breitensportoffensive, olympische Jugendarbeit und ein deutlich verbessertes Sportimage, das sich in der Schule auf den Unterricht ausgewirkt hat. Sportinteressen haben sich auch wirtschaftlich dargestellt.

Es gibt wirtschaftliche Auswirkungen und Investitionen in Infrastruktur, in Verkehr, bei der A 20. Sie können sagen, was Sie wollen, aber nur durch Olympia wird vieles überhaupt erst möglich. Deswegen rechnet sich Olympia mehr als gut. Das kann ich sagen. - Danke schön.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich nun dem Innenminister Stefan Studt das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Eigentlich brauchten wir jedes Jahr Olympia!)

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit die Idee, Olympische und Paralympische Spiele nach mehr als 50 Jahren wieder im eigenen Land auszurichten, zu einer Erfolgsgeschichte für Deutschland und den Norden wird, müssen diese Spiele sorgfältig geplant und solide finanziert werden. Der Hamburger Senat und der Kieler Rat haben zugesagt, rechtzeitig vor dem Referendum und der Bürgerbefragung einen **Finanzreport** zu veröffentlichen, der eine Übersicht über die zu erwartenden Kosten, die potenziellen Erlöse und die verbleibenden Kosten für die öffentliche Hand gibt. Mit dem am 7. und 8. Oktober 2015 veröffentlichten Finanzreport aus Kiel und Hamburg ist dieses Versprechen eingehalten worden.

Zu den verschiedenen Segel- und Golfstandorten sowie sonstigen Möglichkeiten haben Sie schon ausgeführt, Herr Arp. Dafür werden wir im Weiteren bei den Hamburgern sicherlich noch entsprechend werben müssen, damit auch unsere **Handballspielstätten** genutzt werden und möglicherweise auch andere Ereignisse nach Schleswig-Holstein kommen können. Aber das Signal für **Gut Kaden in Alveslohe** war schon einmal ein richtiger und wichtiger Schritt. An anderen Dingen arbeiten wir, denke ich, gemeinsam weiter.

Die von renommierten und international erfahrenen Planerteams erarbeiteten Konzepte haben national und international viel Anerkennung gefunden. Mit der Idee kompakter und nachhaltiger Spiele in Deutschland haben Hamburg und Kiel sehr gute Chancen, den Wettbewerb um die Spiele 2024 oder spätestens 2028 für sich zu entscheiden. Deutschland wird in drei wesentlichen Punkten überzeugen

(Minister Stefan Studt)

müssen, um sich gegen die Konkurrenten Los Angeles, Budapest, Paris und Rom durchzusetzen.

Das Erste wird das Signal am 29. November 2015 sein. Bürgerinnen und Bürger müssen diese Spiele mit ihren Voten mit voller Kraft unterstützen. Wir haben aus München 2022 gelernt. In etlichen Workshops und Bürgerversammlungen konnten die Menschen in Kiel und Hamburg die Planungen verfolgen, Verbesserungsvorschläge einbringen und natürlich auch eigene Ideen entwickeln.

Für Kiel-Schilksee konnten dadurch die Planungen nachgebessert werden, die vor allem in der Nachnutzung zu einer spürbaren **Verbesserung der Lebensqualität** führen können, im Sinne eines attraktiven Wohn-, Tourismus- und Segelstandortes von nationaler Ausstrahlungskraft.

Für die IOC-Mitglieder muss deutlich erkennbar sein, dass die Spiele im Sinne der von IOC-Präsident Thomas Bach angeschobenen Reformen tatsächlich nachhaltig und machbar sind. Für Hamburg und Schilksee bedeutet dies, dass ganz **neue Stadtteile** entwickelt werden, in denen später moderne Wohnanlagen entstehen werden. Die Planungen reichen also weit über die nächsten Jahrzehnte hinaus und sind darauf angelegt, dass auch zum Ende dieses Jahrhunderts die Menschen noch gern dort leben und arbeiten und auch Sport in Schilksee erleben wollen.

Die Durchführung der Spiele, so wichtig sie sind, stellt bei dieser Betrachtung nur eine Etappe dar. Der Blick ist darauf ausgerichtet, die Investitionen für einen langen Zeitraum nachhaltig einzusetzen. Wir haben vom Herrn Abgeordneten Heinemann gehört, wie so etwas wirken kann, wie es in der Vergangenheit gewirkt hat und wie es auch in der Zukunft wirken wird.

Es wird darauf ankommen, in den kommenden beiden Jahren zu beweisen, dass Hamburg und Kiel bereit und in der Lage sind, sich weltweit einen guten Ruf zur **Ausrichtung internationaler Sportgroßveranstaltung** zu verschaffen. Wir haben heute Morgen lesen können, dass die Box-WM 2017 nach Hamburg kommt. Mit den 2 Millionen €, die das Land 2016/2017 zur Verfügung stellen will, um herausragende Segelwettbewerbe nach Kiel-Schilksee zu holen, gilt es, auch außerhalb der Kieler Woche unseren guten Ruf als internationaler Segelstandort zu beweisen und zu festigen. Das ist, denke ich, der richtige Ansatz.

Die vielen Gespräche, die wir alle gemeinsam geführt haben, Herr Dr. Kämpfer, Landessportpräsident Tiessen, ich und andere am Rande der letzten Kieler Woche, haben ergeben, dass das, was diese Kieler Woche gezeigt hat, schon gut angekommen ist. Daran werden wir in den nächsten Jahren gemeinsam weiterarbeiten.

Auf der Hamburger Rechnung, meine Damen und Herren, stehen Gesamtkosten von 7,4 Milliarden €. Kiel rechnet mit insgesamt 146 Millionen €. Wir alle wissen, dass das ein gewaltiger Betrag ist und dass auch an dieser Stelle noch viel zu beraten und zu entscheiden ist. Denn das, was Sie jetzt in Ihrem Antrag dargestellt haben, dass die Kostenaufteilung zwischen Hamburg und dem Bund auch der Maßstab für Schleswig-Holstein und Kiel sein soll, zeigt, dass noch erhebliche Beratungen notwendig sind und Entscheidungen getroffen werden müssen.

Ich glaube, wir können den Hamburgern nur die Daumen drücken, dass ein wirklich kraftvolles Ergebnis erzielt, der Bund seiner Verantwortung gerecht und dieses Aufteilungsverhältnis auch auf unsere Zahlen übertragen wird.

Die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister haben im Zusammenhang mit der Bewerbung von einer **nationalen Aufgabe** gesprochen. Der Bund ist erstmals in einer Bewerbungsgesellschaft vertreten und hat in allen Sitzungen, in allen Fachkommissionen, im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung ein Mitspracherecht über die Planung und nimmt dieses natürlich auch aktiv wahr. Das Hamburger und Kieler Konzept wurde vom Bundesinnenminister ausdrücklich gelobt. Die Rolle Deutschlands in der Welt sei eine zentrale Chance für die Hamburger und Kieler Kandidatur. Die Landesregierung, dieser Landtag - davon gehe ich nach dem Debatten aus - und die Wirtschaft stehen zu ihren Zusagen und ihrer Unterstützung.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Olaf Schulze [SPD]: Wir holen alles nach, was wir nicht konnten!)

- Ich bitte um Nachsicht. Ich bin schon bei minus 23 Sekunden, ich stehe hier echt unter Druck.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie dürfen so lange reden, wie Sie wollen!)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich appelliere an den Bund, bei seinem Bekenntnis zur nationalen Aufgabe den Worten auch Taten folgen zu lassen. Dann bekommen wir das gemeinsam hin. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir schreiten nun also zur Tat. Ich schließe die Beratung und frage Sie, ob Sie über den Antrag in der Sache abstimmen oder ihn überweisen wollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Überweisen!)

- Es ist also beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3423 in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Piratenfraktion mit der Mehrheit der Stimmen aller anderen Fraktionen im Haus angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Freie Berufe in Schleswig-Holstein stärken

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/3350 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Monaten haben wir hier im Haus über die besonderen Qualitätsvoraussetzungen des Handwerks debattiert. Heute geht es um die **hohen Standards für die freien Berufe**. Hintergrund ist, dass die EU-Kommission die Bundesregierung aufgefordert hat, Markteintrittshindernisse und Hürden abzubauen, die der Erbringung freiberuflicher Dienstleistungen im Wege stehen. Das dabei von der Kommission eingeleitete Verfahren gegen Deutschland ist zwar im Moment im Hinblick auf die deutsche Gebührenverordnung für freie Berufe inhaltlich nicht ganz so schlimm geworden wie befürchtet; dennoch muss man sich die Frage stellen, ob mit der Einleitung dieses Vertragsverletzungsverfahrens durch die Kommission am Ende wirklich die **Wettbewerbsfähigkeit der freien Berufe** in Deutschland und in den anderen Mitgliedstaaten gefördert wird ober ob nicht eher im Ergebnis Verbraucherschutzstandards abgesenkt werden sollen.

Das ist der Hintergrund dieser Debatte. Deshalb möchte ich für die CDU-Fraktion hervorheben: Nur eine gute Qualität der Dienstleistungen kann den Binnenmarkt und kann die Innovationsstärke in Europa unterstützen. Dabei ist es immer so gewesen, dass der **Verbraucherschutz** - das wissen wir aus vielen Diskussionen - für den Bürger das entscheidende Kriterium für die Akzeptanz europäischer Regelungen gewesen ist und ist. Deshalb ist es auch so wichtig, dass in diesem Zusammenhang die anerkannt hohe **Qualität der deutschen Produkte und Dienstleistungen** erhalten bleibt.

Schaut man sich die freien Berufe an, stellt man fest, es sind in Schleswig-Holstein rund 43.500 selbständige Freiberufler, die insgesamt 84.000 Mitarbeiter beschäftigen und circa 4.400 Auszubildenden eine Perspektive für einen Berufseinstieg bieten. Die freien Berufe erwirtschaften 10 % des Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein und stellen deutschlandweit gesehen nach Industrie und Handel sowie Handwerk den drittgrößten Ausbildungsbereich.

Freiberufler also sind damit ein wichtiger **Baustein unserer Wirtschaft**. Sie stehen als Ärzte, Hebammen, Psychologen, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Ingenieure, Architekten, Journalisten, natürlich Wissenschaftler und viele andere Berufssparten für eine besondere **Kultur von Unternehmertum**. Sie stehen für gesellschaftliche Verantwortung und für Leistungsbereitschaft, und sie tragen mit ihren hohen **Standards zur Wirtschaftskraft** in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa bei. Gerade deshalb muss bei einer Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen das Gemeinwohl im Blick behalten werden.

Man kann auf der einen Seite nicht nur den Fachkräftemangel - im Übrigen nicht nur bei den freien Berufen - beklagen und die freien Berufe auf der anderen Seite durch **Überregulierung** und hohe Standards gefährden. Deshalb fordern wir als CDU erstens, dass die angestrebte Vereinheitlichung der Systeme in Europa nicht zulasten der hohen Ausbildungs- und Dienstleistungsstandards in Schleswig-Holstein und Deutschland bei den freien Berufen führen darf, dass zweitens die Beteiligung von Dritten am Geschäftsbetrieb eines Freiberuflers aus rein finanziellen Gründen nicht gleichzeitig dazu führen darf, dass berufsfremde Interessen Einfluss auf die Tätigkeiten von Freiberuflern haben. Solange dies nämlich durch den Gesetzgeber nicht sichergestellt werden kann, darf das **Fremdkapitalverbot** für die freien Berufe nicht infrage gestellt werden. Die Folge wäre, dass die Unabhängigkeit der freien Berufe

(Johannes Callsen)

nicht mehr gegeben wäre und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der freien Berufe schwer beschädigt würde. Vor diesem Hintergrund muss drittens das bestehende System der Gebühren- und Honorarordnung beziehungsweise das Vergütungssystem der freien Berufe in seiner grundsätzlichen Ausrichtung bestehen bleiben.

Das sind die Eckpunkte, die wir in unserem Antrag gemeinsam mit der FDP formuliert haben, über die wir gern im Ausschuss miteinander reden können. Wir wären allerdings auch bereit, heute in der Sache darüber abzustimmen. Ich freue mich auf eine anregende Diskussion. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die freien Berufe sind ein wichtiger **Faktor der wirtschaftlichen Struktur** in Schleswig-Holstein. Kompetenz, berufliches Engagement und hohe Qualitätsstandards zeichnen die freien Berufe aus. Die Qualität basiert auf guter Ausbildung und permanenter Weiterbildung. Für Wachstum und Beschäftigung sind sie in Schleswig-Holstein eine starke Säule. Im Rahmen des dualen Ausbildungssystems stellen sie nach Industrie, Handel und Handwerk den drittgrößten Ausbildungsbereich.

Derzeit läuft vonseiten der EU-Kommission eine Evaluierung der Ausbildungs- und sonstigen **Zugangsvoraussetzungen für freie Berufe** in den Mitgliedstaaten. Ziel ist es, die Verhältnismäßigkeit von Zugangsbeschränkungen zu überprüfen. Dies wird derzeit ausgewertet.

Es ist im Sinne der Transparenz grundsätzlich sinnvoll, innerhalb der EU Vergleiche und Vereinheitlichungen bei der Reglementierung von Berufszugängen anzustellen. Aber: Gute Arbeit in den freien Berufen lässt sich nicht durch Deregulierung und Liberalisierung erreichen, sondern nur durch konsequente qualitätssichernde Maßnahmen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vereinheitlichungen innerhalb der EU dürfen nicht zur Absenkung von Qualitätsstandards führen. Qualitätssicherung ist nicht nur Basis für gute Arbeit in den freien Berufen, sondern kommt vor allem den Kunden zugute.

(Beifall Olaf Schulze [SPD])

Außerdem profitiert die deutsche Wirtschaft vom hohen Ausbildungs- und Qualitätsstandard in den freien Berufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das **Fremdkapitalverbot** in den freien Berufen untersagt eine reine Kapitalbeteiligung Dritter an der Tätigkeit von Freiberuflern. Das bedeutet, dass sich nur andere Freiberufler zum Zweck der Ausübung ihres Berufes finanziell beteiligen dürfen. Berufsfremde und juristische Personen sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Das Fremdkapitalverbot sichert die Unabhängigkeit der Berufsausübung gegenüber sachfremden und rein wirtschaftlichen Interessen, und das ist auch gut so.

Es verhindert Interessenskonflikte zwischen Gewinnerwartungen von Kapitalgebern und den Interessen der Kunden. Somit stellt das Fremdkapitalverbot eine wichtige Form des Verbraucherschutzes dar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht ernsthaft wollen, dass zum Beispiel Steuerberatungs- oder Anwaltskanzleien für Finanzinvestoren geöffnet werden oder dass sich Pharmakonzerne an Arztpraxen beteiligen. Die bestehenden Honorarordnungen stellen Rechtssicherheit und Transparenz für den Dienstleister und für den Auftraggeber her. Sie verhindern einen Preis- und Verdrängungswettbewerb auf Kosten der Qualität und zulasten kleiner Büros.

Am 18. Juni hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und mehrere andere Mitgliedstaaten eingeleitet. Nach Auffassung der Kommission verstoßen die **Honorarordnungen** für Architekten, Ingenieure und Steuerberater gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Allerdings hat der Europäische Gerichtshof schon 2006 - zu Recht - entschieden, dass Gebührenordnungen für bestimmte Berufe und Dienstleistungen grundsätzlich erlaubt sind, wenn sie verhältnismäßig sind und dem Schutz des Verbrauchers dienen. Sie sichern die Unabhängigkeit der **Freiberufler** durch angemessene Vergütung, und sie sichern eine am Gemeinwohl orientierte Leistungserbringung.

Harmonisierungen zwischen den EU-Staaten müssen sinnvoll sein und dürfen die freien Berufe im Kern nicht gefährden.

(Beifall SPD)

Es muss in unserem Interesse sein, dass gut ausgebildete Fachkräfte und Hochschulabsolventen in

(Thomas Hölck)

Europa gleichberechtigt Zugang zu den freien Berufen erhalten. Dort, wo Hemmnisse bestehen, müssen diese so weit wie möglich abgebaut werden. Aber lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Leistungen der Freiberufler auch zukünftig mit hohen Qualitätsstandards fach- und sachgerecht erbracht werden können.

(Beifall SPD)

Diese Leistungen nutzen dem **Gemeinwohl** unserer Gesellschaft. Lassen Sie uns im Wirtschaftsausschuss noch einmal intensiv darüber beraten. Ich freue mich auf die Beratungen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich beginne mit einem Credo auf die **freien Berufe**. Sie sind eine Stärke unserer Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Sie leisten einen deutlichen Beitrag zu unserer Wirtschaftlichkeit. Von der EU-Kommission wird seit Jahren eine Liberalisierung eingefordert, und mittlerweile läuft ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der starren **Gebührenordnung**.

Gemeinsam mit dem Thema Handwerk haben wir uns auch in diesem Hause schon mit der Qualität der Arbeit der freien Berufe beschäftigt. Wie viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus wollen auch wir kein Downgrading, das heißt, ein Absenken von **Standards**. Ganz im Gegenteil: In vielen Berufen muss das hohe Niveau eher ausgebaut werden, denken wir zum Beispiel an die Architekten bei der energie- und klimaschonenden Bauweise. Wir lehnen ebenso ab, dass Kapitalgeber Einfluss auf die Arbeit der Freiberufler nehmen. Geradezu katastrophal, der Kollege hat es schon gesagt, wäre die Verquickung der wirtschaftlichen Interessen, wenn beispielsweise Baukonzerne bei Architekten einsteigen oder die Pharmaindustrie bei Apotheken.

Andererseits darf man an dieser Stelle hinterfragen, ob wirklich alle Regelungen noch zeitgemäß sind. Es darf nicht um Besitzstandswahrung gehen. Ich will ein Beispiel nennen. Übernimmt nicht moderne Datenverarbeitung inzwischen einen wesentlichen Teil der Arbeit?

Nehmen wir zum Beispiel den Beruf der Steuerberater. Sie haben das Recht, Umsatzsteuervoranmeldungen für ihre Mandantinnen und Mandanten zu erstellen und abzugeben. Dieses Recht haben selbstständige Bilanzbuchhalterinnen und Bilanzbuchhalter nicht. Sie dürfen zwar die Umsätze in ein Programm buchen, und dieses Programm errechnet dann automatisch die Umsatzsteuervoranmeldung, aber auf den Knopf zum Abschicken der Voranmeldung an das Finanzamt dürfen die Buchhalter nicht drücken. Wir finden, das ist eine völlig praxisferne Regelung und nichts weiter als eine Reglementierung zum Schutz einer Berufsgruppe vor **Wettbewerb**.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie bedeutet einen unnötigen Verwaltungsvorgang, das heißt unnötige Bürokratie. Weil diese Regelung durch die Digitalisierung schlicht lebensfremd und überholt ist, sehen wir zum Beispiel hier einen Verbesserungsbedarf. Hier müssen sich die freien Berufe vor einem stärkeren Wettbewerb nicht fürchten.

Nehmen wir den gerade in der heutigen Zeit immer wieder beschriebenen Fachkräftemangel. Wenn sich auch unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger schnell integrieren wollen, dann brauchen wir bei der Anerkennung der Berufsabschlüsse flexiblere Lösungen. Es geht darum, Hemmnisse schnell abzubauen.

Wie aber wollen wir gleichzeitig für mehr Europa und für mehr wirtschaftspolitische Kooperation auch über Europas Grenzen hinaus sein, wenn wir uns als Deutschland in diesem Bereich so hermetisch abschotten, wie es der Geist Ihres Antrags ist, Herr Kollege Callsen? Freie Berufe haben - wie der Name sagt - viel mit Freiheit zu tun. Man muss sich mit neuen Entwicklungen auseinandersetzen und nicht den Stillstand als Fortschritt preisen. Darauf geben Sie in Ihrem Antrag leider keine Antwort. Wir brauchen aber eine Antwort auf die Frage, wie wir die Dienstleistungsfreiheit in der EU als eine der vier Grundfreiheiten so ausgestalten, dass nationale Standards einerseits hoch bleiben und andererseits Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb Europas mobiler werden.

Fazit: Wir sehen Reformbedarf bei den Rahmengesetzgebungen für freie Berufe. Wir wollen effiziente, zeitgemäße Regulierungsrahmen. Diese hätten positive Auswirkungen auf den Wettbewerb, auf

(Dr. Andreas Tietze)

das Angebot und auf die Qualität der Dienstleistungen. Es geht im Kern um den Wettbewerb der besten Ideen, der gerade für die Kreativität und die Innovation wichtig ist.

Klar ist auch: Wir dürfen die Standards nicht aushöhlen, das habe ich bereits gesagt. Gute Arbeit muss auch gut entlohnt werden. All das muss jedoch branchenspezifisch gegeneinander abgewogen werden. Die Stichworte lauten auch hier die Möglichkeit der interprofessionellen Zusammenarbeit und die Harmonisierung von unterschiedlichen berufsspezifischen Regelungen. Das sind Themen, über die wir im Ausschuss beraten sollten. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Ich bin sicher, da geht noch was. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann in den Chor der Vorredner einstimmen: Die **freien Berufe** nehmen zunehmend eine Schlüsselrolle in unserer modernen Dienstleistungsgesellschaft ein. Die wirtschaftliche Bedeutung und der Stellenwert, den die freien Berufe in Schleswig-Holstein nicht nur generell, sondern ganz besonders im Ausbildungsbereich mittlerweile innehaben, werden in unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion entsprechend deutlich. Positiv aus meiner Sicht auch hervorzuheben sind das anhaltend hohe Wachstum in diesem vielfältigen Bereich, der relativ hohe Frauenanteil und der hohe Anteil an den Neugründungen, die wir in Schleswig-Holstein haben.

Ich möchte auf einige der im Antrag genannten Punkte näher eingehen: Wir sind in Deutschland und in Schleswig-Holstein zu Recht stolz auf den Erfolg des dualen Ausbildungssystems und die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit, die wir hier haben. Es gibt mittlerweile im Ausland sogar Unternehmen, die diese enge Verknüpfung von Praxis und Theorie sozusagen aus eigenem Antrieb heraus übernehmen, weil sie die **duale Ausbildung** als Garant für Qualität zu schätzen wissen. Wir müssen deshalb darauf achten, dass wir unsere **Standards** halten, und wir dürfen das hohe Ausbildungs- und Dienstleistungsniveau nicht ohne Not absenken.

Das **Fremdkapitalverbot** wurde angesprochen. Man kann es unterschiedlich bewerten. Aus meiner Sicht steht es in der Tat in erster Linie für Unabhängigkeit und Verbraucherschutz. Ein klares Signal in Richtung EU-Kommission wäre aus meiner Sicht daher absolut wünschenswert. Ich kann verstehen, dass die EU solche Verfahren einleitet und diese kritisch überprüft. Ich muss jedoch ehrlich sagen: Bei allem Verständnis für diese Verfahren fehlt es in der EU manchmal an Verständnis für gewachsene Strukturen und Alleinstellungsmerkmale der einzelnen Mitgliedstaaten. Wir sehen dies im Sparkassen- und Genossenschaftsbereich. Dort fehlt es in der EU an Verständnis für die gewachsenen Systeme, die jedoch funktionieren.

Die Stärkung der freien Berufe liegt im Interesse unseres Bundeslandes und damit im Interesse des Allgemeinwohls. Das haben wir fest im Blick. Der Kollege Callsen hat es angesprochen, schon im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit der CDU-Fraktion eine entsprechende Initiative zur Stärkung der freien Berufe auf den Weg gebracht. Die Mehrheit des Hauses hat diese auch beschlossen.

Zu den regierungstragenden Fraktionen muss ich sagen: Ich freue mich über Ihre grundsätzlich positive Rückmeldung zu unserem Antrag. Aufseiten der regierungstragenden Fraktionen ist es in letzter Zeit beim Thema freie Berufe sehr ruhig geworden. Ich kritisiere das gar nicht, Herr Kollege Tietze. Ich finde das eigentlich ganz gut, weil sich gerade die SPD-Landtagsfraktion zumindest bis zur Landtagswahl 2012 ähnlich wie Grüne und LINKE immer wieder dadurch hervorgetan hat, dass sie die Gewerbesteuer auf die freien Berufe ausweiten wollte. Das wurde bis zur Landtagswahl 2012 wiederholt von Frau Herdejürgen und von Herrn Stegner gefordert. Herr Hölck, ich habe das heute von Ihnen nicht wahrgenommen. Ich glaube, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Daher beklage ich nicht, dass es bei den regierungstragenden Fraktionen zum Thema freie Berufe ruhiger geworden ist.

Meine Damen und Herren, zur Stärkung der freien Berufe gehören noch viele andere Punkte, die wir in diesem Antrag nicht explizit aufgeführt haben, die jedoch angesprochen werden sollten. Da ist zum einen die Entlastung von **Bürokratie**. Das ist ein zunehmendes Problem, wenn man auf die Bundesebene und auf die Landesebene schaut. Auf der Bundesebene gibt es Dokumentationspflichten. Wir haben darüber in letzter Zeit häufig diskutiert. Auf Landesebene gibt es das Tariftreue- und Vergabegesetz. Darüber habe ich gerade von der Architekten- und Ingenieurkammer einiges gehört. - Sie

(Christopher Vogt)

können natürlich mit dem Kopf schütteln, Herr Kollege Dr. Tietze.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind doch olle Kamellen!)

- Nein, das sind nicht olle Kamellen, Herr Kollege, sondern es sind aktuelle Probleme, mit denen sich die Leute Tag für Tag herumschlagen müssen. Sie müssen sich damit ja nicht beschäftigen mit Ihrer kontraproduktiven Symbolpolitik.

(Beifall FDP und CDU)

Aber die Leute müssen jeden Tag mit diesem Unsinn fertig werden, ohne dass es irgendjemandem hilft. Ich glaube, dies sollte man immer und immer wieder ansprechen, damit auch Sie das vielleicht irgendwann einmal verinnerlicht haben.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reine Polemik!)

- Herr Kollege Dr. Tietze, das ist nicht Polemik. Sprechen Sie doch einmal mit der Architekten- und Ingenieurkammer, um zu erfahren, welchen unnötigen Aufwand diese oftmals Einzelkämpfer oder die Beschäftigten jeden Tag haben, die sich wirklich mit einer Unzahl von Unsinn herumschlagen müssen, ohne dass dies auch nur einem einzigen Menschen in unserem Land hilft.

(Beifall FDP)

Insofern sollten Sie sich auch damit einmal ein bisschen mehr beschäftigen.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: Das Thema Breitbandausbau ist besonders für die freien Berufe wichtig. Auch das Thema Nachwuchsprobleme ist ein Thema, über das man sprechen muss. In einigen freien Berufen fehlen Studienplätze, gerade im medizinischen Bereich in Schleswig-Holstein. In anderen Bereichen ist der zunehmende Drang zur Akademisierung ein Problem, weil es an Bewerbern für die Ausbildungsplätze und die Arbeitsplätze fehlt.

Herr Kollege Dr. Tietze, aus meiner Sicht bedarf es eigentlich keiner Ausschussberatung. Wir können diese aber gern machen. Auf jeden Fall sollten auch Sie sich einmal bekennen. Meinetwegen können wir jetzt auch gern in der Sache abstimmen. Vielleicht können wir aber in einer Ausschussberatung auch Ihnen das eine oder andere Problem der freien Berufe noch einmal deutlich machen, damit das dann auch Sie verinnerlichen können. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir an dieser Stelle über den Meisterzwang debattiert. Die EU-Kommission wollte in einer Transparenzinitiative überprüfen lassen, ob im deutschen **Handwerk** der Meisterzwang auch heute noch seine Berechtigung hat. Alleine die Intention wurde geradezu als Ketzerei an der Zunft und ihrer im Jahre 1953 eingeführten Handwerksordnung empfunden.

Diese versuchte Häresie veranlasste die anderen Fraktionen, sich ohne Wenn und Aber in einem Antrag schützend vor den Meisterzwang zu stellen: Veränderungen abwehren, Status quo bewahren. Diese Absicht gefiel dem Handwerksverband so gut, dass die beteiligten Abgeordneten mit dem Slogan und dem Schild „Ja zum Meister“ abgelichtet wurden.

Heute beraten wir eine ähnliche Fragestellung. Diesmal hat die EU-Kommission empfohlen, die Hemmnisse und Hürden von freiberuflichen **Dienstleistungen** in Deutschland zu überprüfen, und ein Vertragsverletzungsverfahren wegen zwingender Mindestgebühren eingeleitet.

Keine Frage: Die **freien Berufe** sind nicht irgendwelche x-beliebigen Wirtschaftsbranchen, sondern sie gehören durch ihre Organisation in berufsständischen Körperschaften zur sogenannten mittelbaren Staatsverwaltung. Damit einher geht eine Zwangsmitgliedschaft in Kammern. Festgelegte Kosten und Honorarordnungen und weitere Besonderheiten treten hinzu.

Ich bin der Meinung, wir sollten uns dieser Debatte stellen. Es tut nicht weh, wenn wir gefragt werden, ob die derzeitige Ausgestaltung der berufsständischen Regulierung in Deutschland noch zeitgemäß ist oder ob sie vielleicht modernisiert werden muss. Denn der EU-Kommission geht es ja eben nicht um eine komplette Abschaffung des bestehenden Systems oder um eine Absenkung von Standards, sondern es geht ihr um eine graduelle Verbesserung. Ist das wirklich so schlimm, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall Lars Harms [SSW])

Lassen Sie uns inhaltlich über die besten Gestaltungsmöglichkeiten debattieren und nicht voreilig

(Dr. Patrick Breyer)

in Konservativismus verfallen, der nur auf das krampfhafte Bewahren der etablierten Ordnung abzielt. Und genau diesen Eindruck - da bin ich mit dem Herrn Kollegen Dr. Tietze einer Meinung - erweckt Ihr Antrag gerade in dem ersten Punkt.

In dem zweiten Punkt sprechen Sie das **Fremdkapitalverbot** an. Das hat durchaus gute Gründe; denn es soll einen Interessenkonflikt zwischen der sachgemäßen Leistungserbringung und der Gewinnerwartung der Kapitalgeber vermeiden. Hier wird man sich kritisch ansehen müssen, welche Gegenargumente die EU-Kommission anbringt.

Was im dritten Punkt die **Gebührenordnung** angeht, ist es tatsächlich so, dass am 18. Juni die EU-Kommission wegen der deutschen Gebührenordnungen für Architekten, Ingenieure und Steuerberater ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat. Sie fordert die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Mindestgebühren für diese drei Berufsgruppen abzuschaffen. Denn es gebe keinen Beleg dafür, dass Mindestgebühren einen Beitrag dazu leisteten, einen hohen Qualitätsstandard sicherzustellen. Solche Mindestsätze gebe es auch in der großen Mehrzahl der EU-Staaten nicht, und sie behinderten eindeutig den **Wettbewerb** und machten die erbrachten Leistungen für den Verbraucher unnötig teuer. - So viel zum Thema Verbraucherschutz.

Übrigens können Architekten und Ingenieure aus anderen EU-Ländern ja schon heute in Deutschland zu anderen Sätzen anbieten.

Natürlich sind Gebührenordnungen zunächst einmal transparent. Aber hilft es dem Verbraucher, wenn eine Leistung überall gleich teuer ist?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein anderer als der Deutsche Städte- und Gemeindetag schreibt dazu, dass Deutschland mit seiner Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure in den 28 Mitgliedstaaten der EU nahezu allein dasteht und umgekehrt nicht gerade behauptet werden kann, dass etwa in den skandinavischen Ländern oder den Benelux-Staaten schlechter oder mit geringerer Qualität geplant oder gebaut wird.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das finde ich richtig, und das sollten wir im Hinterkopf behalten im Hinblick auf unsere dänischen Nachbarn, wenn wir hier so tun, als ob unsere Regulierungen die einzig wahren wären. Damit setzen wir nämlich zugleich andere EU-Staaten herab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutsche Regulierung der Berufsstände und die staatlich regulierte Honorarordnung von Freiberuflern sind ja nicht in Stein gemeißelt vom Himmel gefallen. Behutsame Veränderungen, die nicht zulasten des Verbraucherschutzes gehen, könnten durchaus im Nutzen und im Interesse von uns allen liegen. Sich von vornherein jeder Veränderung zu verschließen, wie dies der Antrag fordert und wie dies übrigens nicht einmal die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der EU-Kommission tut, das machen wir PIRATEN nicht mit. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Eckernförde und des Arbeiter-Samariter-Bundes in Lübeck. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, nationale Reglementierungen des Berufszugangs im Rahmen einer Bewertung zu evaluieren. Damit ist gemeint zu prüfen, ob einzelne Regulierungen nicht diskriminierend sowie erforderlich und angemessen sind. Das verfolgte Ziel der EU ist es, rechtliche und bürokratische Hindernisse abzubauen, um grenzüberschreitende **Dienstleistungen** zu ermöglichen und zu vereinfachen. Gegen diese Intention kann niemand etwas haben.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung macht sich der Fachkräftemangel bereits bemerkbar. Daher wird die Mobilität innerhalb des EU-Binnenmarktes in Zukunft von größter Bedeutung sein. Dies sind Potenziale, von denen Deutschland und Schleswig-Holstein auch ihre Vorteile haben werden.

Nach der Evaluierung soll jeder Mitgliedstaat einen Aktionsplan formulieren in Eigenverantwortung für den jeweiligen Inhalt. Mit einer entsprechenden Begründung kann ein Mitgliedstaat dann auch zu dem Ergebnis kommen, dass kein Anlass für die Absenkung von Regulierungen gesehen wird. So ist es aus der Feststellung im Antrag der Großen Koalition in Berlin zu entnehmen.

(Flemming Meyer)

Die **freien Berufe** in Schleswig-Holstein - so geht es aus der Begründung des vorliegenden Antrags hervor - sind eine wichtige wirtschaftliche Säule nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit.

Die in Deutschland und in Schleswig-Holstein geltenden Regularien und Voraussetzungen sind in weiten Teilen notwendig, um die anerkannte und hohe Qualität der freien Berufe zu erhalten. Dies wiederum ist die Voraussetzung für die qualitativ hohen **Standards**, die auch in der Bevölkerung anerkannt sind. Das hohe Qualitätsniveau und das berechtigte Vertrauen in Qualitätsstandards müssen aufrechterhalten und weiter verbessert werden. Eine Absenkung und Schwächung der Qualität darf es nicht geben. Auch dies möchte ich für den SSW klarstellen.

Wenn es um EU-weite Regelungen geht, ist die Gefahr immer groß, dass man sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann. Zugegeben, damit wären die hohe Qualität und die Standards gefährdet, und darum kann und darf es bei dieser Regulierung von Berufszugängen nicht gehen.

Das bestehende System der Gebühren- und Honorarordnung der freien Berufe trägt auch zur Qualitätssicherung bei. Es dient dem **Verbraucherschutz** dadurch in zweierlei Hinsicht; denn es ist auch transparent. Daher unterstützen wir das grundsätzlich. Gleichwohl kann man einmal genauer nachschauen, ob es Regulierungsbedarf gibt.

Es darf aber nicht um den Erhalt von Pfründen gehen oder um Regularien, um die freien Berufe im eigenen Land zu schützen. Anders gesagt: Es darf nicht um Missbrauch von Regelungen gehen, um andere im Land vom Arbeitsmarkt künstlich auszugrenzen. Die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Ansonsten würde uns dies auf die Füße fallen; denn so etwas würde auf EU-Ebene nicht akzeptiert.

Aus meiner Sicht wäre es durchaus wünschenswert, den Antrag dem Ausschuss zu überweisen, um zu erfahren, wie derzeit der Stand der Dinge ist und wie die Evaluierung und die Ergebnisse in den anderen Mitgliedstaaten aussehen. Zudem wäre es interessant zu erfahren, worin die Unterschiede bestehen, wenn wir über freie Berufe in der EU sprechen. Daher plädiere ich für die Ausschussüberweisung. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem ganzen Getümmel des Besucherstroms habe ich übersehen, dass der ehemalige SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wolter auf der Besuchertribüne sitzt. - Sie begrüße ich nun ganz besonders. Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Landesregierung spricht in Vertretung für den Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf heute für den Kollegen Reinhard Meyer sprechen, der sich derzeit in Berlin aufhält, um an einer Sitzung des Vermittlungsausschusses teilzunehmen.

Die Transparenzinitiative der EU-Kommission zur Bewertung der nationalen Reglementierung des Berufszugangs beschäftigt den Bund und die Länder schon seit Längerem. Die Bundesländer haben sich über den Bundesrat bereits eindeutig zu diesem Vorschlag geäußert und Stellung genommen.

Grundsätzlich begrüßt die Landesregierung das Ziel der Kommission, mehr Transparenz in die Zugangsstrukturen und Reglementierungen für die unterschiedlichsten Berufe in den Bereichen **Handwerk** und **freie Berufe** zu bringen. Aber die Annahme der Kommission, dass sich Zugangsbeschränkungen generell negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken, hält die Landesregierung schlichtweg für falsch.

Deregulierung um der Deregulierung willen führt entgegen der Einschätzung der EU-Kommission nicht zu nachhaltig mehr Wachstum und Beschäftigung. Freiberufliche **Dienstleistungen** sind ihrem Wesen nach individuell auf die spezifischen Bedürfnisse des Nachfragers beziehungsweise des Verbrauchers zugeschnitten. Gleichzeitig dienen sie auch gemeinwohlorientierten Belangen, zum Beispiel der Sicherung der Rechtspflege, der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und der Wahrung der Sicherheit von Bauwerken.

Das hat Bezug zu unserer staatlichen **Daseinsfürsorge**. Dafür bedarf es verbindlicher Regelungen und **Qualitätsstandards**. Allein der Titel und die Angabe des Herkunftsstaates reichen dafür nicht

(Ministerin Kristin Alheit)

aus, um Qualifikation und Qualität hinreichend deutlich und transparent zu machen.

Als Konsequenz dieser strukturellen Besonderheit setzt deshalb der deutsche Rechtsrahmen für freiberufliche Dienstleistungen auf einen qualitätsbasierten Ansatz. Darauf zielt das Zusammenspiel der einzelnen Bausteine des Gesamtrahmens für freiberufliche Tätigkeiten von den jeweiligen Zugangsvoraussetzungen, den Berufsrechten und auch den Berufspflichten, über die Gebühren- und Honorarordnung, das Fremdkapitalverbot bis hin zur Berufsaufsicht durch die berufsständische Selbstverwaltung durch Kammern und Verbände ab.

Das deutsche Gesamtsystem für freiberufliche Tätigkeiten ist in Deutschland sorgfältig austariert und hat sich bewährt. Meine Damen und Herren, deshalb wollen wir daran festhalten. Es ist ein Gesamtpaket.

Der Landtag hat sich bereits im Juni des vergangenen Jahres mit der Transparenzinitiative der EU-Kommission befasst und einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir sind natürlich auch schon längst in diesem Sinne aktiv geworden.

Kollege Meyer war im Juni dieses Jahres gemeinsam mit Vertretern des Handwerks in Brüssel bei der Generaldirektion Binnenmarkt. Sie haben sich dort vor dem Hintergrund der Transparenzinitiative für die Erhaltung des deutschen Meisterbriefs starkgemacht. Reinhard Meyer hat dabei gegenüber den Vertretern der Generaldirektion Binnenmarkt Folgendes deutlich gemacht.

Im Gegensatz zu den in Deutschland bestehenden klaren und transparenten Regeln im Handwerk wie bei den freien Berufen gibt es bei anderen EU-Mitgliedstaaten eher informelle, eher indirekte Regelungen. Diese indirekten Regelungen muss die EU anstelle der transparenten deutschen Regeln in den Fokus nehmen; denn die indirekten Reglementierungen sind es, die die Dienstleistungsfreiheit erschweren, aber nicht das bewährte deutsche Regelungssystem, das eine der wesentlichsten Grundlagen unserer überdurchschnittlich guten Beschäftigungslage sowie einer geringen Jugendarbeitslosigkeit ist

(Vereinzelter Beifall SPD)

und zudem seit Jahrzehnten zur Stabilität und zum Wachstum unserer Volkswirtschaft beiträgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt abzuwarten, wie die Kommission mit den Ergebnissen der gegenseitigen Evaluierung und den Aktionsplänen der Mitgliedstaaten weiter verfahren wird. Die Landesregierung jedenfalls wird diesen Prozess auch weiterhin intensiv verfolgen und kritisch begleiten.

Für das Land steht fest: Die freien Berufe, so wie sie bei uns aufgestellt sind, erfüllen aufgrund des Fremdkapitalverbots und des bewusst unabhängigen Status wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Sie sind ein bedeutender Teil unserer Wirtschaft und schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir brauchen und schätzen die freien Berufe in Schleswig-Holstein. Deshalb unterstützen wir die Anliegen der freien Berufe im Zusammenhang mit der Transparenzinitiative der Kommission.

Die Landesregierung wird sich weiterhin bei der Bundesregierung und bei der EU-Kommission für eine Beibehaltung der bewährten deutschen Standards und für die Sicherung von Qualität und Verbraucherschutz einsetzen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/3350 (neu), dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3341

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ setzt Maßstäbe. Ich bin froh, dass wir an dem Programm partizipieren können, und zwar trotz anfänglicher Kritik, die sich in erster Linie mit dem Verständnis der kulturellen Bildung an sich auseinandergesetzt hat und so eine intellektuelle Debatte über Inhalt und Art kultureller Bildung wurde. Meine Damen und Herren, das Programm sollte unbedingt über das Jahr 2017 hinaus fortgesetzt werden. Denn wie Frau Staatsministerin Professor Monika Grütters bei der Verleihung des BKM-Preises für kulturelle Bildung im Juni zu Recht sagte - ich zitiere -:

> „Der sehr abstrakte, etwas unsinnliche Begriff der ‚Kulturellen Bildung‘ wird sofort mit Leben erfüllt, wenn man sich anschaut, welche fantastischen Projekte in diesem Jahr für unseren Preis nominiert worden sind.“

Weiter sagte sie, diese Projekte seien Ausdruck einer lebendigen kulturellen Bildungslandschaft. Diese lebendige kulturelle Bildungslandschaft gibt es auch bei uns. Diese zu stärken, ist ein wichtiger Bestandteil des Kulturkonzepts dieser Landesregierung, der Kulturperspektiven. „Kultur macht stark“ spielt uns damit also absolut in die Karten.

Durch die Mittel des Bundesprogramms, die über 33 Bundesdachverbände an Antragsteller in allen künstlerischen Sparten vergeben werden, wird die **kulturelle Bildung** massiv gestärkt. „Kultur macht stark“ wird in Schleswig-Holstein in allen Bereichen gut angenommen. Bis zum 1. Juli dieses Jahres erhielten schleswig-holsteinische Antragsteller circa 2,8 Millionen € für insgesamt 313 Maßnahmen und Projekte. Das sind rund 4 % der Fördersummen, die bis zu diesem Zeitpunkt für abgeschlossene, laufende oder geplante Maßnahmen verausgabt wurden. Ich denke, damit liegen wir noch über dem Königsteiner Schlüssel. Das heißt, wir sind gut aufgestellt.

Aus der Vielzahl der spannenden Projekte will ich nur einen kleinen Ausschnitt nennen.

Von Gelting bis Lauenburg finden Theaterprojekte statt. In **Museen** werden MuseobilBOXEN gestaltet. Kinder und Jugendliche setzen sich mit den jeweiligen Sammlungen künstlerisch auseinander. Jugendliche in Orten wie Nortorf und Bordesholm gestalten ihr eigenes Kinoprogramm. Das Programm der Deutschen Sportjugend ermöglicht die Erforschung von Bewegungsräumen im öffentlichen Raum. Allein 30 Projekte werden in Flensburg von der Universität realisiert.

Der Bereich der Jugend- und Jugendverbandskultur ist mit 29 Projekten im Land aktiv. Die Zirkusprojekte in Schleswig-Holstein fanden in Mildstedt, Norderstedt und Harksheide statt. Im Bereich „Erkunden und Erfahren“ ist insbesondere die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein aktiv. Die Volkshochschulen haben mit ihrem Programm TalentCampus landesweit mit 67 Maßnahmen insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund gefördert und die Chance geboten, sich kreativ zu betätigen.

Literatur und **Lesen** sind weitere Schwerpunkte der Projekte, die durch dieses Programm gefördert werden. Die Büchereien im Land, aber auch der Friedrich-Bödecker-Kreis, die Stiftung Lesen, die neun betreute Schulbüchereien eingerichtet haben, sind in Schleswig-Holstein engagiert.

Meine Damen und Herren, durch das Programm „Kultur macht stark“ wird die ganze Breite der Kulturbereiche abgedeckt. So haben die **Musikschulen** mit 52 verschiedenen Projekten mit weit über 800.000 € den größten Anteil an der Fördersumme für bedürftige Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein akquiriert. Vom Musical bis zum integrativen Musikprojekt, vom Unterricht an Tasteninstrumenten für afghanische Jugendliche bis zu einem ganzheitlichen ästhetischen Unterricht für die Jüngsten reichen diese Projekte der Musikschulen. Auch Musikzüge, Orchestervereinigungen oder die Initiative Popularmusik haben in Schleswig-Holstein Angebote unterbreitet. Seit September steht fest, dass die Musikschule Plön zum Januar 2016 ein integratives Projekt für Flüchtlinge startet.

Meine Damen und Herren, das Programm „Kultur macht stark“ mit seinen vielfältigen Angeboten hat bewirkt, dass die verschiedensten Einrichtungen Kooperationen vereinbart haben, um für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche Angebote der kulturellen Bildung anzubieten. Dabei unterscheiden sich die Angebote nicht nur in den Sparten, sondern auch im zeitlichen Rahmen. So sind einige Projekte für eine Woche ausgelegt, während andere langfristig ausgelegt sind und wöchentlich Stunden anbieten.

Darüber hinaus bietet das Programm die Möglichkeit, Anträge zu stellen, die ein Projekt über einen Zeitraum von vier Jahren finanzieren. Diese Chance wurde zum Beispiel vom Türkisch-Deutschen Mädchenchor in Lübeck genutzt. Von der Servicestelle „Kultur macht stark“, die mit Landesmitteln in der

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein eingerichtet worden ist, werden Antragstellende gezielt unterstützt.

Von dort konnten vor allem die Initiativen und Kooperationen Hilfe bekommen, die keine feste Bindung an einen der Bundesprogrammpartner haben. Zurzeit befindet sich das Programm in der Evaluation, um dann bis 2017 und hoffentlich darüber hinaus, möglicherweise in modifizierter Form - ich weiß, dass auch mehr **Integration**, mehr Interkulturalität angedacht ist -, weitergeführt zu werden.

Von großer Bedeutung ist die Frage, wie der ländliche Raum kulturell angemessen gestärkt werden kann. Dazu hat die LKJ zum Beispiel am 7. Oktober 2015 in Lübeck eine Tagung ausgerichtet. Wie Sie sich vorstellen können, stehen Initiativen aus dem ländlichen Raum immer vor besonderen Herausforderungen. Der von dieser Tagung ausgehende Impuls wird dazu führen, dass Maßnahmen im ländlichen Raum gestartet werden können.

Meine Damen und Herren, dies alles sind wichtige Mosaiksteine, die zusammen das deutliche Profil einer lebendigen kulturellen Bildungslandschaft formen.

Gemeinsam mit unseren Initiativen, mit dem Projekt „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“, das die Stiftung Mercator in Kooperation mit den beiden federführenden Ressorts im Land, nämlich dem Bildungs- und dem Kulturministerium, bis 2017 gestaltet, mit den fünf Kulturschulen, mit den Projekten unserer Hochschulen, insbesondere der Muthesius Kunsthochschule und der Musikhochschule, und nicht zuletzt mit den zahlreichen Akteuren der kulturellen Bildung in unserem Land, mit all diesen Akteuren zusammen werden wir eine nachhaltige, lebendige Struktur erhalten und, wo nötig, auch schaffen, die die **kulturelle Teilhabe** vieler Kinder, vieler Jugendlicher und Erwachsener ermöglicht. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort. - Jetzt kommt‘s: Es gibt einen Zuschlag von einer Minute.

Beate Raudies [SPD]:

Dazu sage ich jetzt nichts. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin! Vielen Dank für diesen Bericht, auch wenn ich befürchte, dass die Berichterstattung über diesen Punkt in der Plenarsitzung keinen prominenten Platz einnehmen wird - schade! Denn Kultur und mit ihr die **kulturelle Bildung** sind nicht nur ein Thema für gute Zeiten. Kulturelle Bildung war nie so aktuell wie heute.

Ziel des Bundesprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ ist es, Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern oder aus Familien mit geringem Einkommen über den Schulunterricht hinaus, in dem ihnen Musik, Kunst und Theaterspielen vermittelt werden, Angebote in allen künstlerischen Sparten und Kulturformen zu unterbreiten. Dazu sollen sich Bündnisse aus mindestens drei außerschulischen Trägern zusammenfinden, die dafür Fördermittel beantragen können.

Wir haben in unseren Schulen Tag für Tag mehr Kinder und Jugendliche, die aus genau solchen Lebenslagen kommen und für die diese Angebote ebenfalls bereitstehen müssen. Ich spreche - Sie werden es sich denken - von den zahlreichen Flüchtlingskindern, die zurzeit in unser Land kommen. Denn „Jugendliche starkmachen“ heißt ja auch, sie offen zu machen für das andere, das Neue und für die anderen, die Neuen. Dazu bietet das Programm „Kultur macht stark“ genau die richtigen Anreize.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, „**Kultur macht stark**“ ist sicherlich das umstrittenste Projekt der kulturellen Bildung der letzten Jahre. Schon die vom Bundesministerium für das Projekt zur Verfügung gestellte Fördersumme von mehr als 200 Millionen € für den Zeitraum von fünf Jahren lässt andere kulturelle Bildungsprojekte des Bundes dagegen klein aussehen. Hinzu kommt, dass das Projekt nicht von staatlicher Seite, sondern von Organisationen der Zivilgesellschaft inhaltlich wie administrativ verantwortet wird. Das war einer der großen Kritikpunkte, als es aufgelegt wurde.

Wir in Schleswig-Holstein hatten Glück. Der Aufbau der Strukturen für dieses Bundesprogramm musste bei uns nicht bei null beginnen. Unabhängig von der Ressortzuständigkeit, die in den letzten Jahren häufig gewechselt hat, ist die kulturelle Jugendbildung immer ein Schwerpunkt der Kulturpolitik des Landes gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Land und der **Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung** funktioniert seit langer Zeit hervorragend. Denn natürlich sind das Land und die öffentlichen Stellen nicht diejenigen, die als Erste Kultur zu organisieren haben.

(Beate Raudies)

Kultur muss von den berühmten Graswurzeln her wachsen, und sie muss sich auch erst einmal selbst organisieren. Es war eine gute Entscheidung, mit finanzieller Unterstützung des Landes vor drei Jahren bei der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung eine Servicestelle einzurichten, die hilft, die Fördermittel des Bundesprogramms in Anspruch zu nehmen. Diese Servicestelle und der von ihr eingerichtete Internetauftritt leisten wichtige Arbeit, die von Schulen und nichtschulischen Einrichtungen intensiv nachgefragt wird.

Die Ergebnisse geben uns recht. Die Ministerin hat es gesagt: Bis zum ersten Halbjahr 2015 erhielten Antragsteller aus Schleswig-Holstein circa 2,8 Millionen € für insgesamt 313 Maßnahmen und Projekte. Wenn man auf die Internetseite des Bundes schaut, sieht man eine Landkarte. Da kann man sehen, dass Schleswig-Holstein zu den Regionen gehört, die wirklich viele Mittel aus dem Programm bekommen haben. Besonders hervorgetan haben sich da die Städte Lübeck und Kiel. Die stehen noch ein wenig besser da. Das darf ich hier einfach einmal sagen. Unser Anteil entspricht rund 4 % der bisher vergebenen Mittel. Bei einer Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel wäre es deutlich weniger gewesen.

Meine Damen und Herren, das Programm ist derzeit bis zum Jahr 2017 ausgelegt. Auch das hat die Ministerin gesagt. Ich persönlich würde mir bei aller Kritik, die ich am Anfang hatte, inzwischen eine Fortsetzung wünschen. Unser Ziel muss dabei sein: Jedes Kind sollte im Laufe seiner Kindergarten- und Schullaufbahn die Möglichkeit haben, mit möglichst allen Sparten von Kunst und Kultur in Berührung zu kommen und sich, so der Funken überspringt, auch in mindestens einer dieser Sparten aktiv zu betätigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit einem Zitat schließen, das die Notwendigkeit der kulturellen Bildung wunderbar verdeutlicht. Anlässlich des Benefizkonzerts des Bundespräsidenten am 9. August 2013 in Lübeck sagte Joachim Gauck - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

(Zuruf CDU)

„Unsere ganz einmalige, weltweit geschätzte Musikkultur in Deutschland hängt davon ab, ob es gelingt, auch den Nachwuchs für die Musik und das Musizieren zu begeistern. Nur wenn uns das gelingt, werden wir unsere zahlreichen Orchester, Opernhäuser, aber auch Konservatorien und Musikhochschulen halten können.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Peter Sönnichsen das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor gut einem Jahr haben wir hier die Ergebnisse des Kulturdialogs diskutiert, beraten, debattiert und zum Teil auch Beschlüsse dazu gefasst. Ich will meine Ausführungen in den Kontext dazu stellen. Ich habe schon damals gesagt, die Wahl von vier Schwerpunkten war richtig, der Schwerpunkt der ästhetischen Bildung war richtig gewählt, und auch die Ansätze, die sich jetzt in der Umsetzung ergeben, sind ohne Weiteres zu begrüßen.

Vernetzung, Breitenbildung, Talentförderung - das waren ganz entscheidende Punkte in Fragen der kulturellen Bildung. Und dazu gehört auch dieses Programm.

Nach dem Jahr der **kulturellen Bildung** 2014 kam - Sie haben es gesagt, Frau Ministerin - die Fortsetzung mit „Schule trifft Kultur“. Zu beiden, „Schule und Kultur“ wie auch zu dem hier in Rede stehenden Thema „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“, will ich an einen Ausspruch des früheren Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen erinnern. Er sagte gerne: Wer arm ist, muss auch schlau sein. - Das können wir uns allen, aber das kann ich auch Ihnen, Frau Ministerin, bestätigen: Dieser Weisheit wurde gefolgt, sowohl mit der Förderung, die Sie von der Stiftung Mercator für das Land erreicht haben, als auch mit der Beteiligung an diesem Programm.

Ich will aber auch deutlich sagen: Es ist ein Bundesprogramm. Ich höre immer viele Aussprüche und Appelle in diesem Hause, der Bund möge Geld bereitstellen; zuletzt war das bei Tagesordnungspunkt 31 gleich nach der Mittagspause der Fall. Ich möchte deutlich herausstellen, dass der Bund hier von sich aus seinen Pflichten ganz deutlich gerecht geworden ist, wovon wir als Land profitieren.

(Beifall CDU und FDP)

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin, für Ihren Bericht. Ich danke auch für die ideelle Unterstützung von

(Peter Sönnichsen)

Ihnen und aus Ihrem Haus, von allen Beteiligten, sodass dieses Programm zu einem Erfolg geführt wird. Mein Dank - das will ich ausdrücklich sagen - gilt ferner der LKJ, ihren Mitgliedsverbänden, den Vereinen, den Schulen, den Kulturschaffenden, den Volkshochschulen. Alle diese haben es mit Leben erfüllt und für die Ausgestaltung gesorgt.

Die Projekte, die Sie beschrieben haben - auch das gehört zur Wahrheit -, sind gut, sind zielführend. Sie machen das, was wir gewollt haben. Das gilt auch für den **Kulturdialog**. Es führt dazu, dass der Stellenwert erhöht wird und dass wir gerade im ländlichen Raum eine bessere Akzeptanz und eine bessere Umsetzung erfahren.

Ich hätte mir gewünscht, dass die angesprochenen Landesinitiativen wie beispielsweise „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“ in diesem Zusammenhang mit erörtert worden wären. Aber dazu - da haben Sie natürlich völlig recht - kann ja ein Antrag gestellt werden, von den bisherigen Antragstellern oder von uns, vielleicht auch gemeinsam. Das sollte man in dem Zusammenhang mit erörtern.

Ich habe den Kontext zu den Kulturperspektiven des Landes hergestellt, die hier gemeinsam entwickelt worden sind. Darauf komme ich mit einigen Worten der Kritik zurück. Wir haben für viele Bereiche immer die Ankündigung der Landesregierung, insbesondere von drei Ministerinnen, erhalten. Ich kann Ihnen gern bescheinigen, Frau Ministerin Spoorendonk, dass Sie die Handelnde in der Beziehung sind. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es offensichtlich nicht das Anliegen der gesamten Landesregierung ist. Denn an den **Schulen** kommt **Kultur** und kommen vor allem die kulturfördernden Fächer immer noch wesentlich zu kurz. Und was die Zuständigkeit der Sozialministerin angeht: Das, was an Bildung in Kitas, an betreuten Grundschulen tatsächlich geliefert wird, kommt nur von ganz engagierten Erzieherinnen und Betreuerinnen.

(Beifall CDU und PIRATEN)

All das soll jedoch auch meine Fraktion nicht daran hindern, sich für eine Fortsetzung dieses Bundesprogramms einzusetzen und zu engagieren, um für die Kultur im Land Schleswig-Holstein das Notwendige zu tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das war eine gute Rede!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Ministerin, vielen Dank für den Bericht. Kultur macht stark, weil sie das Ausprobieren möglich macht und es kein Scheitern geben kann, weil sie die eigene Persönlichkeit entwickeln hilft und Identifikation stiftet, weil sie Phantasie und Kreativität, neue Denkweisen und Ideen freisetzt, weil sie den Perspektivwechsel sucht und damit Verständigung und Verständnis zwischen Menschen und Gesellschaften ermöglicht, weil kulturelle Bildung den ganzen Menschen meint und nicht Teilfertigkeiten übt. Kultur macht stark! Der bisherige Erfolg des Programms sollte die Macherinnen und Macher in ihrem Tun bestärken.

Wir haben es bereits gehört: Fast 3 Millionen € Bundesmittel sind bislang nach Schleswig-Holstein geflossen. Kein Pappenstiel! Wenn man bedenkt, dass wir als Konsolidierungsland nur geringe finanzielle Spielräume haben, darf man sich über diese Unterstützung doppelt freuen.

Auch die Orientierung an Kindern und Jugendlichen aus eher bildungsfernen Gesellschaftsschichten begrüße ich sehr. Es ist und bleibt ein Skandal, dass in einem reichen Land wie Deutschland der Zugang zu Bildung vom Geldbeutel der Eltern und somit von der Herkunft abhängt und weniger mit den Talenten und Fähigkeiten des Einzelnen zusammenhängt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN)

Deshalb ist es gut und richtig, dass mit dem Programm vor allem sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche angesprochen werden. Sie haben ein Recht auf **kulturelle Bildung und Teilhabe**, und wir haben die Pflicht, sie ihnen zu ermöglichen.

Ein Weiteres ist die Vernetzungsfunktion des Programms. Unterschiedliche Akteure und Anbieter kultureller Aktivitäten werden bei uns durch die **Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung** zusammengeführt, eine Aufgabe, die in einem Flächenland und insbesondere in einem durch seine oft dünn besiedelten ländlichen Räume gekennzeichneten Land wie Schleswig-Holstein ganz besonders wichtig ist. Hier komme ich wie der

(Marlies Fritzen)

Kollege Sönnichsen - im Übrigen hat auch mir und nicht nur dem Kollegen Arp seine Rede sehr gut gefallen - auf die **Kulturperspektiven** für Schleswig-Holstein zu sprechen, denn der Vernetzungsansatz passt in die Kulturstrategie der Landesregierung, die wir ja gemeinsam in den „Kulturperspektiven“ formuliert haben. Vernetzen und Zusammenwirken, das ist kein Sparprogramm, sondern schafft Synergien und Mehrwert sowohl für Akteure wie auch für die Adressaten der Angebote. Es kommt sozusagen zusammen, was zusammengehört, und das ganz gezielt spartenübergreifend. Kooperation statt Konkurrenz ist eben auch eine kulturelle Leistung.

Aktuell öffnet sich das Programm „Kultur macht stark“ auch Geflüchteten. Sie mit unserer Sprache und Kultur bekannt zu machen, ist für geflüchtete wie für deutsche Menschen gleichermaßen herausfordernd und spannend, heißt es doch, sich selber mit seiner jeweiligen Identität auseinanderzusetzen und diese weiterzuentwickeln. **Integration** ist nämlich keine Einbahnstraße und fordert beide Seiten. Kulturelle Bildung kann helfen, Brücken zu bauen und Verständigung zu ermöglichen.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Kultur macht stark“ - das ist ein treffender Slogan für den Wert kultureller Bildung. „Jede Stunde zählt“ ist nicht minder prägnant. Auch da komme ich gern auf das zurück, was der Kollege Sönnichsen gesagt hat. Das Ziel der Landesregierung ist, dass keine Unterrichtsstunde an den Schulen ausfällt. Es ist ein richtiges und gleichzeitig, wie wir aus verschiedenen Gründen wissen, ambitioniertes Ziel.

Auch wenn das Programm „**Kultur macht stark**“ vor allem auf außerschulische Aktivitäten gerichtet ist, möchte ich hier nicht versäumen, noch einmal auf die Bedeutung von kultureller Bildung an unseren **Schulen** hinzuweisen. Auch hier zählt jede Stunde. Die gegenseitige Verrechnung von Kunst-, Musik- und Sportunterricht in der sogenannten Kontingentstundentafel wirkt da leider kontraproduktiv. Ich darf aber auch sagen - wir haben heute schon von den Jugenderinnerungen des Kollegen Burkhard Peters an die Olympischen Spiele 1972 gehört, ich kann mich gut erinnern, zu der Zeit ging ich schon zur Schule -, dass wir damals auch Sport-, Musik- und Kunstunterricht gern gegeneinander ausgetauscht haben, bei Sport und Musik fand ich das auch gar nicht so schlimm - aber gut. Jedenfalls ist die Kontingentstundentafel an dieser Stelle kontraproduktiv, da sind wir uns sicherlich alle einig, obwohl wir wissen, wie schwierig es ist. Die korrekte Anwendung von Grammatik- und Orthografieregeln sowie die sichere Lösung von Infinitesimalrechnung sind ohne Zweifel kulturelle Leistungen, zu deren letzter ich leider nie fähig wurde.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Aber sie alleine machen eben nicht den ganzen Schüler aus, und sie machen eben auch nicht den ganzen Schüler stark.

Das Programm „Kultur macht stark“ ist gut, weil es die benachteiligten Kinder und Jugendlichen besonders unterstützt, weil die Vernetzung und das Über-den-Tellerrand-Gucken gefördert werden, weil sie den Wert kultureller Bildung als Grundlage für den Umgang in und mit unserer Gesellschaft betont und nicht zuletzt weil es bereits vielen Kindern und Jugendlichen einfach Spaß gemacht hat. Ich kann mit den Kolleginnen und Kollegen sagen: Weiter so! - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele Worte des Lobes und des Dankes sind zu dieser Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ gesagt worden. Ich möchte mich auch für die FDP-Fraktion dem Dank anschließen, dass es möglich ist, mit privaten Förderern so eine Initiative überhaupt ins Leben gerufen zu haben; denn 2,8 Millionen € für das Land Schleswig-Holstein für kulturelle Angebote sind tatsächlich kein Pappenstiel. Das kann man gar nicht hoch genug würdigen.

Kritisch anzumerken ist natürlich an der Stelle die Frage: Wo ist die Landesleistung? Denn alles, was wir im Moment erleben, scheint tatsächlich ausschließlich daraus finanziert zu werden, dass wir diese Fördergelder bekommen. Ja, Frau Ministerin, an der Stelle fehlt mir tatsächlich ein bisschen das Eingeständnis, weil Sie immer gesagt haben, alles solle verbessert werden, Sie seien die große Ministerin der **Kultur**. Ich frage tatsächlich: Wo sind denn da Ihre persönlichen Akzente? Der Haushalt wird ja jetzt beraten. Wenn ich es richtig sehe, sind dort keine nennenswerten Steigerungen da,

(Anita Klahn)

(Zurufe Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wobei ich feststelle, dass wir auch aufgrund der Flüchtlingsproblematik in einer schwierigen haushalterischen Situation sind. Von daher noch einmal deutlich der Dank an die Förderer dieser Stiftung.

Kritisch anmerken möchte ich auch: Der Antrag lautet eigentlich, dass Sie über den Anteil schleswig-holsteinischer Träger an Maßnahmen im Bundesvergleich berichten sollen. Den Bundesvergleich haben Sie offengelassen. Auswahlkriterien und Entscheidungen für Träger in Schleswig-Holstein und die Maßnahmen haben Sie eigentlich auch im Detail nicht ausgeführt. Sie haben allgemein formuliert, was ich im Internet alles nachlesen kann. Das sind keine zusätzlichen neuen Erkenntnisse. Da hätte ich mir tatsächlich etwas mehr von Ihnen erwünscht. - Ich stelle fest: Letztendlich sind Sie eher verwaltend als gestaltend tätig.

Ein Wort an die Kollegen, die gesagt haben, es sei schön, dass es diese Angebote gebe. So ist es nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig, ob Kinder den Zugang zu Kultur finden oder nicht. Ich möchte an der Stelle deutlich sagen, was auch Herr Kollege Sönnichsen - oder wer das gerade war - formuliert hat.

(Heiterkeit)

- Es kann auch sein, dass es jemand anderes war, ich will ihn da jetzt nicht in Misskredit bringen. Natürlich ist es eine Frage, wie wir mit unseren Kitas umgehen, wie wir mit den **Schulen** umgehen, welche Anteile wir dort im kulturellen Bildungsangebot haben. Das ist in den letzten Jahrzehnten alles zurückgefahren worden, nicht in den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren.

An der Stelle ist es tatsächlich eine Aufgabe der Bildungseinrichtungen, an alle Kinder - gerade was Sie eingefordert haben - zum Beispiel Musik heranzutragen. Da kann ich erinnern: Die Musikschulen und Musikverbände klagen zu Recht, dass sie mehr Wertschätzung brauchen. Wenn Sie darauf verweisen und sagen, die hätten jetzt auch 80.000 € aus dieser Stiftung bekommen, dann ist das schön, aber wir sollten uns tatsächlich auf den Weg machen und schauen: Wie werden wir in den Schulen mit dem regulären Unterrichtsangebot auch diese Aufgabe wahrnehmen können?

Ansonsten bin ich gespannt, ob wir noch an weiteren Stellen dazu berichtet bekommen, ob Sie uns noch einmal genauer sagen, wie viele Kosten uns die Servicestelle im Jahr bereiten wird.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das habe ich leider nicht im Detail im Haushalt gefunden. Das mag vielleicht auch daran liegen, dass es über verschiedene Ministerien verteilt ist, aber das können wir dann ja in den Haushaltsberatungen noch klären. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Peter Sönnichsen [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Koalitionsfraktionen für diesen Antrag, denn ich mache heute einmal etwas Neues und lobe zunächst die Bundesregierung für dieses Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“.

(Olaf Schulze [SPD]: Hey!)

Alle hier im Haus werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass jede Initiative für **Kultur und Bildung**, jede Anregung, jeder Impuls in diesem Bereich zu begrüßen ist. Jedes Kind und jeder Jugendliche soll die bestmöglichen Bildungschancen erhalten, unabhängig von der sozialen Herkunft - ein unstrittiges Ziel.

Ich lobe die Bundesregierung in Person der Bundesministerin Johanna Wanka aber auch, weil sie etwas getan hat, was diese Regierung leider viel zu selten und wenn, dann meist nur auf den Druck Dritter macht: Sie hat einen Zwischenbericht vorgelegt, in dem die Initiative evaluiert wird, und sie hat diesen Zwischenbericht öffentlich gemacht ganz so, wie sich das gehört. Das hat sie sehr gut gemacht, danke dafür. Die ordentliche Arbeit der Bundesministerin muss hier natürlich nicht alleine stehen. Darum danke ich an dieser Stelle auch Ministerin Spoorendonk für ihren Bericht.

Zur Sache: Das Programm hat verschiedene Komponenten. Zum einen sollen auf lokaler Ebene Bündnisse belebt und nachhaltig abgesichert werden. Dabei sollen auch und vor allem bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche als Zielgruppe verstanden werden. Es sollen Maßnahmen der kulturellen Bildung umgesetzt werden, und es soll und es muss die Frage beantwortet werden, inwieweit es sich bei diesen Projekten um nachhaltige Initiativen handelt. Durch monatliches Datenmonitoring, Fachgespräche, Online-Befragungen und Fallstudi-

(Sven Krumbeck)

en wurde ein Zwischenstand ermittelt. Demnach sind im Berichtszeitraum in Schleswig-Holstein elf bis 50 Maßnahmen durchgeführt worden. Das ist beachtlich, gar keine Frage. Damit liegt unser Land gut im Rennen, auch wenn wir feststellen, dass zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern noch besser ist. Ein entscheidender Faktor ist, dass es funktionierende Verbandsstrukturen der Programmpartner in der Fläche gibt, wenn es darum geht, die Bündnisse für Bildung zu mobilisieren. Auch wenn wir offenbar zufrieden sein können, ist da noch Luft nach oben, was uns Hinweise auf die Förderung unserer **Vereine** und Verbände insgesamt geben kann.

Es zeigt sich auch, dass Bündnispartner in der Regel lokal im Sozialraum der Zielgruppe verankert sind. Das ist in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein besonders bedeutend. Neben den Vereinen sind die Schulen allgemein besonders engagiert. Das hatte ich erwartet. Nicht umsonst hatte ich vor einiger Zeit in einer Kleinen Anfrage nachgefragt, was unsere Regierung mit der Beschlusslage macht, die wir zum Thema kulturelle Bildung im Bildungsausschuss gefasst haben. Gerade in der Schule - hier geht es mir um die musischen und kulturellen Fächer, die auch mein Kollege Sönnichsen schon erwähnt hat - besteht noch Nachhol- und Verbesserungsbedarf. Aber ich werde dranbleiben, weil mir das Ziel der Nachhaltigkeit besonders wichtig erscheint. Ich möchte weg von kurzatmigen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen hin zu verstetigten Strukturen.

(Beifall PIRATEN)

Das ist Aufgabe der Politik und kein alleiniger Fall für das Ehrenamt. Auch das sagt der Zwischenbericht. Denn nur so schaffen wir es, viele Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Das ist wichtig, weil Schleswig-Holstein bei dem Wert deutlich unter dem Bundesschnitt liegt. Das will heißen: In unserem Land beteiligen sich deutlich weniger Kinder und Jugendliche an den Maßnahmen als in anderen Ländern. Das ist ein Punkt, den ich gern vertiefen möchte. Es gibt also auch nach der heutigen Debatte noch viel im Ausschuss dazu zu hinterfragen. Ich freue mich darauf. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht. „**Kultur macht stark**“ - ein durchaus attraktiver wie auch wahrer Slogan. Was sich dahinter verbirgt, ist ein seit dem Jahr 2013 laufendes Bundesprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bis zum Ende des Jahres 2017 können bis zu 230 Millionen € durch den Bundeshaushalt für dieses Programm genutzt werden. Hierbei soll die kulturelle Bildung der jungen Generation unterstützt werden. Vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten sollen in diesem Fall berücksichtigt werden.

Das Programm „Kultur macht stark“ fußt auf der Erkenntnis, dass **Bildung** nicht allein eine Aufgabe des Staates und der Schule ist, sondern eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**. Deswegen agieren die Maßnahmen ausschließlich außerhalb des Schulunterrichts, da vor allem junge Menschen hier neue Wege gehen können, fernab der Struktur von Unterricht und Schule. Natürlich können sich Schulen als Partner vor Ort engagieren, jedoch muss dafür ein Netzwerk von mindestens drei Beteiligten gebildet werden. So kann ein Netzwerk wachsen und an Stabilität gewinnen.

Je größer die Vielfalt, umso größer ist der Bildungseffekt, und umso weiter wird das Netzwerk, welches etabliert werden soll. Denn schließlich sollen die gebildeten Kontakte auch über das Auslaufen der Förderperiode hinausreichen.

Die erste Hälfte der Laufzeit von „Kultur macht stark“ ist geschafft. Die administrativen Strukturen haben sich gefestigt und können voll und ganz greifen. Damit die Servicestelle in Rendsburg auch für die nächsten zwei Jahre alle Hände voll zu tun hat, gilt es weiterhin, dieses bedeutende Projekt zu bewerben. Denn die Liste der beteiligten Vereine könnte noch um einiges vielfältiger werden.

Was mich freut, ist hingegen die wachsende Anzahl an **Projekten**, die sich durch und rund um das Programm bilden, die sich an junge Menschen richten, die zu uns kommen. So steht mit der aktuellen Ausschreibung das zugehörige Programm „Lesen macht stark: Lesen und digitale Medien“ nun auch in einem vereinfachten Verfahren **jungen Flüchtlingen** offen. Bis zum 15. November 2015 kann man sich hierfür noch bewerben. Auch für andere Geschichten werden immer wieder neue Akteure gesucht. Es lohnt sich also, den Stift in die Hand zu nehmen und einen Teil dazu beitragen, diese vielen

(Jette Waldinger-Thiering)

Geschichten bei uns im Land weiterzuschreiben und mit Leben zu füllen.

Das Schöne an der kulturellen Bildung ist ja, dass man sie wie eine Grippe weitergeben kann, ohne selbst auf etwas verzichten oder gar in die ärztliche Sprechstunde gehen zu müssen.

An dieser Stelle kann ich alle Interessierten nur dazu auffordern, sich tatkräftig zu beteiligen, vor allem jene Vereine und Institutionen, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben als die der Mehrheitsbevölkerung. Nur so kann die junge Generation die eigene Kultur besser verstehen lernen und sogleich den Umgang mit anderen Kulturen üben und auch zu hinterfragen lernen. Entscheidend ist dabei auch, dass die Kinder und Jugendlichen begreifen, dass Lernen nicht nur in der Schule und im Unterricht stattfindet. Bildung als ein festes Element gesellschaftlicher Teilhabe zu integrieren, dies verstehe ich auch als ein wichtiges Ziel der Kultur-macht-stark-Initiative.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Beitrag der Kollegin Klahn hat mich veranlasst, mich noch einmal zu melden. Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie fragten nach dem **Anteil des Landes**. Vielleicht haben wir es nicht deutlich genug gesagt: die **Servicestelle** der LKJ ist der Anteil des Landes. Die fördern wir mit finanziellen Mitteln, die holt das Geld nach Schleswig-Holstein. Da rufen die Leute, die eine Idee haben, an und fragen: Wie geht das, wie fördere ich, wie kriege ich das Geld, wie muss ich die Anträge ausfüllen, um Geld für ein Projekt zu bekommen? Das machen die sehr erfolgreich. Dass wir dies mit Landesgeld fördern, ist angesichts unserer Haushaltssituation, die Sie zutreffend beschreiben, schon eine tolle Leistung des Landes, und das hat diese Kulturministerin zu verantworten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben weiter nach der **Auswahl der Träger** gefragt. Da hatte ich kurz die Vermutung, dass Sie nicht genau wissen, wie das Bundesprogramm funktioniert. Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Die Auswahl der Träger ist auf Bundesebene erfolgt. Bundesweit sind die Verbände ausgewählt worden, die für die Vergabe und Zusammenarbeit mit den außerschulischen Angeboten in Betracht kommen. Die Servicestelle hat nur die Aufgabe, diese Träger mit den Initiativen zusammenzubringen. Ein Auswählen im echten Sinne ist da nicht möglich. Das ist ein echter Bottom-up-Prozess. Ich habe es am Anfang kritisch gesehen, dass man Vereinen und Verbänden diese Verwaltungsarbeit aufdrückt, aber es funktioniert mit Unterstützung, es ist sehr erfolgreich. Schleswig-Holstein kann deutlich mehr Bundesmittel realisieren, als wir nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen gehabt hätten.

Ich bin zwar noch nicht lange im Parlament, aber ich kann mich noch gut an die ersten Haushaltsberatungen hier erinnern. Wir waren es, die die Streichungen im Kulturhaushalt zurückgenommen haben, die die Vorgängerregierung durchgesetzt hat. Ich verweise auf die Haushaltsanträge der Vorjahre. Dass Sie hier jetzt das Lied singen, die Musikschulen müssten mehr Geld bekommen, finde ich etwas unangemessen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Ja, ihr seid die Guten! Das wissen wir! Das wollten wir noch einmal hören, das hatten wir schon vermisst!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/3341 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 16 auf:

Bewusstsein für die Bedeutung der Deutschen Einheit aufrechterhalten - Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN
Drucksache 18/3405 (neu)

Ich gehe davon aus, dass sich der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3471 durch den gemeinsamen Antrag erledigt hat.

(Zuruf Sven Krumbeck [PIRATEN])

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

- Ich entnehme der Gestik, dass der sich erledigt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Sönnichsen das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass die PIRATEN heute Vormittag zunächst einen Änderungsantrag gestellt und wir daraus dann einen gemeinsamen Antrag gemacht haben. Für alle anderen ist es eine Einladung, sich daran zu beteiligen. Torge Schmidt und ich werden Sie alle jetzt davon überzeugen, dass das richtig ist.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Vor wenigen Tagen haben wir den **25. Jahrestag** der **Deutschen Einheit** gefeiert. In wenigen Wochen werden wir den 26. Jahrestag des Falls von Mauer und Stacheldraht begehen. Das ist Grund zur Freude, weil die Wiedervereinigung unseres Landes friedlich gelang und nie geahnte Entwicklungen in weiten Teilen Europas folgten. Das ist Grund zum Gedenken an 40 Jahre Trennung und vor allem an die Vielzahl von Toten, die an einer barbarischen Grenze ihr Leben verloren haben, oder an Menschen, die in der damaligen DDR wegen ihrer freiheitlichen Gedanken verfolgt sowie körperlich und seelisch beeinträchtigt wurden und noch heute an den Folgen leiden. Das ist schließlich auch Grund für das Bewusstsein, die historische Bedeutung dieser Ereignisse für die Zukunft zu bewahren.

Für **junge Menschen** ist die Teilung Deutschlands mit Stacheldraht und Selbstschussanlagen kaum noch vorstellbar. Für sie ist die Einheit selbstverständlich, und auch für uns ist sie zur Normalität geworden. Genau das verpflichtet uns, die die Zeiten des Kalten Krieges miterlebt haben, das Wissen um die Teilung zu bewahren und **gegen ein Vergessen** der Brutalität des SED-Regimes zu kämpfen.

Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich den Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Herrn Dr. Hubertus Knabe:

> „Der unsägliche Zustand, dass Schüler nicht wissen, wer Erich Honecker oder Erich Mielke waren oder ob die DDR eine Demokratie oder Diktatur war, steht uns nicht gut zu Gesicht.“

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Sie können das hier gleich zum Ausdruck bringen, Herr Habersaat. - Wenn wir über Erinnerungskultur, Gedenk- und Erinnerungsstätten, über historische Lernorte reden, so gilt dies auch für die Bedeutung von Teilung und Einheit unseres Landes.

(Beifall CDU und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir dürfen nicht zulassen, dass Dokumente nicht mehr zugänglich sind, dass Dokumentation und Archivierung immer schwieriger oder gar nicht mehr möglich sind, dass Unkenntnis um sich greift, weil die Zeitzeugen weniger werden.

Andere Bundesländer sind da weiter. Wir müssen gar nicht das Beispiel von „Point Alpha“ in der Rhön an der heutigen Landesgrenze zwischen Hessen und Thüringen als Maßstab nehmen.

In der **Grenzdokumentationsstelle Schlutup** müht sich ein ehrenamtlicher Trägerverein nach Kräften, die Aufgaben des Bewahrens und der Erinnerung zu erfüllen. Wer die Ausstellung bewusst wahrnimmt, der wird an die Geschichte erinnert, gewinnt Einblick in den damaligen Grenzalltag und den Alltag in den beiden deutschen Staaten, erkennt, dass sich diese Ereignisse nie wiederholen dürfen. Ein Mahnmal auf dem Grundstück erinnert an diejenigen, die ihr Leben ließen oder in ihrem Leben beeinträchtigt wurden.

Ich will auch mögliche Kritikpunkte ansprechen. Das nur zum Teil erhaltene und leider instandhaltungsbedürftige Gebäude erfordert geeignete Maßnahmen. Die Ausstellung braucht Ergänzung, Aufarbeitung und Pflege. Besucherzahlen müssen gesteigert werden. Objekte in der Nähe, beispielsweise das Haus, dessen Zugang in der Westseite lag, dessen Räumlichkeiten aber zum Teil auf östlichem Gebiet lagen, könnte mit einbezogen werden.

Die in der Kulturförderung ständige Frage, ob eine Maßnahme Aufgabe von Land oder Kommune ist, stellt sich hier nicht. Es ist übergeordnete Aufgabe, **Aufgabe des Landes**.

Angesichts des Anliegens scheint der Betrag von 10.000 € eher gering zu sein. Es ist ein Anfang, meine sehr verehrten Damen und Herren. Später werden Projektfinanzierungen für die Aufarbeitung notwendig. Das Einwerben von Fördermitteln und Spenden für Investitionen werden erforderlich. Aber dafür müssen erst einmal die Arbeitsgrundlagen geschaffen werden. Das geht nicht ohne begleitende Beratung und Unterstützung als Förderung von Konzepterarbeitungen.

(Peter Sönnichsen)

Nochmals, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das Bewusstsein von Teilung und Einheit muss der jungen Generation vermittelt werden. Für Ältere und Betroffene muss es einen Ort der Erinnerung geben. Für alle muss es einen Ort der Mahnung geben. Dies alles gilt es zu erhalten und zu entwickeln. Auch der längste Weg beginnt bekanntlich mit dem ersten Schritt. Lassen Sie uns heute hier den ersten Schritt tun.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU beantragt heute **jährliche Haushaltsmittel** in Höhe von 10.000 € für die Grenzdokumentationsstätte in Lübeck-Schlutup.

(Beifall CDU)

Dieser Antrag der CDU hätte ohne Weiteres im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt werden können, wird nun heute aber im Plenum diskutiert. Es geht also - das haben die Ausführungen des Kollegen Sönnichsen deutlich gemacht - um etwas Grundsätzliches. Deswegen erlaube auch ich mir einige grundsätzliche Anmerkungen.

Man kann ja vertreten, dass Gedenkstätten nur Sahnehäubchen sind, die wir angesichts unserer Haushaltslage zum großen Teil einsparen und dem privaten Engagement überlassen sollten. Das ist nicht unsere Position. Aber jeder ist ja frei, seine Prioritäten zu setzen. Insofern war es konsequent, dass die CDU beim Haushalt 2015 beantragte, die Mittel für die Förderung der **Gedenkstättenarbeit** von 230.000 € auf 120.000 € abzusenken, also quasi zu halbieren

(Zuruf SPD: Unglaublich!)

- Ja, das muss man einfach einmal in Erinnerung rufen. - Jetzt also 10.000 € für die Grenzdokumentationsstätte in Schlutup. Ist das ein Sinneswandel? - Nicht wirklich. Ihr Antrag nimmt keinerlei Bezug auf die Diskussion, die nicht nur die Politik, sondern auch die fachlich interessierte Öffentlichkeit seit Jahren um Gedenkstätten führt und bei der es angesichts der Geschichte unseres Landes in erster Linie um die **Gedenkstätten** geht, die über die Verbrechen des **Nationalsozialismus** aufklären und an seine Opfer erinnern. An dieser Prioritätensetzung wird sich für uns sicherlich auch nichts ändern. Das ist ein Problem für Sie. Das kann ich mir vorstellen. Aber ich sage jetzt auch etwas zu Ihrem Antrag.

Es ist richtig, dass Schleswig-Holstein bis 1990 mit der **Grenze zur DDR** und dem Grenzübergang in Schlutup eine besondere Stellung hatte. Bis in die frühen 90er-Jahre war Schlutup ein Verkehrsknotenpunkt zwischen Bundesrepublik und DDR, die Gift- und Sondermülltransporte nach Schönberg inbegriffen. Das hat sich geändert. Aber auch andere Orte in Schleswig-Holstein verbinden ihre Geschichte mit der früheren innerdeutschen Grenze. Als Beispiel nenne ich nur den Bahnhof in Büchen, an dem noch bei meiner Rückkehr 1988 von einer Reise in die DDR das Rote Kreuz stand und Apfelsinen verteilte, den Schaalsee oder den früheren Grenzübergang in Gudow. Soweit zum Alleinstellungsmerkmal.

Meine Damen und Herren, unzweifelhaft ist die **deutsche Teilung** ein **zentrales Thema** der zeitgeschichtlichen und politischen Bildung, nachdem mittlerweile eine ganze Generation von Deutschen ohne eigene Erinnerung an die Zweistaatlichkeit und die damit verbundenen Erfahrungen lebt. Es ist viel zu wichtig, als dass wir die Erinnerung daran nicht wachhalten müssen. Es gibt ja auch schon entsprechende Projekte. So erinnert beispielsweise das europäische Projekt „Iron Curtain Trail“ an die europäische Teilung.

In **Schlutup** wurde nun vor etlichen Jahren in einem ehemaligen westdeutschen Zollgebäude, eine Ausstellung zum Thema „Deutsche Teilung“ eingerichtet, das von einem ehrenamtlich arbeitenden Verein getragen wird. Viele der in unserem Land vorhandenen Gedenk- und Erinnerungsstätten sind nur vorhanden, weil ehrenamtliche Initiativen sich für ihre Errichtung und ihren Erhalt eingesetzt haben und immer noch einsetzen. Deswegen ist das ehrenamtliche Engagement in Schlutup ausdrücklich zu begrüßen.

Wenn es aber darum geht, die Gedenkstätte aus **Landesmitteln dauerhaft zu fördern**, müssen wir doch andere Maßstäbe anlegen. Denn eine Gedenkstätte ist mehr als ein Ort mit historischem Bezug. Zu einer Gedenkstätte gehört eine Idee davon, an was ich erinnern und was ich vermitteln möchte. Nennen Sie es meinethalben ein Konzept. Denn auf Dauer genügt es nicht, nur umfangreiche oder noch so liebevoll zusammengestellte Sammlungen zu präsentieren. Diesen Gedanken greifen Sie mit Ihrem Änderungsantrag jetzt immerhin auf.

(Beate Raudies)

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner Juli-Sitzung über die politische Verantwortung für historische Erinnerung diskutiert. Wir waren uns einig, dass sich die Beteiligung des Landtags an der politischen Erinnerungsarbeit nicht auf einzelne Haushaltsanträge und gelegentliche Gedenkveranstaltungen beschränken darf. Lassen Sie uns also auch in diesem Fall gemeinsam überlegen, wie und wo wir der Erinnerung an die deutsche Teilung und die friedliche Wiedervereinigung in unserem Land Raum geben können. Deswegen folge ich gern dem Wunsch auf Überweisung in den Bildungsausschuss und danke jetzt für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Mauerfall** und **deutsche Einigung** vor 25 Jahren sind neben 9/11 die, wie ich meine, historisch bedeutendsten Ereignisse, von denen meine Generation als Zeitzeuge berichten kann. Die friedliche Revolution gegen Unfreiheit und Unrecht ist ein beispielloses, ein beeindruckendes Kapitel in unserer Geschichte, auf das die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu Recht stolz sein können.

1989 markiert eine **Zeitenwende** für Deutschland und die Welt. Die internationale Politik war danach eine andere. Die Konfrontation zwischen Ost und West, die jahrzehntelang die Machtverhältnisse in der Welt ausbalancierte, war aufgehoben. Die einzelnen Staaten mussten neue Rollen und neue Strategien finden. Ein Zurück zu den Nationalstaaten, wie es derzeit im Zusammenhang mit der aktuellen Völkerwanderung diskutiert wird, schien völlig unmöglich. Im Gegenteil, das neue Deutschland wäre ohne die europäische Integration nicht denkbar.

Auch daran ist heute zu erinnern, wenn wir den historischen Moment feiern. Er gemahnt uns wie die Erfahrungen des nationalsozialistischen Gewaltregimes an unsere humane Pflicht zum Asyl, an unsere Verantwortung in Europa sowie aber auch an unsere Kraft, Herausforderungen, wie sie derzeit die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten darstellen, zu meistern.

1919, 1939, 1949, 1989/1990 und 2015 sind Daten deutscher Geschichte, die zusammengehören, weil sie sich aufeinander beziehen. Sie sind Teil des kollektiven Gedächtnisses unseres Landes, eines Gedächtnisses, das wach bleiben muss, um die Entscheidungen in der Zukunft an diesen Erfahrungen zu messen und auszurichten.

Deshalb braucht es auch Stätten des Erinnerns und des Innehaltens. Deshalb ist es auch richtig, hier und heute über die **Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup** zu sprechen. Ich bin Ihnen insofern dankbar für diesen Antrag, Herr Kollege Sönnichsen. Der CDU-Antrag für eine Landesförderung dieses Museums rückt dieses nämlich in einen größeren öffentlichen Blickpunkt. Das ist gut und richtig.

Nicht gut ist es, wenn dieses Grenzmuseum mit den **Gedenkstätten** zur Erinnerung an die Verbrechen der **Nationalsozialisten** im Land gleichgesetzt wird, wie in einer Pressemitteilung der CDU vom April 2015 geschehen. Diese Gleichsetzung, meine Damen und Herren, insinuiert auch eine Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit dem Unrecht in der DDR. Eine solche Gleichsetzung ist historisch falsch und politisch nicht akzeptabel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das **Landesgedenkstättenkonzept** betrifft die Weiterentwicklung und Sicherung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Herrschaft in Schleswig-Holstein. Diese Arbeit, die zum Teil auch schmerzhafte Aufklärung der Nachbarschaftsgeschichte in den einzelnen Orten war, wurde jahrzehntelang massiv behindert und politisch bekämpft. Der Vorgängerregierung aus CDU und FDP war sie, obwohl nur gering gefördert, ein willkommener Spartopf. Sie haben sich auch gegen die Erhöhung der Mittel für Gedenkstätten durch die Küstenkoalition ausgesprochen und diesen Haushaltstitel bei den letzten Etatberatungen erneut für massive Kürzungen vorgesehen. Jetzt eine Unterstützung der Grenzdokumentations-Stätten Lübeck-Schlutup zu fordern, ist vor diesem Hintergrund weder konsistent noch sachangemessen.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Um es klar zu sagen: Ich kenne dieses Museum. Ich habe mir das angeguckt und auch mit den Leuten gesprochen. Um es klar zu sagen: Ich bin sehr dafür - ich unterstreiche das -, dass das **Schlutuper Grenzmuseum** unterstützt wird. Ich bin sehr dafür, dass wir uns auch über dessen Aufgabenstellung, seine Ausstattung, seine wissenschaftliche Begleitung, seine didaktische Modernisierung und seinen

(Marlies Fritzen)

Beitrag zur historischen Bildung unterhalten. Damit bin ich bei dem, was Herr Sönnichsen in seiner Rede ausgeführt hat. Ich bin sehr dankbar für das, was Sie am Ende noch zu der Perspektive gesagt haben. Ich bin aber - das sage ich auch klar - nicht dafür, alles in einen Topf zu schmeißen und die Erkenntnisse sowohl historischer Forschung als auch politischer Debattenkultur über Bord zu werfen. Wenn der Antrag dazu dienen sollte, hat er dem Grenzmuseum Schlutup einen Bärendienst erwiesen. Wenn nicht, dann sollten wir in der Tat im Ausschuss ernsthaft darüber sprechen, wie angemessen Erinnerungskultur sowohl dem historischen Gegenstand als auch dessen Deutung gerecht wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde das Anliegen der Antragsteller richtig, und es ist auch notwendig, einen Erinnerungsort wie die **Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup** zu unterstützen. Wir wissen alle und ich glaube, das dürfte nicht kontrovers sein, dass es sich bei der DDR, die diese Grenze errichtet hat, um eine Diktatur gehandelt hat, die die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen getreten hat, und dass das Jahr 1989 mit dem Fall der Mauer ein ganz wichtiges Datum in der Entwicklung von Demokratie und Freiheit nicht nur in unserem Land, sondern in Europa gewesen ist.

Ich verstehe auch nicht, Frau Fritzen, wie Sie auf den Gedanken kommen können, da wäre irgendwie eine **Gleichsetzung** mit dem **NS-Regime** beabsichtigt. Ich sehe das gar nicht. Sie haben an das Gedenkstättenkonzept der Landesregierung erinnert, das hier im ersten Halbjahr diskutiert worden ist. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, dass es sich um ein Konzept handelt, das auf die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, mit Gedenkstätten, die im Zusammenhang mit der NS-Zeit stehen, ausgerichtet ist. Hier geht es um ein zweites Thema. Das ist keine Frage der Gleichsetzung. Sie können aber nicht mit dem Rückbezug auf die Notwendigkeit der Erinnerungsorte, die mit der NS-Diktatur zusammenhängen, eine Erinnerungsarbeit, die sich auf die Zeit der DDR und die deutsche Teilung bezieht, in Abrede stellen oder für nicht erforderlich halten. Ich sehe wirklich keine Begründung für Ihre Aussage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, erlauben Sie der Frau Abgeordneten Fritzen, dazu Stellung zu nehmen?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja, bitte, gern.

> **Marlies Fritzen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Klug, ich bin gern bereit, das aufzuklären. Ich hatte in meiner Rede auf eine **Pressemitteilung der CDU-Fraktion** vom April 2015, so glaube ich, verwiesen, in der dieser Zusammenhang in gewisser Weise hergestellt wird. Ich habe das heute in der Rede von Herrn Sönnichsen nicht noch einmal gehört. Darüber habe ich mich sehr gefreut.
>
> Sie sind Historiker, wie ich Historikerin bin, und wissen um die Debatten und um die Gleichsetzungen an dieser Stelle, die häufig im politischen Raum stattfinden. Dagegen habe ich mich gerade ausgesprochen. Wenn wir uns einig sind, dass wir das als zwei verschiedene - ich habe ja mehrere Daten deutscher Geschichte genannt -, notwendige Bezugspunkte in unserer Geschichte und in unserer Erinnerungskultur auffassen, dann sehe ich keinen Widerspruch zu dem, was Sie ausgeführt haben und auch keinen Widerspruch zu dem, was Herr Sönnichsen als Begründung für seinen Antrag ausgeführt hat.

- Frau Kollegin, das begrüße ich sehr. Ich sehe dann jedenfalls keinen Grund, den man haben könnte, das Anliegen der Antragsteller, also der Unionsfraktion und der Piratenfraktion, prinzipiell zurückzuweisen. Mein Vorschlag wäre, dass wir diesen Antrag in den Bildungs- und Kulturausschuss überweisen mit der Maßgabe, darüber im Kontext der Haushaltsberatungen zu befinden.

Das ist eher eine Frage, wie wir praktisch Parlamentsarbeit betreiben. Das wäre eine vom Verfahren her etwas kritische Anmerkung, die ich in meiner Rede noch machen wollte: Es ist natürlich immer schwierig, wenn man hier mit Entschließungsanträgen über die Forderung nach speziellen Haushaltstiteln befindet. Es ist auch schon von anderen gesagt worden, dass das klassischerweise in den Kontext einer Haushaltsberatung gehört. Deshalb

(Dr. Ekkehard Klug)

ist mein Plädoyer, sich im **Ausschuss inhaltlich** mit diesen Fragen zu beschäftigen, aber dann die Entscheidung im Zusammenhang mit den Beschlüssen über den **Landeshaushalt 2016** zu treffen. Das ist der Vorschlag zur Güte, und dann kann man all die Punkte, die Sie angesprochen haben, sicher auch noch vorher rechtzeitig erörtern. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie damit einverstanden wären.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie dazu die entsprechende Anmerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja, gern.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, wir treten in einen kleinen Dialog ein, das ist eigentlich nicht so gedacht. Aber Sie haben auch Ihre Antwort auf meine Hinweise etwas weiter ausgeführt. Es ist ja mehrfach gesagt worden: Wir können das gern im Ausschuss weiter diskutieren. Ich bin mir nicht sicher, ob wir an dieser Stelle in zwei Monaten eine Lösung haben werden, die dann dem Punkt, den Sie identifiziert haben und dem, so glaube ich, bislang niemand widersprochen hat, tatsächlich auch gerecht wird.

Es ergibt sich dann ja - Sie haben auf die Beratungen für den Etat hingewiesen - konkret die Frage der **Gegenfinanzierung**, die heute noch gar nicht angesprochen wurde, und möglicherweise kommen wir dann wieder in eine Debatte. Das ist der Circulus, den ich bei meiner Rede deutlich abgegrenzt haben wollte. Aber wir werden das sehen. In der Tat glaube ich, dass das Ding eine längere Weile braucht, um wirklich rundum gut zu werden. Aber die Debatte ist eröffnet, und dafür danke ich der CDU ausgesprochen.

- Gut, also zumindest für den nächsten Schritt im Verfahren sind wir uns dann einig. Wir werden sehen, ob wir dann einen Konsens in den Ausschussberatungen zu diesem Thema finden werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ich meine, die vorhin erkennbare Aufregung wäre vielleicht so in dem Umfang nicht notwendig gewesen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschichtsbewusstsein umfasst den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive. Da geht es um mehr als reines gegebenenfalls persönliches Interesse an Geschichte oder bloßem Wissen um historische Daten. Deshalb freue ich mich, dass die CDU unsere Formulierungen übernommen und einen Kompromiss mit uns gefunden hat, der jetzt zur Abstimmung steht.

Auf den ersten Blick, zum Beispiel durch einen Klick auf die Homepage, scheint einem die **Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup** durchaus recht christdemokratisch geprägt. Ich mache das einmal allein an den Namen besonders aktiver Menschen vor Ort fest. Das mag abschrecken, sollte aber nicht dazu führen, dass wir uns im Landtag mit der historischen Bedeutung des Ortes nicht weiter beschäftigen. Man kann es auch so sehen, dass sich die CDU hier um einen Ort kümmert, der bei politisch anders ausgerichteten Menschen nicht zwingend auf der Agenda steht.

Wir kümmern uns tatsächlich um viele historische Orte und schätzen die Tragweite des Genius loci, des Geistes des Ortes, für alle Interessierten und Lernenden sehr hoch ein. Die Kulturministerin hatte sogar einmal vor, jedem Schüler einen KZ-Besuch verbindlich zu machen - nicht als Schikane oder gar Zwang, sondern um der Leitlinie „Make Walls Talk!“ gerecht zu werden.

Zu einem solch bedeutenden Ort im Land Schleswig-Holstein gehört zweifellos die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup. Sie ist Kristallisationspunkt deutsch-deutscher Geschichte und heute ein Symbol für die Kraft von Freiheit und Demokratie.

Aus dieser Sicht unterstütze ich den Antrag nicht nur für das Jahr 25 nach dem Mauerfall. Ich möchte, dass dieses Projekt, dass dieser Ort nachhaltig abgesichert wird. Die Stadt Lübeck beteiligt sich, das ist gut.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Es ist auch gut und richtig, dass das Land Schleswig-Holstein sich engagiert. Genauso frage ich aber auch, ob die Landesregierung nicht den Auftrag erhalten sollte, sich beim Bund für eine Unterstüt-

(Torge Schmidt)

zung einzusetzen. Ob für eine **angemessene Förderung** jährlich 10.000 € reichen, kann ich aus meiner Kenntnis heraus nicht bewerten. Der Kollege Sönnichsen mag vertieftes Wissen darüber haben. Darum wäre mir persönlich wichtig, dass uns von der Kulturministerin dargelegt wird, wie die Finanzierung zurzeit aussieht und was **Stadt, Land und Bund** gemeinsam dafür tun können, den Ort als Grenzdokumentationsstätte nachhaltig abzusichern.

Zunächst 10.000 € einzustellen, finde ich sehr in Ordnung, um das Signal zu senden, dass Schleswig-Holstein neben vielen anderen Orten des Erinnerns, Gedenkens und Lernens auch dabei ist, wenn es darum geht, deutsch-deutsche Geschichte zu dokumentieren. Das scheint mir im Interesse von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive wichtiger als zentrale Großveranstaltungen mit Prominenz aus Politik und Gesellschaft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mitten in die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit passt die Debatte um eine Dokumentationsstätte, die sich diesem Thema widmet, ausgesprochen gut. Während sich für viele Westdeutsche kaum etwas geändert hat, hat der Osten eine als historisch zu bezeichnende Veränderung erlebt, und das betrifft alle Lebensbereiche, nicht nur die Politik und die Öffentlichkeit, sondern auch Beruf und Familie.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsident)

Gesprächsangebote, wie sie das Dokumentationszentrum beabsichtigt, sind also sehr notwendig, vor allem für die Nachgeborenen, die kein eigenes Erleben der deutschen Teilung und deren Überwindung haben.

Dennoch stelle ich die Frage, ob die Diskussion um die Entwicklung und Perspektive der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup nicht besser im **Ausschuss** aufgehoben gewesen wäre als hier im großen Plenum. Ich meine: Ja, und zwar aus zwei Gründen. Wir haben gerade einen neuen Antrag bekommen, aber ich beziehe mich trotzdem auf den Ursprungsantrag. Erstens. Der zweiteilige Antragstext muss fachlich erweitert werden. Ein bisschen mehr ist dort hineingekommen. Es kann hier nicht nur um Geld gehen, sondern muss auch um die perspektivische Entwicklung der Einrichtung gehen. Zweitens. Die Dokumentationsstätte muss in die Landschaft der Erinnerungsorte eingepasst werden. Das ist bislang noch gar nicht passiert. Anschlussmöglichkeiten zu anderen Orten des innerdeutschen Gedenkens müssen zunächst ausgelotet und auf Belastbarkeit untersucht werden. Dazu gehören alle Orte in Schleswig-Holstein, die ihre Geschichte mit der einstigen Grenze verbinden, etwa Lauenburg, Ratzeburg, Gudow und Büchen.

Allgemein ist die **zeitgeschichtliche Aufarbeitung** der letzten 70 Jahre in Schleswig-Holstein zum großen Bedauern des SSW bislang noch weitgehend akademisch und beschränkt sich auf wenige Experten an den Hochschulen. Dabei ist die demokratische Entwicklung Schleswig-Holsteins seit dem Kriegsende enorm spannend und spannungsreich verlaufen.

Die Dokumentationsstätte widmet sich der deutsch-deutschen Geschichte. Eine **fachlich-didaktische Diskussion** erfolgte meines Wissens nach nicht. Es gilt, diese nachzuholen, und zwar am besten im kleinen Kreis im direkten Gespräch mit Fachleuten, der Landeszentrale für politische Bildung und Gedenkstätten-Initiatoren, also im Bildungsausschuss. Eines möchte ich klarstellen: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir im Ausschuss zu einer Entscheidung kommen können.

Wir befinden uns mitten in einem spannenden Prozess, den die Kulturministerin durch das Gedenkstättenkonzept für die Erinnerungsorte der nationalsozialistischen Vergangenheit angestoßen hat. Sie antwortet dabei auf den strukturellen Wandel der **Erwartungshaltung** der **Besucherinnen und Besucher** gegenüber den Erinnerungsorten. Ich möchte es auf den Punkt bringen: Vitrinen mit einer Vielzahl von Ausstellungsstücken oder Schaufensterpuppen in Uniformen lassen Kinder und Jugendliche links liegen. Sie suchen Bildschirme, auf denen Wissens- und Erinnerungsinhalte aufbereitet werden. Sie suchen interaktive Angebote, die die Wissensaneignung buchstäblich mit den Händen erlebbar macht, und sie wollen möglichst abwechslungsreiches Material.

Im **Gedenkstättenkonzept** werden genau diese Erwartungen zum Maß der historischen Vermittlung erklärt. Dieser Weg ist richtig. Nur auf diese Weise kann die kritische Erinnerung an den historischen Orten gesellschaftsnah erfolgen. Beweissicherung, also der Verweis auf das „So war es wirklich“, kann nicht das Hauptanliegen einer Ausstellung

(Jette Waldinger-Thiering)

sein. Stattdessen müssen Dialog und Auseinandersetzung mit historischen Entwicklungen im Vordergrund stehen. Die ausgestellten Dinge sprechen eben nicht nur für sich, sondern müssen erfahrbar werden, indem sie in den aktuellen Kontext eingebettet werden.

Es geht nicht darum, Geld in die Hand zu nehmen. Wenn die Mittel nicht in das Konzept passen, sind sie vergeudet und zum Fenster herausgeschmissen. Die Grenzdokumentationsstätte sollte ein Ort der Bildung und Debatte sein. Der mangelnde Zuspruch von Schulklassen zur Dokumentationsstätte, den Gert Meyer vom Landesfachausschuss Kultur der CDU Schleswig-Holstein in einer Pressemitteilung anführt, ist ein Indikator dafür, dass das noch nicht klappt.

Genau darum sollten wir eine vertiefende fachliche Diskussion im Ausschuss führen. Daher beantrage ich, dass der Antrag Drucksache 18/3405 (neu) an den Ausschuss überwiesen wird und nicht in der Sache abgestimmt wird, wie Torge Schmidt es gerade gesagt hat. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen: Es gibt auf der Zielgeraden des heutigen Parlamentstages weitere Gäste auf der Tribüne, und zwar den Frauentreff Stormarn. - Seien Sie uns herzlich willkommen zur Schlussphase, meine Damen!

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich würde jetzt keine frauendiskriminierenden Äußerungen von mir geben.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Frau Kollegin, ich verfolge selbstverständlich Ihre wesentlichen Debattenbeiträge an den Radiogeräten und an den Schirmen, wie viele andere Deutsche auch. Ich habe mich auch nicht zu Wort gemeldet, damit das hier eine Schauveranstaltung wird, sondern weil ich auf einen Punkt hinweisen will, der in den Ausschussberatungen vielleicht noch intensiviert werden sollte, und zwar auf der Grundlage Ihrer Äußerungen, Frau Kollegin Waldinger-Thiering.

Ich warne dringend davor, die **Dokumentation der Grenzsituation**, ausgelöst durch Staatsorgane der ehemaligen DDR, in Verbindung zu bringen mit der **Verstrickung Schleswig-Holsteins in das nationalsozialistische Unrecht**. Das hat nichts miteinander zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dann verstehe ich die Ausführungen meiner Vorrednerin nicht, denn sie hat genau darauf hingewiesen, dass dies in ein Gesamtkonzept zur Aufarbeitung der Geschichte Schleswig-Holsteins eingebettet werden soll. Das eine hat mit dem anderen relativ wenig zu tun, weshalb man das auch isoliert voneinander betrachten kann.

Wir wären bereit und dafür, diesen konkreten Punkt sofort in der Sache abzustimmen, weil es darum geht, die Stelle finanziell zu dotieren und damit aufrechtzuerhalten und nicht lange zu warten, bis es ein Konzept gibt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Da hat Ihr Kollege etwas anderes gesagt!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann ist der FDP-Antrag wieder zurückgenommen, Herr Abgeordneter?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich finde es sehr bemerkenswert, wenn ich auf einen Beitrag der vor mir redenden Kollegin eingehe, der den Beifall eines Teils des Hauses findet, dass mir anschließend erklärt wird, dass dies völlig überflüssig sei. Ich frage mich, warum die Kollegin vorher diese Rede gehalten hat. Die war dann ja in sich auch überflüssig.

Noch einmal: Ich warne dringend davor, beides miteinander zu verquicken, weil es keinen Sinn

(Wolfgang Kubicki)

macht und auch zu falschen Schlussfolgerungen und Ergebnissen führen würde.

Ich wäre bereit, in der Sache abzustimmen, aber der Ausschuss - -

(Weitere Zurufe)

- Ich weiß nicht, Frau Midyatli, ob das in der SPD-Fraktion anders ist. Bei uns jedenfalls ist es so, dass die Abgeordneten alle eine eigene Meinung haben, die sie im Zweifel auch durchsetzen können.

(Heiterkeit)

Selbst der Fraktionsvorsitzende darf eine eigene Meinung haben, was Sie heute Morgen schon sehen konnten bei dem wunderbaren Antrag, bei dem man sich für die Mitarbeit des Herrn Kollegen Dr. Garg bedankt hat, während der Rest der Fraktion zwar die Mitarbeit des Kollegen Dr. Garg auch positiv gesehen hat, sich aber im Ergebnis anders entschieden hat.

(Beifall CDU - Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fritzen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte keine Zwischenfrage stellen, sondern ich wollte zum Ersten bemerken, dass ich mich über die Meinungsfreiheit und auch die spontane Meinungskundgebung, die in der FDP-Fraktion möglich ist, sehr freue.

Zum Zweiten wollte ich sagen, dass wir uns genau in Ihrem Sinne - und jetzt ernsthaft: Ich bedanke mich dafür, dass Sie das noch einmal betont haben - vorhin ziemlich einig darüber waren, dass wir über diese Problematik doch noch einmal etwas ausführlicher im Ausschuss diskutieren sollten. Ich glaube, dass dies einer längeren Debatte bedarf. Man hat ja auch gesehen, dass hier offensichtlich mit verschiedenen Vorzeichen gearbeitet wird.

Deshalb war es wahrscheinlich eine Frage der Tonqualität an den Bildschirmen und an den Radiogeräten,

(Heiterkeit)

die dafür gesorgt hat, dass Sie von diesem Hinweis des geschätzten Herrn Kollegen Klug nichts mitbekommen haben.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Es geschieht häufiger, dass ich den geschätzten Hinweisen des Herrn Kollegen Klug intellektuell irgendwie nicht folgen kann.

(Heiterkeit)

Aber ich gebe zu, dass ich den Ausführungen der Kollegin Jette Waldinger-Thiering etwas mehr und intensiver gelauscht habe als den vorherigen Ausführungen, was mich ja auch dazu veranlasst hat, darauf zu reagieren. Ich habe mir das extra von dem Herrn Kollegen Garg notieren lassen. Aber wenn wir in dieser Frage Einigkeit erzielt haben, Frau Vizepräsidentin, dann bin ich zufrieden; denn dann ist das erreicht, was ich wollte. - Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dies hat jetzt einen weiteren Dreiminutenbeitrag ausgelöst. Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering für einen Dreiminutenbeitrag.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Kollege Kubicki, dafür, dass Sie mir so spontan zugehört haben.

Ich habe in meiner Rede gesagt, dass unsere Kulturministerin ein Gedenkstättenkonzept angestoßen hat für die nationalsozialistische Vergangenheit, dass wir aber auch so etwas Ähnliches benötigen, um unsere deutsch-deutsche Geschichte aufgreifen zu können. Das ist das, was ich gesagt habe. Ich habe nicht gesagt, dass wir das beides in einem Topf vermengen wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das klang vorhin aber anders!)

- Deshalb wollte ich das hier noch einmal klarstellen. Wir wollen nicht beides miteinander vermengen. Aber wir müssen auch für die deutsch-deutsche Geschichte Erinnerungsorte haben, und wir müssen auch dafür ein Konzept haben. Genau das habe ich gesagt.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus der Mitte des Parlaments sehe ich nicht mehr. - Damit hat jetzt die Landesregierung das Wort. Ich erteile das Wort der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich jetzt zurückhalten,

(Beifall)

möchte aber dennoch Folgendes ausführen: Die innerdeutsche Grenze zur DDR hat die Entwicklung Schleswig-Holsteins 28 Jahre lang auf besondere Weise geprägt. Als Bundesland mit extremer Randlage - im Südwesten von der Elbe begrenzt und von Nord- und Ostsee umgeben - wurde Schleswig-Holstein durch die Grenze zwischen Travemünde-Priwall und Lauenburg fast vollständig vom übrigen Westdeutschland abgeschnitten. Der Weg in den Westen führte allein über Hamburg.

Kein anderes westdeutsches Bundesland war derart isoliert, Westberlin einmal ausgenommen. Kein anderes Bundesland besaß eine Meeresgrenze zur DDR, eine Grenze, die ganz eigene Dramen für Menschen schrieb, die aus der DDR flüchten wollten. Und keine westdeutsche Großstadt lag so unmittelbar an der innerdeutschen Grenze wie Lübeck. Das war ein großer Nachteil für die Stadt.

Die Grenze, die Deutschland geteilt und Schleswig-Holstein isoliert hat, dürfte in ihrer Absurdität und ihrem Verlauf wohl nur noch wenigen Menschen genau bekannt sein. Etwa, dass die Pötenitzer Wiek beim Seehafen Travemünde mitsamt einem schmalen Uferstreifen zu Schleswig-Holstein gehörte. Bei Hochwasser gab es diesen schleswig-holsteinischen Landstreifen nicht mehr. Die Staatsgrenze West der DDR verlief dann am Wasser.

Nur wenige haben wohl noch in Erinnerung, dass ein Ereignis an der schleswig-holsteinischen Landgrenze zur DDR das ohnehin negative Ansehen der DDR noch stärker mitgeprägt und zugleich die deutsch-deutschen Kontakte mit beeinflusst hat: Im April 1976 gelang es **Michael Gartenschläger** bei Bröthen im Kreis Herzogtum Lauenburg, eine Selbstschussanlage vom DDR-Grenzzaun abzumontieren. Gartenschläger, als politischer Häftling in der DDR von der Bundesrepublik freigekauft, übergab diese dem „Spiegel“. Es stellte sich heraus, dass die sogenannte SM 70 scharfkantige Eisenwürfel über einen Schusstrichter feuerte und Flüchtige zerfetzen konnte. Das internationale Echo war verheerend. Gartenschläger selbst wurde beim Versuch eines weiteren Abbaus von DDR-Grenzaufklärern an der innerdeutschen Grenze im Kreis Herzogtum Lauenburg, am sogenannten Valluhner Sack, erschossen.

1983 baute die DDR diese mehr als 50.000 in Augenhöhe am Grenzzaun montierten Minen stillschweigend ab. Es spricht viel für den begründeten Zusammenhang, dass ein von Franz Josef Strauß eingefädelter Milliardenkredit der alten Bundesrepublik für dieses Vorgehen den Ausschlag gab.

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Sönnichsen, ich habe dies alles etwas ausführlicher dargestellt - und diese Debatte hat es dann auch noch einmal notwendig gemacht, dieses zu tun -, weil ich deutlich machen wollte, dass der Antrag der CDU und jetzt der gemeinsame Antrag von CDU und PIRATEN auf jährliche Förderung der **Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup** meines Erachtens zu kurz greift.

Schleswig-Holstein besitzt eine ganz eigene Historie zur Grenze. Sie bezieht sich nicht allein auf die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup und den einstigen Alltag dort. Es gibt auch an anderen Orten in Schleswig-Holstein entlang der ehemaligen Grenze dazu Funde, Spuren, Dokumente oder Hinterlassenschaften, die sich finden lassen, ja vielleicht sogar gesammelt und bewahrt werden.

Andere Orte, die ihre Geschichte mit der einstigen Grenze verbinden, etwa Lauenburg, Ratzeburg, Gudow, Büchen oder auch Neustadt, ja sogar Bad Bramstedt als Sitz des einstigen Grenzschutzkommandos Küste des Bundesgrenzschutzes gehören dazu.

Bevor also für oder gegen Gelder für eine einzelne Stätte entschieden wird, wäre es aus meiner Sicht gut, erst einmal die **Gesamtsituation** zu erkunden - der Antrag spricht sich ja auch für ein **Konzept** aus - und sich einen Überblick zu verschaffen. Ich freue mich darüber, dass die Beratungen nun auch im Bildungsausschuss fortgesetzt werden sollen. Dann bestünde auch die Gelegenheit, weitere Akteure wie zum Beispiel den Landesbeauftragten für politische Bildung einzubeziehen. Und es wäre ein guter Weg, um das Bewusstsein - auch das regionale Bewusstsein - für die deutsche Einheit zu begreifen, stärker

(Ministerin Anke Spoorendonk)

in den Mittelpunkt zu stellen und lebendig zu erhalten.

Abschließend gestatten Sie mir doch noch eine Bemerkung. Ich habe mich in den vergangenen Jahren und damit auch vor meiner Amtsübernahme im Jahre 2012 an diesen Diskussionen aktiv beteiligt. Der Ansatz der CDU zu sagen, wir müssten etwas für die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup tun, ist kein neuer Ansatz. Auch der Vorgänger von Peter Sönnichsen, der Kollege Wengler, hat diesen Ansatz immer provoziert. Dazu hat es im Zusammenhang mit der Gedenkstättenarbeit auch eine Anhörung im Bildungsausschuss gegeben.

Ich finde es richtig, dass wir uns mit der deutsch-deutschen Geschichte in Schleswig-Holstein befassen. Dazu gibt es keine zwei Meinungen. Ich finde es aber misslich, dass dann dadurch immer wieder die Gedenkstättenarbeit, das heißt, die Vermittlung der NS-Geschichte in Schleswig-Holstein und die Konsequenzen dieser Geschichte für die Zeit nach 1945, relativiert worden ist.

Das war früher in den Anträgen immer so. Deshalb finde ich es gut, dass man sagt: Ja, wir brauchen das eine, und wir brauchen das andere.

Letztlich brauchen wir mehr Möglichkeiten, Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein darzustellen. Es wurde auch schon einmal über ein **Museum zur Zeitgeschichte** diskutiert. Ich schaue einmal den Abgeordneten Jürgen Weber an. Diese Diskussion muss auch weitergeführt werden.

Ich bin den regierungstragenden Fraktionen außerordentlich dankbar dafür, dass sie gesagt haben, dass sie mit einer neuen Ausstellungshalle in Molfsee dies auf jeden Fall ermöglichen wollen.

(Beifall SSW)

Wir brauchen Raum für derartige zeitgeschichtliche Ausstellungen. Wir brauchen auch Orte. Keine Frage. Wir brauchen aber auch die Darstellung der Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein insgesamt.

Deshalb freue ich mich, dass der Bildungsausschuss eine weitere Beratung dazu durchführen will und sich weiter mit dem Thema befasst.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Kubicki?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr verehrte Frau Ministerin, mir ist nicht klar geworden, warum die Verstrickung Schleswig-Holsteins in das nationalsozialistische Unrecht relativiert wird mit der Gedenkstätte Grenzübergang Schlutup. Das eine ist binnen, das andere ist buten.

Es geht nicht um die Frage, wie die Geschichte Schleswig-Holsteins durch Binnenverhalten beeinflusst worden ist in Richtung DDR. Vielmehr geht es um die Frage, wie sich an der Grenze zum damaligen Deutschland die DDR verhalten hat im Hinblick auf all das, was Sie angesprochen haben. Ich finde, das sind zwei verschiedene Kategorien.

- Dabei bin ich voll und ganz bei Ihnen. Ich sehe das genauso. Ich weiß aber auch, wie die Diskussion gelaufen ist. Ich weiß, dass es richtig ist. Das muss ich dann auch noch einmal sagen. Die CDU hat immer wieder Kürzungsanträge zum Kulturhaushalt gestellt. Ich finde das bedauerlich. Das trifft mich persönlich. Darum hätte ich mir gewünscht, dass man sagt: Ja, wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Gedenkstättenarbeit.

Ich finde es großartig, dass sich der Landtag nun auf den Weg gemacht hat, die Zeit nach 1945 aufzuarbeiten. Ich wollte beide Aspekte beleuchten und erwarte auch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit, dass wir 70 Jahre nach dem Jahr 1945 einen Schritt weiterkommen bei der Aufarbeitung der Nazigeschichte in Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Peter Sönnichsen das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe bis zum Schluss gewartet. Ich darf hier ja nur zwei Mal sprechen. Deshalb habe ich der Ministerin den Vortritt gelassen. Ich möchte mich im Wesentlichen zu zwei oder drei Punkten äußern, die meine Vorrednerin angesprochen hat.

(Peter Sönnichsen)

Es wäre der Sache absolut nicht angemessen - es ist mir wichtig, das noch einmal sehr deutlich zu sagen -, das im Zuge der **Haushaltsberatungen** mit einer neuen Haushaltsstelle und zwei Sätzen zu beantragen.

(Beifall CDU und FDP)

Das Bewusstsein um die Bedeutung der Einheit hat für uns einen ganz anderen Stellenwert. Deshalb ist der Antrag separat zu stellen. Ich habe eher damit gerechnet, dass Sie uns vorwerfen, dass wir den Antrag genau am 2. Oktober 2015 gestellt haben. Das war aber nun einmal der Antragsfrist geschuldet. Das haben wir sehr wohl abgepasst. Das räume ich sehr gern ein.

Ich bin nicht der Meinung, dass es sinnvoll ist, das in Verbindung mit dem **Gedenkstättenkonzept** zu beraten. Einige haben das hier sehr stark relativiert. Das ist aber auch so gesagt worden.

Frau Kollegin Raudies, Sie haben dabei die Haushaltszahlen ins Gespräch gebracht. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die Haushaltszahlen waren nicht nur zwischen den Fraktionen umstritten, sondern auch am Runden Tisch und bei anderen Veranstaltungen, an denen ich teilgenommen habe. Dies gilt insbesondere für die Verwendung der Mittel. Das möchte ich hier ganz deutlich festhalten.

Ideen sind da, Frau Raudies. Es ist viel mehr da als nur eine Idee. Es ist eine Ausstellung vorhanden. Es sind Dokumente vorhanden. Die ehrenamtliche Arbeit stößt aber an ihre Grenzen. Deshalb müssen wir uns als Land dafür einsetzen und etwas tun.

(Beifall CDU)

Warum Schlutup, Frau Ministerin? Dort sind die besten Grundlagen vorhanden. Dort sind echte Grundsteine vorhanden. Deshalb freue ich mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU und der PIRATEN, Drucksache 18/3405 (neu), dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig.

Dann wünsche ich Ihnen einen guten Abend, gute Gespräche, Entspannung und Ruhe. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:55 Uhr